

Das Pfandleihgeschäft in der Schweiz konkretisiert am Beispiel der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank

Dissertation

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaft

vorgelegt von
Max Baumgartner
von Jonschwil SG

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. E. Kilgus

Zürich 1982
W. Schneider, Druckerei, Zürich



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet
hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne
damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung
zu nehmen.

Zürich, den 14. Juli 1982

Der Dekan: Prof. Dr. E. Stark



Meiner Frau und meinen Eltern

VORWORT

Die vorliegende Arbeit vermittelt einen Ueberblick über das Pfandleihgeschäft, wie es sich in der Schweiz im Jahre 1980 präsentierte, insbesondere aber auch einen vertieften Einblick in dessen wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Die Konkretisierung am Beispiel der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank, die sich im wesentlichen in einer eingehenden Schilderung betrieblicher Aspekte und einer umfassenden Erhebung sozialwissenschaftlicher Daten der Kunden der Pfandleihkasse niederschlägt, erlaubte einerseits eine praxisnahe Einführung in dieses traditionsreiche Geschäft und bildete anderseits eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der sozialen Bedeutung des Pfandleihgeschäfts.

An dieser Stelle sei all jenen gedankt, die zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonderer Dank gebührt Herrn Prof. Dr. E. Kilgus für seine Betreuung bei der Abfassung der vorliegenden Dissertation und Herrn Hans Pfenninger, dem Verwalter der Pfandleihkasse, für die vielen wertvollen Anregungen und die bereitwillige Unterstützung.

Zürich, im Juli 1982

M. Baumgartner

INHALTSVERZEICHNIS

1. TEIL: ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

1. Begriff und Wesen	1
2. Pfandleihanstalt und Bankbetrieb	4
3. Geschichtlicher Abriss	5
3.1 Die Entwicklung des Pfandleihgeschäfts	5
3.2 Die Gründung und Verbreitung der Montes Pie- tatis als wichtige Träger des Pfandleihgeschäfts	6
3.3 Die Entwicklung in der Schweiz	7
3.4 Zur Gründungsgeschichte der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank	10
4. Wirtschaftliche Bedeutung	15
4.1 Entwicklung der Darlehensgewährung	15
4.2 Der Umfang des Pfandleihgeschäfts	18

2. TEIL: RECHTLICHE GRUNDLAGEN

1. Bundesrecht	21
1.1 Allgemeine Bemerkungen	21
1.2 Besonderheiten des Versatzpfandrechts	22
1.2.1 Bewilligungspflicht für die Errichtung einer Versatzanstalt	22
1.2.2 Ausstellung eines Versatzscheins	23
1.2.3 Realisierung des Pfandrechts durch amtlichen Verkauf	24
1.2.3.1 Allgemeine Bemerkungen	24
1.2.3.2 Voraussetzungen	26
1.2.3.3 Verwertung im Konkurs des Pfandeigentümers	27
1.2.3.4 Behandlung des Mehrerlöses	27
1.2.4 Reine Sachhaftung	29
1.3 Der Versatzschein	31
1.3.1 Funktion	31
1.3.2 Rechtsnatur	32
1.3.3 Legitimationsklausel	33
1.4 Die Nachverpfändung	34
1.5 Der Kauf auf Rückkauf	37

2. Kantonales Recht	39
2.1 Allgemeine Bemerkungen	39
2.2 Regelung im Kanton Zürich	40
2.2.1 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) vom 2.4.1911	40
2.2.2 Gesetz vom 22. Nov. 1942 über die Ab- änderung des EG zum ZGB vom 2.4.1911	41
2.2.3 Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28. November 1911	41

3. TEIL: DIE PFANDLEIHKASSE DER ZÜRCHER KANTONALBANK AUS BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER SICHT

1. Rechtliche und wirtschaftliche Beziehungen der Pfand- leihkasse zur ZKB	42
1.1 Rechtsstellung der Pfandleihkasse	42
1.2 Personelle Verflechtung mit der ZKB	43
1.2.1 Oberaufsicht über die Pfandleihkasse	43
1.2.2 Unmittelbare Aufsicht über die Pfand- leihkasse	43
1.2.2 Geschäftsführungsfunktion des Departement- Hypothen	44
1.2.4 Ausführungsfunktion des Verwalters	46
1.3 Kontrolle	46
1.4 Finanzierung des Kapitalbedarfs	46
1.5 Bereiche grosser betrieblicher Selbständigkeit	47
1.5.1 Betriebsort	47
1.5.2 Buchführung	47
1.6 Integration ins Departement Hypothen	48
1.7 Die Pfandleihkasse als Zweigstelle mit besonde- rem Geschäftskreis?	49
2. Geschäftsabwicklung	50
2.1 Aufgaben, die der Darlehensgewährung voraus- gehen	50
2.1.1 Kundenwerbung	50
2.1.2 Empfang der Kunden	53
2.1.3 Prüfung der Pfänder und Festsetzung der Höhe der Belehnung	54
2.1.4 Ausstellung des Versatzscheins und Eintragung ins Pfandbuch	57

2.2 Aufgaben, die der Darlehensgewährung folgen	59
2.2.1 Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes	59
2.2.2 Auslösung des Pfandes	60
2.2.3 Erneuerung des Darlehens	61
2.2.4 Das Mahnwesen	62
2.3 Die Buchführung	63
3. Beurteilung der Geschäftsabwicklung	64
3.1 Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften	64
3.2 Mehrfacherfassung identischer Daten	67
3.3 Darlehensverlängerung durch vollständige Erneuerung des Darlehens	68
3.4 Verbuchung der Geschäfte in gebundenen Büchern aufgrund überholter gesetzlicher Bestimmungen	68
4. Kostenproblematik	70
4.1 Gewinn- und Verlustrechnung sowie Kosten- und Erlösrechnung der Pfandleihkasse (1980)	70
4.1.1 Bemerkungen zur Kosten- und Erlösrechnung	71
4.1.1.1 Zinsen	71
4.1.1.2 Verluste auf unrechtmässig ver- setzten Pfändern	71
4.1.1.3 Verluste und Gewinne auf Lager- posten	72
4.1.1.4 Rückstellungen	74
4.1.1.5 Betriebsverlust	75
4.2 Kostenstruktur	75
4.3 Ermittlung der Selbstkosten	77
4.3.1 Zurechnung der indirekten Kosten auf die einzelne Leistungseinheit	77
4.3.2 Nachkalkulation aufgrund der Ergebnisse des Jahres 1980	79
5. Verhältnismässigkeit der Darlehenskonditionen	81
5.1 Gesetzliche Regelung der Darlehenskonditionen im Kanton Zürich	83
5.2 Erhöhung der fixen Grundgebühr (Einschreibege- bühr) unter Berücksichtigung der Leistungs- fähigkeit der Darlehensnehmer	85
6. Anforderungen an eine rationell gestaltete Geschäfts- abwicklung	90
6.1 Grundsätzliche Aspekte	90
6.2 Einsatz elektronischer Datenverarbeitung	94
6.3 Vermeidung redundanter Datenerfassung	95
6.4 Verzicht auf vollständige Erneuerung bei der Darlehensverlängerung	96
6.5 Abschliessende Bemerkungen	98
7. Der amtliche Verkauf	99
7.1 Voraussetzungen für die Verkaufsberechtigung	99
7.2 Ausruf und Zuschlag	100
7.3 Versteigerungsquote	103
7.4 Steigerungsmehrerlöse	106
7.5 Wahrung der Interessen des Versetzenden	108

4. TEIL: SOZIALE BEDEUTUNG DES PFANDLEIHGESCHÄFTS

1. Grundlegung	112
1.1 Vorbemerkungen	112
1.2 Kundenstruktur im Pfandleihgeschäft	113
1.2.1 Berufsmässige Zusammensetzung	113
1.2.2 Altersmässige Zusammensetzung	116
1.2.3 Wohnort der Darlehensnehmer	117
1.3 Gründe für die Darlehensaufnahme	119
1.4 Verwendungszweck von Versatzdarlehen	120
2. Wandel in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen	121
3. Das Pfandleihgeschäft als Teil des Konsumkreditgeschäfts	122
4. Auswirkungen einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Konsumkreditgeschäfts	130
5. Reprivatisierung des Pfandleihgeschäfts im Kanton Zürich	135
SCHLUSSFOLGERUNGEN	137
ANHANG 1: Erhebung bei der Pfandleihkasse der ZKB	140
ANHANG 2: Muster eines Versatzscheins	144
ANHANG 3: Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank	145
ANHANG 4: Gebührentarif der Pfandleihkasse der ZKB	146
TABELLENVERZEICHNIS	147
LITERATURVERZEICHNIS	149
QUELLENVERZEICHNIS	151

1. TEIL: ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

1. Begriff und Wesen

Das Pfandleihgeschäft wird heute in der Schweiz von vier spezialisierten Instituten, sogenannten Versatzanstalten, gepflegt und beinhaltet im weitesten Sinne die Gewährung von Darlehen gegen Verpfändung beweglicher Gebrauchsgegenstände.

Zu den Eigenheiten des Pfandleihgeschäfts gehört u.a., dass grösstenteils Kleinstdarlehen unter Fr. 1000.-- gewährt werden. Der Kreis der Gegenstände, die Versatzanstalten als Sicherheit entgegennehmen, lässt sich nicht klar eingrenzen. Entscheidend sind Verkaufsmöglichkeit und Eignung zur Aufbewahrung aus der Sicht des Pfandleihers. In der Praxis werden heute meist Schmuckstücke aus edlen Metallen, vielfach in Form von Ringen, Uhren, Broschen, Armbändern und Ketten versetzt (1). Nicht belehnbar sind nach Ziegler (2) Rechte und Forderungen, ausser in Form von Wertpapieren. In der Praxis werden Wertschriften von den Versatzanstalten allerdings nur sehr beschränkt oder überhaupt nicht als Faustpfänder akzeptiert. So hält sich die Caisse publique de prêts sur gages in Genf an eine vom Verwaltungsrat aufgestellte Liste belehnbarer Obligationen. Die Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank nimmt überhaupt keine Wertschriften als Faustpfand an. Dies erscheint sinnvoll, wenn man bedenkt, dass die Zürcher Kantonalbank selbst ein rationell gestaltetes, von Spezialisten betreutes Effekten-Lombardgeschäft betreibt, und dies zu Konditionen, die die Pfandleihkasse nicht bieten könnte.

1) Siehe Tabelle 2, S. 55

2) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 31 f.

Die Diskretion bleibt bei Pfandleihgeschäften in besonders hohem Mass gewahrt, da das Schweizerische Zivilgesetzbuch in Art. 910 II die reine Sachhaftung bestimmt und sich damit Abklärungen zur Person des Verpfänders erübrigen. Charakteristisch für das Pfandleihgeschäft ist im weiteren die kurze Laufzeit der Darlehen, die in den meisten Fällen ein Jahr unterschreitet. Aufgrund der Verlängerungsmöglichkeit können solche Darlehen aber auch mittelfristigen, in seltenen Fällen sogar langfristigen Charakter annehmen. Darlehen werden in der Regel von Privatpersonen zu konsumtiven Zwecken beansprucht.

Selbständige Unternehmer und Gewerbetreibende, die im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit um ein Darlehen nachsuchen, bilden die Ausnahme. In der Schweiz ist der Abschluss von Pfandleihgeschäften "Versatzanstalten" vorbehalten. Laut ZGB bedienen sie sich dabei einer ganz besonderen Pfandart, nämlich derjenigen des "Versatzpfandes". Diesen beiden Begriffen kommt hierzulande im Zusammenhang mit dem Pfandleihgeschäft überragende Bedeutung zu.

"Im ältern deutschen Recht bedeutet Satzung soviel wie Verpfändung (daher versetzen soviel wie verpfänden)" (1). Oftinger definiert die Versatzanstalt (Pfandleihanstalt) als "ein Unternehmen, das gewerbsmässig Darlehen auf versetzte Gegenstände erteilt und das die hierfür erforderliche Bewilligung der kantonalen Regierung erlangt hat" (2). Wer das Pfandleihgewerbe betreiben will, bedarf somit einer Bewilligung der kantonalen Regierung, wobei die Kantone überdies bestimmen können, "dass diese Bewilligung nur an öffentliche Anstalten des Kantons oder der Gemeinden sowie an gemeinnütze Unternehmen erteilt werden soll" (3). Als Synonyme für "Versatzanstalt" werden verwendet: Pfandleihkasse, Mobiliarleihkasse, Pfandleihanstalt, etwas seltener: Leihanstalt, Pfandleihhaus, Leihhaus.

1) Meyers Konversations-Lexikon, Bd. 17, S. 629

2) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 586

3) ZGB Art. 907

Die folgende Zusammenstellung gibt einen Ueberblick über die in der Schweiz noch bestehenden öffentlichen und privaten Versatzanstalten:

<u>Firmenbezeichnung</u>	<u>Rechtsform</u>	<u>Eigentümer</u>	<u>Gründung</u>
A) <u>Öffentliche Versatzanstalten</u>			
Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank	unselbständige öffentliche Anstalt der ZKB (Zweigniederlassung der ZKB)	Zürcher Kantonalbank resp. Kanton Zürich	1872
Caisse publique de prêts sur gages de Genève	selbständige Anstalt des kant. öffentlichen Rechts	Kanton Genf	1872
B) <u>private Versatzanstalten</u>			
Städtische Mobiliar-Leihkasse St.Gallen	Genossenschaft	Genossenschaft Städtische Mobiliar-Leihkasse St.Gallen	1884
Pfandleihanstalt Luzern	Verein	gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Luzern	1915

Sämtliche Versatzanstalten verfolgen gemeinnützige Zwecke und zielen insbesondere darauf ab, den vom Gesetzgeber erwünschten Schutz der Darlehensnehmer vor wucherischer Ausbeutung und Uebervorteilung durch einen möglichst tiefen Zinssatz und einen zuverlässigen Geschäftsbetrieb zu gewährleisten.

Der Verpfändung von Wertpapieren, dem sogenannten Effekten-Lombardgeschäft, kommt innerhalb des Bankbetriebs als häufigstem Kreditsicherungsgeschäft (1) grosse Bedeutung zu. Des öftern erfolgt auch eine Inpfandnahme von Waren, wobei grundsätzlich "von der Konservenbüchse bis zur Baumwolle" (2) alles verpfändet werden kann. Die Banken bevorzugen allerdings auf den Weltmärkten gehandelte Rohstoffe sowie Gold- und Silberbarren und gängige Münzen.

Trotz dieser offensichtlichen Verwandtschaft von Bankbetrieb und Versatzanstalt auf dem Gebiete der Kreditgewährung gegen Faustpfand lassen sich doch einige markante Unterschiede aufzeigen: Das Kreditgeschäft des Bankbetriebes hat eine Aktiv- und eine Passivseite. Im Gegensatz dazu beschränken sich unsere Versatzanstalten vollständig auf das Aktivgeschäft. Zahlungsvermittlung und Effektenverkehr, weitere Wesensmerkmale einer modernen Universalbank, stehen völlig ausserhalb des Wirkungskreises der schweizerischen Pfandleihanstalten.

Ergänzend bleibt zu bemerken, dass die Sicherstellung der Darlehen bei den Pfandleihanstalten aufgrund des für sie reservierten Versatzpfandrechts (ZGB 907 ff.) erfolgt, während die Banken zur Kreditsicherung ein Faustpfandrecht (ZGB 884 ff.) oder ein Pfandrecht an Forderungen und andern Rechten (ZGB 899 ff.) errichten.

Aus der einfachen, zwar gewerbsmässig betriebenen Darlehensgewährung der Versatzanstalten darf somit nicht abgeleitet werden, dass es sich um ein Bankgeschäft handelt.

1) Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens der Schweiz, S.617
2) Stauffer, P./Emch, U.: Bankgeschäft, S. 183

3. Geschichtlicher Abriss

3.1 Die Entwicklung des Pfandleihgeschäfts

Das Pfandleihgeschäft, diese Urform des Kreditgeschäfts (1) lässt sich bis ins Altertum zurückverfolgen. Zu jener Zeit diente der Kredit mehr oder weniger ausschliesslich der Ueberwindung von Notlagen, meist verursacht durch Missernten, Brände, Kriege, Krankheiten und Unfälle.

Einige hundert Jahre lang, bis ins 14., 15. Jahrhundert, ist das Pfandleihgeschäft "die Hauptform auch des geschäftsmässigen Darlehens gewesen" (2). In den Agrarstaaten des frühen Mittelalters wickelten sich die Pfandleihgeschäfte fast ausschliesslich über die Juden ab. Den Christen war das Fordern von Zinsen, das nach dem damals geltenden kanonischen Recht als Wucher galt, untersagt. Wie stark man auf die Juden angewiesen war, zeigt die Tatsache, dass sie zeitweise mit bedeutenden Privilegien ausgestattet wurden (3). Harte Konkurrenz erwuchs ihnen im 12. Jahrhundert von seiten der Lombarden (4) und Cawertschen (5). Sowohl die Lombarden als auch die Cawertschen gehörten zur christlichen Glaubensgemeinschaft. Sie nahmen es aber mit dem Zinsverbot nicht so genau und tätigten mit grossem Geschick Wechsel- und Kreditgeschäfte.

- 1) Seligman, E.: Abzahlungsgeschäft, S. 126
- 2) Schmoller, G.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 188
- 3) Amiet, J.: Die französischen und lombardischen Geldwucherer, S. 10
- 4) Italienische Kaufleute und Geldwechsler, die aus der Lombardei, teilweise aber auch aus der Toscana stammten (vgl. Amiet, J.: S. 28). Besondere Berühmtheit erlangte das florentinische Geschlecht der Medici. Die drei Kugeln, die ihr Wappen zieren, bilden übrigens noch heute das Wahrzeichen der englischen Pfandleiher (Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 3).
- 5) Ueber deren Abstammung sind sich die Historiker nicht einig. Die einen ordnen sie den Franzosen, die andern den Italienern zu (vgl. Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 173). Amiet vertritt überzeugend die Ansicht, dass sie Franzosen aus der Gegend von Cahors seien (Amiet, J.: Die französischen und lombardischen Geldwucherer, S. 26).

Mit dem Aufschwung des Handels im 12. und 13. Jahrhundert wuchsen auch die Kreditbedürfnisse. Der Grundsatz des Zinsverbots wurde mehr und mehr durch Umgehungsgeschäfte (1) und Ausnahmeerlasse (2) ausgehöhlt. Wucherpraktiken gehörten trotz kirchlichem Zinsverbot zur Tagesordnung.

3.2 Die Gründung und Verbreitung der Montes Pietatis als wichtige Träger des Pfandleihgeschäfts

Aus der Erkenntnis heraus, dass das kanonische Zinsverbot die minderbemittelten Bevölkerungsschichten bisher kaum vor wucherischer Ausbeutung geschützt hatte, sah sich die Kirche veranlasst, eigene Darlehensbanken für Bedürftige einzurichten (3). Die ersten Impulse gingen vom Franziskanerorden aus, auf dessen Betreiben hin der Magistrat von Perugia im Jahre 1462 den ersten Mons Pietatis gründete (4). In den Jahren 1463-1515 erfolgten 86 weitere Gründungen (5).

Diese Vorläufer unserer modernen Versatzanstalten wollten, getragen vom Gedanken der christlichen Nächstenliebe, als eigentliche Wohltätigkeitsinstitute "hilfsbedürftigen Personen gegen Pfand das Nötige vorstrecken, um sie vor Ausbeutung durch Wucherer zu schützen" (6). Die Ausleihungen erfolgten anfänglich nach kanonischem Recht unentgeltlich, wobei freiwillige Zuwendungen das Betriebskapital bildeten und die Verwaltungskosten deckten. Mit der stärkeren Inanspruchnahme sahen sich die kirch-

1) Munzinger, W.: Die Wucherfrage, S. 12

2) Peschke, K.: Wucher, S. 1088

3) Vgl. Neumann, M.: Geschichte des Wuchers, S. 412

4) zu einigen allerdings nicht lebensfähigen Vorgängern: vgl. Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 162 ff. Im mittelalterlichen Italien war Montes die Bezeichnung für Anstalten, in denen Kapital zu bestimmten Zwecken angesammelt wurde (vgl. Weinberger, K.: Der Kredit der öffentlichen Pfandleihhäuser, S. 8)

5) Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 160

6) Holzapfel, P.H.: Die Anfänge der Montes Pietatis, S. 16

lichen Leihhäuser allerdings gezwungen, eine Verzinsung der Darlehen zu verlangen. Die Befürworter einer solchen Entschädigung, die zwischen 4 und 12 % schwankte, sahen darin keinen Verstoss gegen das kirchliche Zinsverbot, an dem sie, genauso wie einige allerdings rigoristischer eingestellte Zeitgenossen, im Prinzip festhalten wollten. Mit ihrem Vorgehen trafen sie denn auch nicht überall auf Verständnis (1). Die kirchliche Erlaubnis zur Einverlangung von Zinsen erhielten die Montes Pietatis erst im Jahre 1512 anlässlich des fünften Laterankonzils, verbunden mit der Auflage, dass der Zinssatz nur eine zur Deckung der anfallenden Geschäftskosten unbedingt notwendige Höhe erreichen dürfe. Auf diese Weise suchte die Kirche den dringenden Bedürfnissen des Geschäftsverkehrs, denen sie sich nicht mehr weiter verschliessen konnte, unter massvoller Abweichung vom Grundsatz des Zinsverbots gerecht zu werden. Dieses Unterfangen blieb nicht ohne Folgen, empfanden doch christliche Kreditgeber beim Fordern von Zinsen kaum mehr religiöse Skrupel. "So bahnten die Zinsen sich nach und nach den Weg zu allgemeinsten Anerkennung ihres Rechtes" (2). Die offizielle Anerkennung der Montes Pietatis durch die kirchliche Autorität bot den Auftakt zu deren Verbreitung in den meisten übrigen europäischen Ländern.

3.3 Die Entwicklung in der Schweiz

In der Schweiz wickelte sich das Pfandleihgeschäft ähnlich wie in den Nachbarstaaten während des Mittelalters grösstenteils über die Juden ab. Vorübergehend traten auch die Lombarden

1) Vgl. Holzapfel, P.H.: Die Anfänge der Montes Pietatis, S. 104 f.

2) Neumann, M.: Geschichte des Wuchers, S. 420

und Cawertschen in Erscheinung. Amiet (1) weist ihre Spuren in Zürich, Bern, Thun, Biel, Luzern, Solothurn, Freiburg, Basel, Yverdon und Genf nach. In der nachreformatorischen Zeit spielten sich die Kreditgeschäfte in Zürich nach Weisz (2) "wild", unorganisiert, in privater Sphäre ab; Kreditinstitute gab es keine". Auch in andern Schweizer Städten scheint sich in der Zeitspanne zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert kein organisiertes Pfandleihgewerbe gebildet zu haben. Aus der Literatur geht nicht klar hervor, wer zu jener Zeit die zweifellos vorhandenen Kreditbedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten befriedigte. Auf der Grundidee der Montes Pietatis beruhende Pfandleihanstalten mit gemeinnütziger Zweckbestimmung fanden in der Schweiz erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Verbreitung. Im Jahre 1872 wurde in Genf die Caisse publique de prêts sur gages und in Zürich die Mobiliarleihkasse der Zürcher Kantonalbank (1934 umbenannt in: Pfandleihkasse der ZKB) gegründet. Es folgten 12 Jahre später die Basler Pfandleihanstalt und die Städtische Mobiliar-Leihkasse St. Gallen.

Diese Gründungen müssen als Folge des zu jener Zeit sich wieder epidemisch ausbreitenden Wuchers gesehen werden. Manche Kantone hatten nämlich unter dem Einfluss liberalen Gedankenguts ihre Wuchergesetze abgeschafft (3). Die Bewegung ging von England aus, das im Jahre 1854 sämtliche Wuchergesetze aufgehoben hatte (4) und griff von dort über Oesterreich und Deutschland auch auf die Schweiz über.

Unter dem Eindruck der Missstände forderten sozial gesinnte Kreise in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die gesetzliche Regelung des gesamten Pfandleih- und Trödelgewerbes sowie den Erlass von Wuchergesetzen in jenen Kantonen, in denen sie

- 1) Amiet, J.: Die französischen und lombardischen Geldwucherer, S. 223
- 2) Weisz, L.: Der organisierte Kredit in Zürich vor der Reformation bis zum Jahre 1835, S. 140
- 3) Hug, H.: Der Wucher im schweizerischen Strafrecht, S. 49f. und Munzinger, W.: Die Wucherfrage, S. 18 ff.
- 4) Brenner, E.: Der Wucher und seine Bekämpfung, S. 199

abgeschafft worden waren. Der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung im Bereiche des Pfandleihwesens blieb nicht ungehört, legiferierten doch in den Jahren 1879 bis zur Jahrhundertwende die Kantone SH, GE, BS, ZH, NE, SG, TG, BE, VD und AR über das Pfandleihgewerbe (1). Die Periode der Wucherfreiheit fand ebenfalls ein Ende, nachdem trotz heftiger Widerstände sogar Kantone, in denen der Wucher nie eine grosse Rolle gespielt hatte, Wuchergesetze erlassen hatten (2).

Die genannten Gesetze, insbesondere aber auch die Einrichtung öffentlicher, auf gemeinnütziger Basis tätiger Pfandleihanstalten, brachten den erwünschten Rückgang bei der illegalen, häufig mit wucherischen Bedingungen arbeitenden Pfandleihe. Zu einer eigentlichen Verdrängung der privaten Pfandleihe kam es aber nicht. Balmer (3) weist anhand von Birkenhäusers Adressbuch im Jahre 1885 noch 70 private Pfandleihgeschäfte nach, und zwar in den Kantonen Genf (28), St. Gallen (15), Basel-Stadt (7), Bern (5), Zürich (4), Schaffhausen (3), Thurgau (3), Solothurn (2), Graubünden (1), Neuenburg (1), Waadt (1) und Zug (1). Zweifellos müssen diese Zahlen um die nicht erfassten "wilden" Pfandleiher und auf Rückkaufsgeschäfte spezialisierten Trödler teilweise noch nach oben korrigiert werden.

Im Kanton Zürich, in dem das Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21. Mai 1882 am 1. Januar 1883 in Kraft getreten war, wurde der Bestand an privaten konzessionierten Pfandleihern erstmals per Ende 1884 erhoben, und im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates (4) mit einem privaten Pfandleiher ausgewiesen. In den folgenden vier

1) Springer, J.: Pfandleihanstalten, S. 1816 f.

2) Hug, H.: Der Wucher im Schweizerischen Strafrecht, S. 55 ff.

3) Balmer, H.: Pfandleihgewerbe, S. 568

4) Rechenschafts-Bericht des Regierungs-Rathes an den Zürcherischen Kantonsrath 1884, S. 419

Jahrzehnten gab es nie mehr als drei behördlich patentierte private Pfandleihgeschäfte (1). Im Jahre 1925 wurde letztmals eine Bewilligung erteilt. Schon ein Jahr später gab es laut Geschäftsbericht (2) im Kanton Zürich keine privaten Pfandleiher mit behördlicher Bewilligung mehr. Nach 1925 erteilte der Regierungsrat, gestützt auf § 202, Abs. 2 des EG zum ZGB, keine Pfandleiherbewilligungen mehr. Das Pfandleihgeschäft blieb seither vollständig der Pfandleihkasse der ZKB vorbehalten.

3.4 Zur Gründungsgeschichte der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank

Die Gründung der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank muss im Zusammenhang mit der sich über Jahrzehnte hinziehenden Auseinandersetzung um die Gründung einer Staatsbank im Kanton Zürich gesehen werden. Verfolgt man Motive und Argumente der Befürworter einer Staatsbank, so findet sich schon in der im Jahre 1835 von Bürgern der damals noch selbständigen Gemeinde Uessikon am Greifensee an den Grossen Rat gerichteten Petition der Hinweis, dass Handwerker und Kleinbauern "ständig in Gefahr stünden, Wucherern in die Hände zu fallen, weil ihr Geldbedarf nicht genügend befriedigt werde" (3). Es wurde denn auch der Wunsch geäußert, der Staat möge ein Institut oder eine Bank errichten, wo auch geringe Geldbeträge gegen Grundpfand oder Bürgschaft auf längere oder kürzere Frist ausgeliehen werden können. Die Regierung erteilte eine abschlägige Antwort und argumentierte u.a. damit, dass eine Bank keine staatliche Leihanstalt sei (4).

- 1) Die Pfandleihanstalt der ZKB wird in dieser Statistik nicht erfasst, da sie keiner regierungsrätlichen Bewilligung zur Betreibung des Pfandleihgewerbes bedarf. Diese wurde ihr direkt auf Gesetzesstufe erteilt (ZKBG, § 7 Abs. 2)
- 2) Geschäftsbericht des Regierungsrates an den Zürcherischen Kantonsrat 1926, S. 182
- 3) Wetter, E.: Die Zürcher Kantonalbank 1870-1920, S. 11
- 4) Brecht, E.: "Die Vorgeschichte der Kantonalbank", in: NZZ Nr. 243 vom 29.5.1970

Einige Jahre später verfassten die Liberalen des Kantons anlässlich einer Volksversammlung in Bassersdorf zur 10-Jahr-Feier des Ustertages ein Schreiben an den Grossen Rat. Darin äusserten sie u.a. den Wunsch, der Staat solle Vorsorge treffen, "dass auch weniger bemittelte Bürger kleinere Darlehen von 100 Gulden an gegen solide Unterpfande zu einem mässigen Zinsfuss erheben können" (1).

Es folgten in den kommenden Jahrzehnten eine ganze Anzahl weiterer Vorstösse in Form von Petitionen von Gemeinden, Anträgen im Grossen Rat, Eingaben der Gemeinnützigen Gesellschaft des Bezirkes Uster etc. Den endgültigen Durchbruch in der Bankfrage brachte die im Jahre 1866 von Grossrat Keller eingebrachte Motion, in der er sich für die Errichtung einer Kantonalbank einsetzte. Die Motion wurde allerdings vom Grossen Rat nicht mehr behandelt. Die Verwirklichung der Staatsbankidee erfolgte im Zuge der inzwischen vom Zürcher Volk gutgeheissenen Totalrevision der Kantonsverfassung. Da im Verfassungsrat die Befürworter einer Kantonalbank in der Ueberzahl waren, fand die Formulierung: "Der Staat errichtet zur Hebung des allgemeinen Kreditwesens beförderlich eine Kantonalbank" (2) ohne Schwierigkeiten Eingang in die Kantonsverfassung von 1869. Noch im gleichen Jahr erfolgte die Annahme des Kantonalbankgesetzes durch das Volk. Die Bank eröffnete ihre Schalter im Februar 1870.

Der jahrzehntelange, sehr bewegt geführte Kampf um die Errichtung einer Staatsbank blieb nicht ohne Einfluss auf die Ausgestaltung des Kantonalbankgesetzes. Mancher Forderung wurde entsprochen, und viele Vorschläge und Wünsche fanden Berücksichtigung. Entsprechend wiesen eine ganze Anzahl von Bestimmungen ein typisch soziales Gepräge auf. So sah das Kantonalbankgesetz u.a. auch die Pflege des Versatzgeschäfts vor (3), dessen Einführung

- 1) Streuli, A.: "Zur Gründungsgeschichte der Zürcher Kantonalbank", in: NZZ Nr. 1735 vom 31.10.1916
- 2) Zürcherische Kantonsverfassung vom 18.4.1869, Art. 24
- 3) ZKBG vom 3.9.1869, Abschnitt III, § 11 lit. g

dem Bankrat besonders dringlich erschien, "da durch den sogenannten Verfallsvertrag - die Versatzgegenstände gingen bei nicht genauer Einhaltung des Rückzahlungstermins ohne weiteres in den Besitz des Pfandleihers über - eine schwere Benachteiligung der kleinen Leute erfolgte" (1).

Der Entwurf eines Reglements für die Mobiliarleihkasse der Zürcher Kantonalbank wurde dem Kantonsrat am 10. Oktober 1871 zur Genehmigung eingereicht. Darin fanden sich im wesentlichen diejenigen Regelungen, die sich bei der "Kleinen Mobiliar-Leihkasse", einer Sonderabteilung der St. Gallischen Creditanstalt (2), seit Jahren bewährt hatten. Der Kantonsrat genehmigte das in diesem Sinne entworfene Reglement noch im gleichen Monat. Am 15. Februar 1872 erfolgte die Eröffnung der Mobiliarleihkasse der Zürcher Kantonalbank, deren Zweck mit folgenden Worten umschrieben wurde: "....., dem Publikum mit kleinen Gelddarlehen gegen Versatz von Mobiliargegenständen zu dienen" (3).

Dem regen Zuspruch, dessen sich das Institut von allem Anfang an erfreute, stand der Bankrat mit eher gemischten Gefühlen gegenüber, stellte er doch im Bericht über das erste Geschäftsjahr der Mobiliarleihkasse u.a. fest: "Der Gang der Anstalt war ein regelmässiger, und wenn auch der wachsende Verkehr derselben neben den bestehenden Privatleihanstalten gerade kein günstiges Licht auf die sozialen Verhältnisse wirft, so geht anderseits der Beweis für die Zweckmässigkeit eines derartigen öffentlichen Institutes daraus hervor" (4).

1) Meier, A.: "Die Pfandleihkasse", in: 75 Jahre ZKB, S. 136

2) Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 249 ff.

3) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 30.10.1871, § 1

4) 3. Rechenschaftsbericht der ZKB 1872, S. 19

Im Dezember 1876 erfolgte der Umzug der Mobiliarleihkasse an die Beatengasse, wo sie einen eigens für sie errichteten Neubau beziehen konnte. Die im gleichen Jahr vorgenommene Modifizierung des Reglements brachte als wichtigste Neuerung den Zwang zur Identifikation für die Kunden der Mobiliarleihkasse. Die Gewährung der völligen Anonymität hatte nämlich dubiose Elemente immer wieder dazu verleitet, gestohlene Gegenstände auf elegante Art loszuwerden. Als Folge dieser Massnahme sank der Darlehensbestand 1879 gegenüber dem Vorjahr um 26 %, denn es wendete sich "namentlich der Leichtsinn und das unrechtmässig besessene Pfand-object lieber den in letzter Zeit pilzartig sich vermehrenden privaten Leihhäusern zu" (1). Der Versuch, das Geschäft durch die Senkung des Zinssatzes von 1 % auf 3/4 % pro Monat zu beleben, misslang. Es stellten sich chronische Defizite ein. Die Inkraftsetzung des Gesetzes betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21. Mai 1882 brachte zwar eine vorübergehende Belebung der Geschäftstätigkeit, aber auch Einschränkungen bei den bisher erhobenen Gebühren. Negativ wirkte sich insbesondere die neue Regelung aus, wonach die bei den Versteigerungen erzielten und innerhalb dreier Monate nicht abgeholten Mehrerlöse nicht mehr der Anstalt verfielen. So sah sich denn der Bankrat im Jahre 1887 gezwungen, den Darlehenszins wieder auf den vor 1881 geltenden Stand von 1 % pro Monat zu bringen.

Im Jahre 1890 kam die Mobiliarleihkasse der Zürcher Kantonalbank ganz unerwartet zu einer Filiale in Winterthur. Die "Leihkasse Winterthur" hatte sich im Zuge der Umwandlung in die "Kreditbank Winterthur" zur Aufgabe des Versatzgeschäfts entschlossen und gelangte, unterstützt vom Winterthurer Stadtrat, mit dem Gesuch um Uebernahme ihrer Mobiliarleihkasse an die Zürcher Kantonalbank. Obwohl es sich um einen Defizitbetrieb mit wenig erfreulichen Zukunftsaussichten handelte, entschloss sich die ZKB aus sozialen Erwägungen zur Uebernahme. Das Unternehmen entwickelte sich

1) 10. Rechenschaftsbericht der ZKB 1879, S. 7

schlechter als erwartet. Schon im Jahre 1894 beschloss der Bankrat die Auflösung der Winterthurer Filiale der Mobiliarleihkasse, denn "die geringe Frequenz dieses Instituts weist darauf hin, dass in Winterthur eine Pfandleihanstalt kein Bedürfnis ist" (1). Auf Ersuchen des Stadtrats von Winterthur wurde dann aber die Anstalt einstweilen doch noch weiter betrieben. Der Umsatz nahm weiterhin ab, und die Defizite liessen sich trotz erheblich reduzierter Oeffnungszeiten und unentgeltlich zur Verfügung gestellter Lokaltäten nicht beseitigen. So wurde die Mobiliarleihkasse Winterthur auf den 1. Januar 1910 mangels Bedürfnis nach Versatzdarlehen definitiv liquidiert (2).

Im Gegensatz zur Winterthurer Filiale entwickelte sich die Mobiliarleihkasse der ZKB recht gut. Mit den anfallenden Gewinnen konnte nach und nach ein ansehnlicher Reservefonds geäufnet werden. Von Zeit zu Zeit auftretende Defizite wurden über den gleichen Fonds abgebucht. Die Umbenennung der Mobiliarleihkasse in "die der Natur der getätigten Geschäfte besser entsprechende Firma 'Pfandleihkasse'" (3) erfolgte im Jahre 1934 gleichzeitig mit dem Umzug in grössere, dem Geschäftsvolumen und den Sicherheitsforderungen besser angepasste, mietweise übernommenen Lokalitäten an der Löwenstrasse. Der Darlehensbestand überschritt 1943 erstmals die Millionengrenze.

Im Jahr 1956 musste die Pfandleihkasse wegen Abbruchs der Liegenschaft an der Löwenstrasse erneut umziehen. Sie konnte sich, allerdings zu einem bedeutend höheren Mietzins, in einem zweckmässig eingerichteten Neubau an der Luisenstrasse einmieten. Allgemein steigende Kosten, insbesondere aber der mehr als doppelt so hohe Mietzins, brachten die Pfandleihkasse für Jahre in die Verlustzone. Betriebsverluste wurden ab 1956 nicht mehr zu Lasten des Reservefonds abgebucht, sondern direkt von der Kantonalbank übernommen.

- 1) 25. Rechenschaftsbericht der ZKB 1894, S. 45
- 2) 40. Rechenschaftsbericht der ZKB 1909, S. 46
- 3) 65. Rechenschaftsbericht der ZKB 1934, S. 19

Im September 1976 erfolgte der Umzug in die bankeigene Liegenschaft Neue Hard. Die Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank verfügt dort über modern eingerichtete, den hohen Sicherheits- und Diskretionserfordernissen bestens angepasste Räumlichkeiten.

4. Wirtschaftliche Bedeutung

4.1 Entwicklung der Darlehensgewährung

Das Pfandleihgeschäft erlebte nach der Gründung der ersten Versatzanstalten im vorigen Jahrhundert einen kräftigen Aufschwung, der im 1. Weltkrieg seinen Höhepunkt erreichte (1). Der Natur des Geschäfts entsprechend - der überwiegende Teil der Darlehen diente der Ueberwindung von Notlagen - verzeichnete es nach dem Krieg einen massiven Einbruch. Die Krise der dreissiger Jahre und der 2. Weltkrieg brachten dem Pfandleihgeschäft nochmals einen spürbaren Aufschwung. Erst Anfang der fünfziger Jahre begann sich die Darlehensgewährung der Pfandleihanstalten, gemessen an der Anzahl gewährter Darlehen, kontinuierlich zurückzubilden.

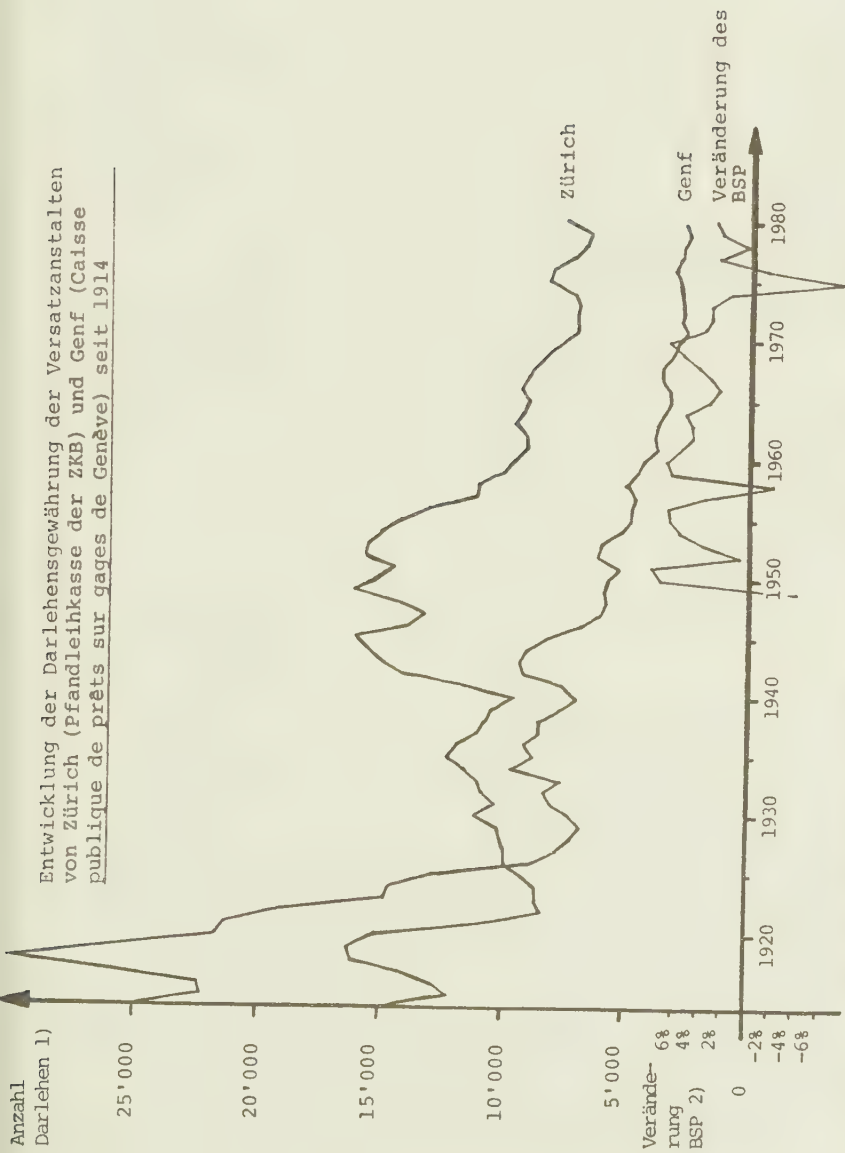
Die aufgezeigte Entwicklung ist zur Hauptsache begründet im Verschwinden der Arbeitslosigkeit, im Ausbau der staatlichen Sozialgesetzgebung (2) und in der deutlichen Verbesserung des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise.

1) Vgl. grafische Darstellung auf S. 17

2) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1951

In bezug auf das betragsmässig erfasste Volumen der gewährten Darlehen lässt sich im Verlauf der letzten 30 Jahre kein klarer Trend erkennen. Es zeigten sich sowohl bei der Genfer als auch bei der Zürcher Pfandleihanstalt heftige Schwankungen. Insgesamt weisen beide Institute in den Jahren 1979 und 1980 eine im Vergleich zu den frühen 50er Jahren höhere Darlehenssumme aus, was auf das vermehrte Versetzen höherwertiger Pfänder (insbesondere Schmuck) zurückzuführen ist. Berücksichtigt man die Geldentwertung (1), so ergibt sich für Genf im genannten Zeitraum eine Abnahme und für Zürich eine deutliche Zunahme der Summe der neu gewährten Darlehen.

1) Landesindex der Konsumentenpreise Basis 1939 = 100



- 1) Anzahl neu gewährter Darlehensposten (zur postenmässigen Erfassung siehe S. 58)
- 2) Veränderung des realen Bruttosozialprodukts in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Geldwertverlust berücksichtigt)
Quelle: ESTa, Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft Nr. 45, 1977

4.2 Der Umfang des Pfandleihgeschäfts

Anhand des Volumens der im Jahre 1980 von den vier in der Schweiz noch bestehenden Pfandleihanstalten gewährten neuen Darlehen und der per Ende 1980 insgesamt ausstehenden Darlehen (1) soll ein Begriff von der Grössenordnung des Pfandleihgeschäfts vermittelt werden. Da die genannten Zahlen isoliert betrachtet wenig Aussagekraft haben, werden sie vergleichbaren Grössen aus dem Konsumkreditgeschäft gegenübergestellt.

Tabelle 1: Darlehensgewährung und Darlehensbestand der Versatzanstalten [Stand 1980]

	1980 neu gewährte Darlehen (2)	Darlehensbestand per Ende 1980
	Fr.	Fr.
Pfandleihkasse der ZKB	3,445,000.--	3,919,000.--
Caisse publique de prêts sur gages de Genève	3,666,000.--	2,162,000.--
Städtische Mobiliar-Leih- kasse St. Gallen	299,000.--	156,000.--
Pfandleihanstalt Luzern	119,000.--	65,000.--
TOTAL	7,529,000.-- =====	6,302,000.-- =====

Vergleicht man den Darlehensbestand der Pfandleihanstalten von rund 6 Millionen Franken mit dem Stand der Kleinkredite in der Schweiz per Ende 1980 in der Höhe von rund 2,7 Mrd. Franken (3), so zeigt sich, dass das Pfandleihgeschäft bei weitem keine volkswirtschaftlich relevanten Dimensionen erreicht. Es nimmt allenfalls in bescheidenem Ausmass teil an der Bedeutung, die dem Konsumkreditgeschäft als Ganzem zukommt (4).

- 1) Geschäftsberichte der betreffenden Anstalten für das Jahr 1980
- 2) Die für St. Gallen und Luzern angegebenen Werte umfassen auch Erneuerungen bestehender Darlehen
- 3) Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1980, S. 261 (erfasst werden lediglich dem Bankengesetz unterstellte Kleinkreditinstitute)
- 4) Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Konsumkreditgewährung vgl. Saxer, L.: Konsumkreditgeschäft, S. 32 ff.

Nun stellt sich natürlich auch die Frage, weshalb die Versatzanstalten vom gewaltigen Wachstum des Konsumkreditgeschäfts nicht mehr profitieren können. Sie lässt sich nicht abschliessend beantworten. Sicher ist, dass psychologischen Argumenten in diesem Zusammenhang eine erhebliche Bedeutung zukommt. Ganz grundsätzlich kann festgestellt werden, dass gegenüber dem Verpfänden von Waren Vorurteile bestehen. Dies äussert sich u.a. auch darin, dass in der Bankpraxis dem Wort "verpfänden" Begriffe wie "hinterlegen", "deponieren", "in Kaution geben" etc. oft vorgezogen werden (1). Das Pfandleihgewerbe sieht sich mit besonders ausgeprägten, grösstenteils historisch bedingten und in der Bevölkerung tief verwurzelten Vorurteilen konfrontiert. Die Beanspruchung eines Versatzdarlehens wird landläufig mit der Mobilisierung letzter Reserven gleichgesetzt. Darüber hinaus gibt die Besitzaufgabe beim potentiellen Versetzenden zu mancherlei Befürchtungen Anlass, bleibt doch die Uebertragung oder auch das blossе Fehlen eines Gegenstandes der Umwelt oftmals nicht verborgen. Zwischen der wenn auch nur vorübergehenden Aufgabe des Besitzes an einem Gegenstand und dem einfachen Unterschreiben einer zur blossen Formsache heruntergespielten Lohnzession besteht ein beträchtlicher Unterschied.

Breite Bevölkerungskreise vermögen heutzutage den von den Kleinkreditbanken gestellten Anforderungen zu genügen. Für sie ist der unbeliebte Gang zur Pfandleihanstalt keine Alternative zur Beanspruchung eines leicht erhältlichen Barkredits. Statt lange nach einem entbehrlichen, zum Versatz tauglichen Gegenstand zu suchen, wird kurzerhand zukünftiges Einkommen "versetzt" (2). Wenn Schmoller (3) um die Jahrhundertwende im Zusammenhang mit dem Pfandleihgeschäft u.a. von einem Kredit "... der kleinen Leute, die keinen besseren Kredit finden" spricht, so kann dieser

1) Leemann, H.: Kommentar zum Sachenrecht, S. 1073, N 39

2) Lorenz, J.: Der Konsumkredit in sozial-ethischer Beleuchtung, S. 103

3) Schmoller, G.: Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 188

Aussage auch heutzutage eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Abschliessend bleibt zu bemerken, dass die Ausführungen zur wirtschaftlichen Bedeutung des Pfandleihgeschäfts nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Sie finden eine wichtige Ergänzung im 4. Teil dieser Arbeit, der die soziale Bedeutung des Pfandleihgeschäfts aufzeigt.

2. TEIL: RECHTLICHE GRUNDLAGEN

1. Bundesrecht

1.1 Allgemeine Bemerkungen

Dem Pfandleihgewerbe steht in der Schweiz eine besondere Pfandart, nämlich diejenige des Versatzpfandes (ZGB Art. 907 ff.) zur Verfügung, das "zusammen mit dem Faustpfandrecht (einschliesslich der Viehverpfändung sowie dem Retentionsrecht) und dem Pfandrecht an Forderungen und anderen Rechten (1. und 2. Abschnitt des 23. Titels) zu den drei heute im ZGB geregelten Arten des Fahrnispfandrechts" (1) gehört. Wie alles Fahrnispfandrecht, so hat auch das Versatzpfandrecht den Zweck, den Gläubiger gegen Verluste zu sichern, die entstehen können, wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Gleichzeitig zielte der Gesetzgeber auch darauf ab, wirtschaftlich schwächere, in kaufmännischen Dingen weniger versierte Bevölkerungskreise, auf deren Bedürfnisse die Dienstleistungen des Pfandleihgewerbes seit jeher zugeschnitten sind, vor wucherischer Ausbeutung und Ueberverteilung zu schützen.

Fahrnis kann, von wenigen Ausnahmen abgesehen (2), nur durch Uebertragung des Besitzes an der Pfandsache auf den Gläubiger (Besitzpfand), verpfändet werden. Es gilt das Faustpfandprinzip. Innerhalb des Faustpfandrechts sind die allen Fahrnispfandarten gemeinsamen Normen aufgeführt. Sie können "von dort aus sinngemäss auf die anderen Institute ausgedehnt werden" (3). Die Vorschriften über das Faustpfandrecht "haben die Bedeutung einer allgemeinen Regelung des Fahrnispfandrechts" (4).

1) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 582

2) Ausnahmen: vgl. Tuor, P.: Das schweiz. Zivilgesetzbuch, S. 700

3) Tuor, P.: Das schweiz. Zivilgesetzbuch, S. 696

4) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 106

Als Besitzpfandrecht untersteht somit auch das Versatzpfand unter dem Vorbehalt abweichender eigener Regelung der Ordnung des Faustpfandrechts. Auf das Versatzpfandrecht in seinen Grundzügen und dessen Besonderheiten soll in der Folge näher eingegangen werden.

1.2 Besonderheiten des Versatzpfandrechts

1.2.1 Bewilligungspflicht für die Errichtung einer Versatzanstalt

Gemäss ZGB Art. 907 bedarf es zur Ausübung des Pfandleihgewerbes einer Bewilligung der kantonalen Regierung, wobei es den Kantonen überlassen bleibt, diese Bewilligung nur öffentlichen Anstalten des Kantons oder der Gemeinden sowie gemeinnützigen Unternehmungen zu erteilen. Besteht auf kantonomer Ebene kein Vorbehalt in diesem Sinne, so kann die Bewilligung zeitlich beschränkt auch privaten, gewinnstrebig geführten Anstalten erteilt werden (1). Der Betrieb eines privaten Pfandleihers kann somit ebenfalls Versatzanstalt sein. Bewilligungen für private Anstalten können jederzeit widerrufen werden, falls diese die für sie gültigen Bestimmungen verletzen. Dies ist gemäss Ziegler (2) insbesondere dann der Fall, wenn die Anstalt keine Versatzscheine ausstellt, wenn sie ohne Beizug eines Beamten den Pfandverkauf vornimmt oder wenn sie Pfandgegenstände vorzeitig verkauft.

Voraussetzung zur Entstehung gültigen Versatzpfandrechts ist somit, dass als Gläubiger eine Versatzanstalt (Pfandleihanstalt) auftritt, d.h. "ein Unternehmen, das gewerbsmässig Darlehen auf versetzte Gegenstände erteilt und das die hierfür erforderliche Bewilligung der kantonalen Regierung erlangt hat" (3). Wird

1) ZGB Art. 908

2) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 27

3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 586

ein Pfandrecht ohne Bewilligung zum Betrieb eines Pfandleihgewerbes begründet, so ist kein Versatzpfandrecht im Sinne von ZGB Art. 909 ff., sondern, sofern dessen Voraussetzungen erfüllt sind, ein gewöhnliches Faustpfandrecht (1) entstanden.

1.2.2 Ausstellung eines Versatzscheins

Zur gültigen Errichtung eines Versatzpfandrechts bedarf es grundsätzlich der gleichen Voraussetzungen wie zur Begründung eines Faustpfandrechts. Zusätzliches Erfordernis ist die Ausstellung eines Versatzscheins. Im Kommentar von Leemann werden im einzelnen folgende Erfordernisse aufgezählt und näher erläutert (2):

- a) Willensübereinstimmung zwischen Verpfänder und Versatzanstalt, dass dieser das Pfandrecht zustehen soll
- b) Uebergabe des Pfandgegenstandes an die Versatzanstalt
- c) Ausstellung des Versatzscheins durch die Versatzanstalt (ZGB Art. 909)
- d) Verfügungsbefugnis des Verpfänders oder guter Glaube der Versatzanstalt
- e) Zulässigkeit der Verpfändung

Gestützt auf ZGB Art. 915 verlangen einzelne Kantone in ihren Vorschriften über die Errichtung des Pfandrechts zusätzlich die Eintragung in ein Register (Pfandbuch). Eine solche Bestimmung ist aber gemäss Oftinger (3) und Leemann (4) ohne Bedeutung für die Gültigkeit des Pfandrechts.

1) ZGB Art. 884-894

2) Leemann, H.: Sachenrecht, S. 1169

3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 594

4) Leemann, H.: Sachenrecht, S. 1169

Als einem der wesentlichen Erfordernisse für die Entstehung von Versatzpfandrecht kommt hingegen der Ausstellung (und Aus-händigung) des Versatzscheins grosse Bedeutung zu. Wird ein solcher nicht ausgestellt, so entsteht gemäss Oftinger "kein Versatzpfandrecht, aber auch kein Faustpfandrecht im Sinne des Art. 884, es sei denn, der Wille beider Parteien sei auf das letztere gerichtet " (1). Nach der Meinung Leemanns hingegen "entsteht mangels Ausstellung eines Versatzscheins ein gewöhnliches Faustpfandrecht" (2), wobei aber die Rechtsstellung des Schuldners damit nicht verschlechtert werden darf. Einerseits könnte die Versatzanstalt beim Fehlen des Versatzscheins keine persönliche Forderung geltend machen, und andererseits müsste der Anstalt das Recht zum amtlichen Selbstverkauf abgesprochen werden. Dieser Streitfrage kommt aber keine praktische Bedeutung zu. Da Versatzanstalten mit dem Entzug der Bewilligung rechnen müssen, falls sie keinen Versatzschein ausstellen(3), werden sie der Erfüllung dieses Erfordernisses stets besonders grosse Beachtung schenken.

1.2.3 Realisierung des Pfandrechts durch amtlichen Verkauf

1.2.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Eine der hervorstechendsten Besonderheiten des Versatzpfandes liegt im Verfahren, das der Pfandleihanstalt im Falle der Nichtbefriedigung zur Verwertung des Pfandes offensteht. Grundsätzlich erfolgt die Pfandverwertung beim Fahrnispfand aufgrund der Vorschriften des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts. Haben die Parteien nicht den freihändigen Verkauf vereinbart, so ist der Gläubiger in der Regel auf die Betreibung auf Pfandverwertung nach SchKG Art. 151 ff. angewiesen. Die Versatzanstalten

1) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 591

2) Leemann, H.: Sachenrecht, S. 1170

3) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.1, S. 22

bleiben ausserhalb dieser Regelung, da SchKG Art. 45 die Geltendmachung von Forderungen der Pfandleihanstalten den Bestimmungen des ZGB vorbehält (1). Dieses ordnet in Art. 910 an, die Pfandleihanstalt könne "nach vorgängiger öffentlicher Aufforderung zur Einlösung" - also ohne vorangehende Betreuung - "den Pfandgegenstand amtlich verkaufen lassen".

Die Versatzanstalt ist mit andern Worten nicht berechtigt, den Verkauf selbst vorzunehmen; sie ist vielmehr gehalten, eine durch das kantonale Recht bestimmte Amtsperson damit zu beauftragen. Falls das kantonale Recht als Verfahren die öffentliche Versteigerung vorsieht, so gelten die Vorschriften des OR über die freiwillige öffentliche Versteigerung (2).

Dieses den Versatzanstalten kraft des Gesetzes eingeräumte Recht zum amtlichen Verkauf kommt dem Interesse aller Beteiligten entgegen. Aufgrund der Tatsache, dass die Versatzanstalten vor allem Kleinstdarlehen gewähren (3), stünden bei einer Realisierung des Pfandrechts auf dem Wege der Zwangsvollstreckung in den meisten Fällen die Betreuungskosten in keinem vernünftigen Verhältnis zum Pfandwert. Oft würden sie diesen sogar übersteigen. Die dabei entstehenden Verluste, aber auch die durch administrative Umtriebe anfallenden Kosten würden sich im Endeffekt in einer Verschlechterung der Konditionen niederschlagen. Im übrigen dürfte es der auf absolute Diskretion erpichte Kunde der Versatzanstalt kaum schätzen, wenn im Zusammenhang mit einer allfälligen Zwangsvollstreckung aufgrund von SchKG Art. 66 IV ein Zahlungsbefehl unter Nennung seines Namens publiziert würde.

1) Fritzsche, H.: Schuldbetreuung und Konkurs, S. 77

2) OR Art. 229 II ff.

3) Grössenklassen der Darlehen siehe Tabelle 8, S. 81

1.2.3.2 Voraussetzungen

Die rechtmässige Pfandverwertung ist an zwei Voraussetzungen geknüpft:

- a) Das Pfand wurde auf den vereinbarten Termin nicht ausgelöst. Solange der Verkauf nicht stattgefunden hat, kann der Verpfänder den Pfandgegenstand jederzeit, ohne Rücksicht auf die Fälligkeit, auslösen. Die Auslösung bedingt die Rückzahlung des Darlehens und die Begleichung der aufgelaufenen Zinsen sowie allfälliger Gebühren. Da die Auslösung zu jeder beliebigen Zeit vorgenommen werden kann, ist es nur recht und billig, dass den Versatzanstalten im ZGB Art. 913 die Befugnis zugesprochen wird, für einen nicht abgelaufenen Monat den vollen Monatszins zu verrechnen. Die Auslösungssumme umfasst darüber hinaus auch allfällige Verkaufsvorbereitungskosten und Verzugszinse.
- b) Vor dem amtlichen Verkauf hat eine öffentliche Aufforderung zur Auslösung des Pfandgegenstandes zu erfolgen. Diese darf erst nach dem Eintritt der Fälligkeit vorgenommen werden, andernfalls ist sie ungültig. Zwischen der Aufforderung zur Auslösung und dem Eintritt der Verkaufsberechtigung liegt eine Wartezeit. Die Regelung der Dauer dieser sogenannten Karenzfrist, insbesondere aber auch die Gestaltung der öffentlichen Aufforderung, bleibt den Kantonen überlassen. Angemessen erscheint gemäss Oftinger (1) die Publikation der Nummer der Versatzscheine oder der Periode, in der die zur Rückzahlung fälligen Darlehen gewährt wurden. Die Veröffentlichung der Namen säumiger Schuldner wäre weder für die Versatzanstalt noch für deren Kunden tragbar, kommt doch dem Diskretionsargument (reine Sachhaftung; die Person des Schuldners steht im Hintergrund) im Pfandleihgeschäft besondere Bedeutung zu.

1) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 596

1.2.3.3 Verwertung im Konkurs des Pfandeigentümers

Da die Verwertung des Versatzpfandes nicht nach den Regeln der Zwangsvollstreckung vorgenommen wird, ist der Versatzanstalt im Konkurs des Pfandeigentümers gemäss Leemann (1) "abgesonderte Befriedigung zuzubilligen; sie ist, auch wenn der Pfandgläubiger zugleich Schuldner ist, nicht Konkursgläubiger und hat daher keine Konkurseingabe zu machen; die Art. 198 und 232 II Ziff. 2 SchKG finden keine Anwendung". Hingegen soll die Versatzanstalt aufgrund von SchKG Art. 232 Ziff. 4 die Konkursbehörde über allfällig bestehende Versatzgeschäfte in Kenntnis setzen, damit dieser die Möglichkeit gegeben ist, den Pfandgegenstand auszulösen oder den bei der Verwertung resultierenden Ueberschuss zuhanden der Konkursmasse einzuziehen (2).

Das Recht der Versatzanstalt auf abgesonderte Befriedigung im Konkurs des Verpfänders ist deshalb gerechtfertigt, weil die Kosten eines Konkursverfahrens aufgrund der niedrigen Darlehenswerte im Normalfall in keinem vernünftigen Verhältnis zum Pfandwert stehen. Darüber hinaus ist es der Pfandleihanstalt gemäss ZGB Art. 910 II, der die reine Sachhaftung beinhaltet, nicht erlaubt, bei einem Ausfall eine persönliche Forderung geltend zu machen (3).

1.2.3.4 Behandlung des Mehrerlöses

Wird beim amtlichen Verkauf ein Ueberschuss erzielt, so hat der Berechtigte gemäss ZGB Art. 911 I Anspruch auf dessen Herausgabe. Der Ueberschuss ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und der Pfandsumme, die sich gemäss ZGB Art. 891 II aus der Darlehensforderung, den vertraglich abgemachten Zinsen,

1) Leemann, H.: Sachenrecht, S. 1173

2) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 94 f.

3) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 29

den Verkaufskosten - diese treten an die Stelle der Betreibungskosten (1) - und aufgelaufenen Verzugszinsen (2) zusammensetzt (3).

Ergibt sich ein Ueberschuss, so wird dieser dem Berechtigten während fünf Jahren, vom Tage des Verkaufs an gerechnet, zur Verfügung gehalten (4). Die Verpflichtung der Versatzanstalt auf Herausgabe des Ueberschusses ist Holschuld, nicht Bringschuld (5). Die Pfandleihanstalt ist auch nicht gehalten, dem Berechtigten Kenntnis vom Vorhandensein eines Ueberschusses zu verschaffen. Es wird vom Verpfänder erwartet, dass er sich aufgrund der an ihn persönlich ergangenen Aufforderung zur Auslösung oder Erneuerung seines Darlehens und der öffentlichen Bekanntmachung des Zeitpunktes der Versteigerung selber bei der Pfandleihanstalt über einen allfälligen Ueberschuss erkundigt. Wenn die Pfandleihkasse der ZKB nach erfolgter Versteigerung ihre Kunden über einen allfälligen erzielten Mehrerlös orientiert, so geschieht dies auf völlig freiwilliger Basis.

In Abweichung von OR Art. 127 setzt ZGB Art. 911 III die Verjährungsfrist für nicht abgeholte Mehrerlöse auf 5 Jahre fest. Der nicht behändigte Ueberschuss verfällt nach Ablauf dieser Frist an die Anstalt, es sei denn, es bestehe eine anderslautende kantonale Vorschrift (6).

1) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 41

2) OR Art. 104 II

3) Siehe 3. Teil, Abschnitt 7.2, S. 100 ff.

4) ZGB Art. 911 III

5) Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 229

6) Das zürcherische EG zum ZGB bestimmt unter § 210:

"Ist der Anspruch des Verpfänders auf den Ueberschuss des Pfanderlöses durch Verjährung erloschen, so fällt der hinterlegte Betrag in das Armengut der Gemeinde."

1.2.4 Reine Sachhaftung

Eine weitere Besonderheit besteht beim Versatzpfand insofern, als das ZGB im Gegensatz zum gewöhnlichen Fahrnispfand die reine Sachhaftung anordnet. Für die Schuld des Verpfänders haftet somit ausschliesslich das von ihm übergebene Pfand. Selbst wenn die Darlehensforderung der Versatzanstalt beim amtlichen Verkauf der Pfandsache nicht gedeckt wird, kann sie den Verpfänder wegen des Ausfalls nicht persönlich haftbar machen (1). Einerseits zwingt das Prinzip der reinen Sachhaftung die Versatzanstalt somit zu einer vorsichtigen Belehnung der Pfandgegenstände. Andererseits bringt die reine Sachhaftung aber auch eine bedeutende Arbeitsvereinfachung mit sich, entfallen doch aufwendige Abklärungen zur Person des Verpfänders. Die Versatzanstalten können sich ganz auf die Prüfung des Pfandgegenstandes hinsichtlich Qualität und Eignung zum Verkauf sowie der Eigentumsverhältnisse beschränken. Lenzen bemerkt in diesem Zusammenhang mit Recht, dass gerade die Schnelligkeit der Befriedigung des Kreditbedürfnisses ein hervorstechendes Merkmal des Pfandleihgewerbes sei (2). Darüber hinaus lässt die reine Sachhaftung die Person des Verpfänders stark in den Hintergrund treten, womit dem Bedürfnis der Kunden nach grösstmöglicher Diskretion Genüge getan wird.

Gegen eine persönliche Haftung spricht im übrigen der Umstand, dass mancher potentielle Kunde vor der Ungewissheit zurückschrecken würde, ob und in welcher Höhe nach Verfall des Pfandes noch eine Forderung gegen ihn erhoben werden könnte.

1) ZGB Art. 910 II

2) Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 52

Nun erfährt aber die reine Sachhaftung, wie sie aus ZGB Art. 910 hervorgeht, im Art. 911 II, der dahin lautet, dass mehrere Forderungen gegen denselben Schuldner bei Berechnung des Ueberschusses als ein Ganzes behandelt werden dürfen, eine Erweiterung, die zu berücksichtigen ist. Damit wird die Befriedigung der Versatzanstalt für Ausfälle aus früheren Verwertungen doch noch möglich. Diese Erweiterung der Befriedigungsmöglichkeit bedingt allerdings, dass vor der Verjährung der Ausfallforderung (1) ein Pfand desselben Schuldners zum Verkauf gelangt. Ziegler (2) hebt denn auch mit Recht hervor, dass in dieser Beziehung beim Versatzpfand nicht das Prinzip der reinen Sachhaftung im eigentlichen Sinne bestehe, denn "diesem würde entsprechen, dass die versicherte Forderung mit dem Pfandverkauf unterginge, ob sie gedeckt sei oder nicht".

Es bleibt noch zu bemerken, dass ZGB Art. 911 II nur anwendbar ist, wenn Schuldner und Pfandeigentümer identisch sind. "Einem dritten Pfandeigentümer darf nicht zugemutet werden, dass seine Pfandsache für frühere, andere, ihm fremde Schulden hafte" (3).

Die Erweiterung der reinen Sachhaftung kommt, dies sei nochmals betont, lediglich nach erfolgter Verwertung zum Tragen. Solange ein Verkauf nicht stattgefunden hat, bleibt dem Schuldner somit die Möglichkeit, sein Pfand jederzeit auszulösen. Damit kann er sich der drohenden Verrechnungsgefahr mit einer evtl. noch bestehenden Ausfallforderung entziehen. Was bezweckt nun aber der Gesetzgeber mit dieser Erweiterung der reinen Sachhaftung? Da sich die Bestimmungen der Art. 910 und 911 I ZGB einseitig auf die Seite des Verpfänders stellen, sah sich der Gesetzgeber veranlasst, mit ZGB Art. 911 II einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Es leuchtet denn auch ein, dass von einer Versatzanstalt nicht erwartet werden kann, dass sie beim einen Geschäft den Ausfall selbst zu tragen hätte und bei einem andern, das den gleichen Schuldner betrifft, zur Herausgabe des Ueberschusses verpflichtet wäre.

1) OR Art. 127/128

2) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 91

3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 601

1.3 Der Versatzzschein

1.3.1 Funktion

Die wohl wichtigste Funktion kommt dem Versatzzschein, auch Pfandschein genannt, bei der Begründung von Versatzpfand zu (1). Die Rolle, die der Versatzzschein im Zusammenhang mit dem Auslösungsrecht, dem Recht, gegen Bezahlung der Pfandsumme das Pfand Zug um Zug herauszuverlangen, spielt, lässt sich aufgrund der Artikel 912/913 ZGB folgendermassen umschreiben (2):

- a) Vor Verfall des Darlehens kann das Pfand nur gegen Rückgabe des Versatzzscheins ausgelöst werden. Der Versatzzschein ist Präsentationspapier von Gesetzes wegen, solange die Geltendmachung des Herausgabeanspruchs vom Besitz des Scheins abhängt (vgl. auch c).
- b) Nach Eintritt der Fälligkeit ist der Berechtigte "zur Auslösung des Pfandes befugt, wenn er sich über sein Recht ausweist" (ZGB Art. 912 II). Das Pfand kann somit auch ohne Vorweisung des Versatzzscheins ausgelöst werden, sofern der Berechtigte den Beweis erbringen kann, dass er der Verpfänder, sein Rechtsnachfolger oder ein Bevollmächtigter ist.
- c) Hat die Versatzanstalt Art. 912 II in ihre Geschäftsbedingungen aufgenommen und sich somit vorbehalten, das Pfand nur gegen Rückgabe des Versatzzscheins herauszugeben, so kann es vom Berechtigten während sechs Monaten seit der Fälligkeit nur durch Uebergabe des Scheins ausgelöst werden. Nach Ablauf dieser Frist ist derjenige, der sich als berechtigt ausweisen kann, auch ohne Versatzzschein zur Auslösung befugt.

1) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.2, S. 23

2) Vgl. Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 603 f.

1.3.2 Rechtsnatur

ZGB Art. 912 I lässt vorerst die Vermutung aufkommen, dass es sich beim Versatzscheine um ein Wertpapier handle. Zwar kann grundsätzlich ein Pfand vor dessen Fälligkeit nur gegen Rückgabe des Versatzscheins ausgelöst werden, wobei der Auslösende zudem seine Berechtigung nachzuweisen hat. Die in den Absätzen II und III des gleichen Artikels "vorgesehene Möglichkeit, den Anspruch auf Herausgabe des Pfandgegenstandes auch ohne die Vorlegung des Versatzscheines geltend zu machen, ist aber mit dem Charakter eines Wertpapiers schlechterdings unvereinbar" (1), definiert doch das OR das Wertpapier als "jede Urkunde, mit der ein Recht derart verknüpft ist, dass es ohne die Urkunde weder geltend gemacht, noch auf andere übertragen werden kann" (2). Der Versatzschein stellt somit kein Wertpapier dar.

Gemäss Oftinger (3) lässt er sich vielmehr charakterisieren als eine schriftliche Bescheinigung, die als Beweisurkunde über den Anspruch des Verpfänders auf die Herausgabe des Pfandes nach Rückzahlung des Darlehens oder - im Falle eines amtlichen Verkaufs - auf die Auszahlung eines allfälligen Mehrerlöses dient. Hat sich die Anstalt ausdrücklich vorbehalten, das Pfand gegen Rückgabe des Scheins an jedermann herauszugeben (4), so wird er zum Legitimationspapier. Der Versatzschein ist ferner ein Präsentations- und Einlösungspapier, "soweit die Versatzanstalt im Rahmen des Art. 912 ZGB den versetzten Gegenstand nur gegen Rückgabe des Scheins auszuhändigen braucht" (5). An den Inhalt stellt das Bundesrecht keinerlei Anforderungen; dem Schein muss nur zu entnehmen sein, dass ein bestimmter Gegenstand versetzt worden ist (6).

1) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 592

2) OR Art. 965

3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 592

4) ZGB Art. 913 II

5) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 592

6) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 592

Versatzscheine lauten üblicherweise auf den Namen des Verpfänders. Sie können aber auch auf den jeweiligen Inhaber oder an Ordre ausgestellt werden (1). Auf kantonaler Ebene können Inhaberscheine aufgrund von ZGB Art. 915 ausgeschlossen werden.

1.3.3 Legitimationsklausel

Von Gesetzes wegen (2) ist der Berechtigte, also meist der Verpfänder oder dessen Rechtsnachfolger (in selteneren Fällen auch der Pfandeigentümer oder ein nachgehender Pfandgläubiger) befugt, nach Untergang des Pfandrechts das Pfand herauszuverlangen. Will die Versatzanstalt nicht Gefahr laufen, schadenersatzpflichtig zu werden, so muss sie die materielle Berechtigung des Vorweisers angemessen prüfen.

Mit der Aufnahme der Legitimationsklausel (3) in den Pfandvertrag wird der Versatzschein zum Legitimationspapier. Dieser Vorbehalt erlaubt es der Anstalt, das Pfand jedem Vorweiser des Scheins mit befreiender Wirkung herauszugeben. Die Präsentation des Scheins wird als ausreichende Legitimation betrachtet.

Die Legitimationsklausel, die man im übrigen u.a. auch bei Sparheften und Lebensversicherungspolice kennt, bringt der Versatzanstalt eine erhebliche Erleichterung in der Geschäftsabwicklung, indem sie sie von der Pflicht befreit, zu prüfen, ob demjenigen, der als Berechtigter auftritt, die Berechtigung auch tatsächlich zusteht. Das Gesetz gibt der Anstalt allerdings nur die Befugnis zur Herausgabe an jeden Vorweiser des Versatzscheins, "solange sie nicht weiss oder wissen sollte, dass der Inhaber auf unredliche Weise in den Besitz des Scheines gelangt ist" (4). Damit wird vorausgesetzt, dass die Anstalt in gutem Glauben handelt (5). Of-

1) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 105

2) ZGB Art. 912

3) ZGB Art. 913 II

4) ZGB Art. 913 II

5) ZGB Art. 3

tinger (1) präzisiert in diesem Zusammenhang: "Doch darf ihre Sorgfaltspflicht nicht überspannt werden, sonst ist die Legitimationsklausel illusorisch gemacht; in Erl II 343 wird auf "grobe Nachlässigkeit" abgestellt."

Die obigen Ausführungen zeigen, dass der Berechtigte, sollte sein Versatzschein verlorengehen, in eine recht missliche Lage gerät, besteht doch die Gefahr, dass die Versatzanstalt einem unberechtigten Vorweiser des Scheins gemäss ZGB Art. 913 II den Pfandgegenstand mit befreiender Wirkung aushändigt. Um dies zu verhindern, bleibt dem Verpfänder die Möglichkeit, den guten Glauben der Versatzanstalt durch eine Verlustanzeige zu zerstören (2).

1.4 Die Nachverpfändung

Bei einer Pfandleihanstalt versetzte Gegenstände können einem Dritten nochmals verpfändet werden. Ein nachgehendes Pfandrecht wird nach ZGB Art. 886 dadurch bestellt, dass der vorgehende Pfandgläubiger "schriftlich von der Nachverpfändung benachrichtigt und angewiesen wird, nach seiner Befriedigung das Pfand an den nachfolgenden Gläubiger herauszugeben".

1) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 607

2) Die Pfandleihkasse der ZKB verfügt über ein eigens diesem Zweck dienendes Formular. Sie verlangt im übrigen vom Verpfänder, dass er ihr vom Verlust des Versatzscheins schriftlich Kenntnis gibt, worauf die Pfandleihkasse die Pfänder sperrt und einen Verlustschein aushändigt (§ 13 des Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976). Absatz 5 des gleichen Paragraphen bestimmt im weiteren: "Wird der als vermisst gemeldete Versatzschein von dritter Seite vorgewiesen, so ist die Pfandleihkasse berechtigt, die Herausgabe der Pfänder während zehn Tagen zu verweigern, um dem Entlehner die Möglichkeit zu verschaffen, eine gerichtliche Sperre zu erwirken."

Unter den Begriff Nachverpfändung fällt auch das sogenannte Belehnen von Versatzscheinen. Boesch präzisiert in diesem Zusammenhang (1): "Da dem Versatzschein kein Wertpapiercharakter zukommt (Art. 912/913 ZGB - 'hinkendes Wertpapier'), handelt es sich bei diesen Geschäften in Tat und Wahrheit nicht um das Verpfänden des Versatzscheines, sondern um die Bestellung eines nachgehenden Faustpfandrechtes (Art. 886 ZGB) an dem bereits versetzten Gegenstand; die verwendeten Vertragsformulare bezeichnen denn auch ganz richtig nicht den Versatzschein, sondern den Gegenstand selbst als Vertragsobjekt. Lediglich im täglichen Sprachgebrauch und in den Inseraten hat sich die falsche Bezeichnung 'Belehnen von Versatzscheinen' durchgesetzt."

Die vom Gesetz verlangte schriftliche Anzeige, die dem nachgehenden Gläubiger den mittelbaren Pfandbesitz verschafft, muss vom Verpfänder ausgehen, wobei eine Zustimmung des vorgehenden Gläubigers nicht nötig ist (2). Ein nachgehendes Pfandrecht an einer versetzten Sache kann, da der Versatzschein weder ein Wertpapier noch ein Warenpapier darstellt, nicht durch blosser Uebergabe des Versatzscheins bestellt werden. "Weder nach Art. 886 noch nach Art. 903 ist die Uebergabe des Versatzscheins an den nachgehenden Pfandgläubiger Gültigkeitserfordernis; dagegen liegt in dieser Uebergabe eine auf die Verpfändung gerichtete Willensäusserung" (3). Ueblicherweise wird denn auch im Falle einer Nachverpfändung der Versatzschein dem nachgehenden Pfandgläubiger übergeben (4).

Mit der Nachverpfändung geht der Anspruch auf Herausgabe der Pfandsache vom Verpfänder auf den nachgehenden Gläubiger über. Missachtet der vorgehende Pfandgläubiger diesen Anspruch, so kann er schadenersatzpflichtig werden (5). Im Falle einer Pfandver-

- 1) Boesch, W.: "Ankauf und Belehnen von Versatzscheinen", in: Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, S. 385
- 2) Haffter, M.: Fahrnispfandrecht, S. 48
- 3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 594
- 4) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 99 f.
- 5) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 266

wertung fällt der vom vorgehenden Gläubiger nicht beanspruchte Teil des Erlöses an den nachgehenden. Da die Verwendung des Mehrerlöses zur Deckung einer aus einem früheren Verkauf stammenden Ausfallforderung (1) auch gegenüber einer Nachverpfändung möglich ist (2), gerät der nachfolgende Pfandgläubiger u.U. in eine ungünstige Situation, die aber durch sein Auslösungsrecht, dessen Ausübung ihm erlaubt, die Pfandverwertung zu vermeiden, korrigiert wird.

Die Rangfolge der einzelnen Pfandrechte bei mehrfacher Verpfändung richtet sich nach dem Datum ihrer Errichtung (Prioritätsprinzip), wobei beim ersten Pfandrecht regelmässig der Zeitpunkt der Begründung des Versatzpfandes (3), bei den nachgehenden das Eintreffen der schriftlichen Anzeige des Verpfänders beim ersten Gläubiger massgebend ist.

Durch die Aufnahme einer negativen Verpfändungsklausel (4) in die vertraglichen Bestimmungen können Versatzanstalten die Vorname von Nachverpfändungen als unzulässig erklären (5).

1) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 30

2) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 82

3) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.2, S. 23

4) Die negative Verpfändungsklausel fand auch Eingang ins Reglement für die Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank, und zwar bestimmt § 18 III: "Versatzscheine können nicht verpfändet werden" (Reglement für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976).

5) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 264

1.5 Der Kauf auf Rückkauf

Rückkaufsgeschäfte sind Geschäfte, die den Ankauf beweglicher Sachen gegen Gewährung des Rückkaufsrechts innerhalb einer gewissen Frist zu einem höheren Preis zum Gegenstand haben. Sie gelten als "die geradezu klassisch und historisch gewordene Form der Umgehung des Pfandleihgeschäftes" (1).

Der Gesetzgeber setzte deshalb in ZGB Art. 914 das Rückkaufsgeschäft dem Pfandleihgeschäft gleich, unterstellte damit den gewerbsmässig getätigten Kauf auf Rückkauf der Bewilligungspflicht und trat dem privaten Selbstverkauf entgegen, der seit jeher im Mittelpunkt des Interesses der gewerbsmässigen Rückkaufshändler stand. Zum Selbstverkauf waren die Rückkaufshändler deshalb berechtigt, weil sie an der Sache nicht bloss das Pfandrecht, sondern das Eigentum erworben hatten.

Wie die Gleichsetzung von Pfandleih- und Rückkaufsgeschäft verstanden werden muss, umschreibt die Zürcher Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28. November 1911 (2): "Bei gewerbsmässigem Ankauf beweglicher Sachen mit Gewährung des Rückkaufsrechtes gilt die Zahlung des Kaufpreises als Hingabe des Darlehens, der Unterschied zwischen dem Kaufpreis und dem verabredeten Rückkaufpreis als bedungener Zins und die Uebergabe der Sache als Verpfändung für das Darlehen."

ZGB Art. 914 erfasst ebenfalls den mit dem Recht auf Rückkauf verbundenen gewerbsmässigen Kauf von Versatzscheinen, denn "es wird tatsächlich nicht die Forderung verkauft, sondern die verpfändete Sache selber, deren Uebergabe durch die in der Uebertragung des Pfandscheines liegende Abtretung des Herausgabeanpruchs ersetzt wird" (3).

1) Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 62

2) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 8

3) Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 64

Die Attraktivität dieser Geschäfte beruht für den Rückkaufshändler auf dem Umstand, dass Versatzanstalten gehalten sind, Pfandgegenstände nur bis zu einer bestimmten Grenze zu belehnen, die meist deutlich unter dem effektiven Wert der Sache liegt. Der Rückkaufshändler ist deshalb bereit, den versetzten Gegenstand gegen eine massive Zinsvergütung, die im überhöhten Rückkaufspreis zum Ausdruck kommt, zusätzlich zu belehnen.

Von den Bestimmungen des Art. 914 nicht erfasst werden vereinzelte, somit nicht gewerbsmässig getätigte Käufe auf Rückkauf und bankmässige Rückkaufsgeschäfte, zu denen z.B. das Reportgeschäft zählt. Der Gesetzgeber hatte keine Veranlassung, bankmässig getätigte Geschäfte, die Käufe mit Rückkauf zum Gegenstand haben, unter das strenge Regime des Versatzpfandes zu stellen, da diese üblicherweise mit Vertragspartnern abgewickelt werden, die nicht vor Ausbeutung und Uebervorteilung geschützt zu werden brauchen.

Ergänzend bleibt zu bemerken, dass der gewerbsmässig getätigte Ankauf von Versatzscheinen, der von Trödlern auch heutzutage noch betrieben wird (Inserat Tages-Anzeiger vom 15.5.80, S. 14: "Briefmarken, Altgold, Münzen, Schmuck, Versatzscheine kauft Tel..."), so lange nicht unter das bewilligungspflichtige Pfandleihgewerbe fällt, als kein Rückkaufsrecht eingeräumt wird (1). Boesch (2) präzisiert in diesem Zusammenhang: "Dagegen ist auch dieser Handel nicht gänzlich bewilligungsfrei, da auf ihn konsequenterweise die Vorschriften über das bewilligungspflichtige Feilträrgewerbe zutreffen. Es ist also dafür gesorgt, dass die Versatzschein Händler auf alle Fälle einer behördlichen Bewilligung bedürfen und unter polizeilicher Kontrolle stehen. Da die Feil-

- 1) § 18 Abs. 1 des Reglements für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.76 bestimmt: "Wird ein Versatzpfand vom Verpfänder veräussert, so hat der Erwerber die Pfandleihkasse hievon sofort schriftlich zu benachrichtigen. Die Eigentumsübertragung mit dem Vermerk, ein Rückkaufsrecht sei nicht eingeräumt worden, ist vom Verpfänder auf dem Versatzschein unterschriftlich zu bescheinigen."
- 2) Boesch, W.: "Ankauf und Belehnen von Versatzscheinen", in: Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, S. 390

trägerbewilligung nur 'vertrauenswürdigen' Personen erteilt wird, kann dubiosen Elementen, die für eine Umgehung des Pfandleihverbotes am ehesten in Frage kommen, auf diesem Wege die Betätigung im Versatzscheinhandel gänzlich untersagt werden."

Trödler, die Versatzscheine kaufen, kennen das Schätzungsgebaren der betreffenden Pfandleihanstalt meistens sehr genau. Sie zielen darauf ab, entweder einen Mehrerlös bei der Versteigerung des Pfandes zu kassieren oder den ausgelösten Gegenstand im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit zu einem guten Preis zu verkaufen.

2. Kantonales Recht

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Das Aufstellen von Bestimmungen zum Versatzpfandrecht blieb bis zur Einführung des ZGB den Kantonen überlassen.

Mit der Inkraftsetzung des ZGB auf den 1.1.1912 wurde das Pfandleihgewerbe, wie wir gesehen haben, einer speziell auf seine Eigenarten zugeschnittenen gesetzlichen Regelung, dem Versatzpfandrecht, unterstellt (1), wobei Art. 915 den Kantonen das Recht gab, zur Ordnung des Pfandleihgewerbes weitere Vorschriften aufstellen zu können. Die meisten Kantone machten von diesem Recht Gebrauch. Fast jeder Kanton verfügt denn auch heute in seinem EG zum ZGB über mindestens einen das Pfandleihgewerbe betreffenden Artikel (2). Der Kanton Zürich gehört zu den wenigen Kantonen, die sich

- 1) Der Grund dafür, dass diese besondere Pfandart Eingang ins ZGB fand, liegt nach Ziegler, der sich seinerseits auf das Protokoll der Expertenkommission stützt, vor allem darin, dass "viele Kantone trotz Vorhandenseins eines Bedürfnisses keine besondere Vewertungsart für im Pfandleihgewerbe begründete Pfänder vorsehen würden" (Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 14).
- 2) Vgl. Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 247 f.

Überdies veranlasst sahen, zur Gewährleistung eines zuverlässigen Geschäftsbetriebes umfassende ergänzende Bestimmungen aufzustellen.

2.2 Regelung im Kanton Zürich

2.2.1 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) vom 2. April 1911

Das Pfandleihgewerbe betreffende Bestimmungen finden sich unter den § 202 - 210, 214 a, 214 b und 276. Im § 202 eröffnet sich der Zürcher Gesetzgeber gestützt auf ZGB Art. 907 die Möglichkeit, Bewilligungen für den Betrieb des Pfandleihgewerbes auf öffentliche Anstalten des Kantons oder der Gemeinden sowie gemeinnütziger Unternehmungen zu beschränken. Eine der wesentlichsten Bestimmungen findet sich im § 203, der das Zinsmaximum auf 1 % pro Monat festsetzt, wobei der Zins nicht zum voraus erhoben werden darf. Der Pfandleiher muss im weiteren eine Mindestlaufzeit des Darlehens von 6 Monaten, die auch im Falle einer Erneuerung gilt, einhalten (§ 204 und 205), während der Verpfänder berechtigt ist, das Pfand jederzeit auszulösen. § 204 limitiert die Einschreibgebühr auf Fr. -.20 und bestimmt ferner, dass "die Ausbedingung jeder weiteren Vergütung für das Darlehen oder für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes nichtig (ist)." Im Zusammenhang mit Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes verpflichtet § 206 den Pfandleiher, "die bei ihm hinterlegten Pfänder gegen Feuergesfahr zu versichern." Die Regelung des Pfandverkaufs erfolgt in den § 207 - 210 (1). Das Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21. Mai 1882 wird in den Schlussbestimmungen (§ 276) aufgehoben.

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 7, S. 99

2.2.2 Gesetz vom 22. Nov. 1942 über die Abänderung des EG
zum ZGB vom 2. April 1911

Am 22. Nov. 1942 nahmen die Zürcher Stimmberechtigten die sogenannte Zürcher "Darlehernovelle", d.h. die Abänderung der § 212 ff. des zürcherischen EG zum ZGB vom 2. April 1911 mit grossem Mehr an. Die Revision brachte für das Pfandleihgewerbe nur eine Neuerung, nämlich den Einbezug in die für Pfandleiher, Feilträger, Darleiher sowie Darlehens- und Kreditvermittler gültigen Strafbestimmungen. Verstösse gegen die Vorschriften des EG und die zu dessen Vollzug erlassenen Verordnungen werden mit Geld- und Haftstrafen (§ 214 a) sowie in schwerwiegenden Fällen mit Bewilligungsentzug (§ 214 b) geahndet.

2.2.3 Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger
vom 28. November 1911

In Anwendung und Ergänzung der Artikel 907 - 915 ZGB und der § 202 - 214 des dazugehörigen EG setzte der Regierungsrat des Kantons Zürich eine das Pfandleih- und Feilträrgewerbe regulierende Verordnung auf den 1. Januar 1912 in Kraft. Es finden sich darin im wesentlichen Anweisungen zur Buchführung und detaillierte Vorschriften, die Einzelheiten der Geschäftsabwicklung betreffen. Im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Geschäftsabwicklung bei der Pfandleihkasse der ZKB (1) wird sich die Notwendigkeit ergeben, auf die im Kanton Zürich auf Gesetzes- und Verordnungsstufe erlassenen Vorschriften noch im Detail einzutreten.

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 3, S. 50 ff.

3. TEIL: DIE PFANDLEIHKASSE DER ZKB AUS BETRIEBSWIRTSCHAFT- LICHER SICHT

1. Rechtliche und wirtschaftliche Beziehungen der Pfandleihkasse zur ZKB

1.1 Rechtsstellung der Pfandleihkasse

Das geltende Reglement umschreibt die Stellung der Pfandleihkasse zur ZKB folgendermassen: "Die Pfandleihkasse ist ein selbständiger Geschäftsbetrieb der Bank mit eigener Buch- und Rechnungsführung" (1).

Ein ausführliches Gutachten des bankeigenen Rechtsdienstes über "die Rechtsstellung der Pfandleihkasse der ZKB" (2) bringt Transparenz in die bestehenden rechtlichen Beziehungen. Der Gutachter kommt u.a. zum Schluss, dass die Pfandleihkasse als unselbständige öffentliche Anstalt der ZKB zu betrachten sei (3). Registerrechtlich qualifiziert sie sich als eine Zweigniederlassung der ZKB im Sinne von Art. 935 OR (4). Als solche ist sie auch seit ihrer Gründung im HR eingetragen. Dass sie während einigen Jahren als selbständige Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts im HR figurierte, ist auf einen Uebertragungsfehler zurückzuführen, der dem Handelsregisteramt anlässlich einer Umkartierung unterlief. Die Berichtigung erfolgte im Jahre 1980.

1) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 2 Abs. 1

2) Gertsch, H.: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse der ZKB,
internes Gutachten vom 9.12.1980

3) Gertsch, H.: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse, S. 31

4) Gertsch, H.: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse, S. 39

1.2 Personelle Verflechtung mit der ZKB

1.2.1 Oberaufsicht über die Pfandleihkasse

Die Oberaufsicht über die Pfandleihkasse führt seit jeher der Bankrat der ZKB. Diesem obliegen:

- die Genehmigung des Reglements für die Pfandleihkasse (1)
- die Wahl des Verwalters (2)
- die Abnahme der Jahresrechnung und der Beschluss über die Verwendung des Reservefonds (anfallende Gewinne werden diesem Fonds zugewiesen) sowie über die Deckung von Verlusten (3)

1.2.2 Unmittelbare Aufsicht über die Pfandleihkasse

Die unmittelbare Aufsicht über die Geschäftsführung der Pfandleihkasse kommt dem Bankpräsidium (früher Bankkommission genannt) zu, das im Rahmen der reglementarischen Bestimmungen auch Weisungen über den Geschäftsbetrieb erlässt (4).

Das Reglement über die Pfandleihkasse bestimmt im weiteren, dass für Darlehen über Fr. 5'000.-- die Genehmigung des Bankpräsidiums erforderlich ist. Dieses kann die unmittelbare Aufsicht und die Genehmigung von Darlehen von Fr. 5'000.-- bis Fr. 10'000.-- einem ihrer Mitglieder übertragen (5).

Erneuerungen von Darlehen sind nicht genehmigungspflichtig, müssen aber monatlich dem Bankpräsidium gemeldet werden (6).

1) ZKBG § 14 Ziff. 8

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 3

3) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 20

4) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 4

5) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 4 Abs. 1 und § 7 Abs. 3

6) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 7 Abs. 3

1.2.3 Geschäftsführungsfunktion des Departements

Hypotheken

Durch das Gesetz über die ZKB vom 28.5.1978 und das neue Geschäftsreglement für die ZKB vom 3.11.1977, rechtskräftig seit 1. Januar 1979, erfuhr die Organisation der Bank verschiedene Änderungen (siehe Organigramm auf S. 45). So erfolgte u.a. die Eingliederung der Pfandleihkasse, die bisher dem Bankpräsidium direkt unterstanden hatte, ins Departement Hypotheken (1), womit die Generaldirektion als weitere Führungsebene zwischen das Bankpräsidium und den Verwalter der Pfandleihkasse eingeschoben wurde.

Das Reglement für die Pfandleihkasse, das für eine solche Änderung der Organisationsstruktur keinen Spielraum bot, ist als stillschweigend ergänzt zu betrachten, da dem Reglement über die Generaldirektion als gleichrangiger Norm jüngeren Datums der Vorzug zu geben ist (2).

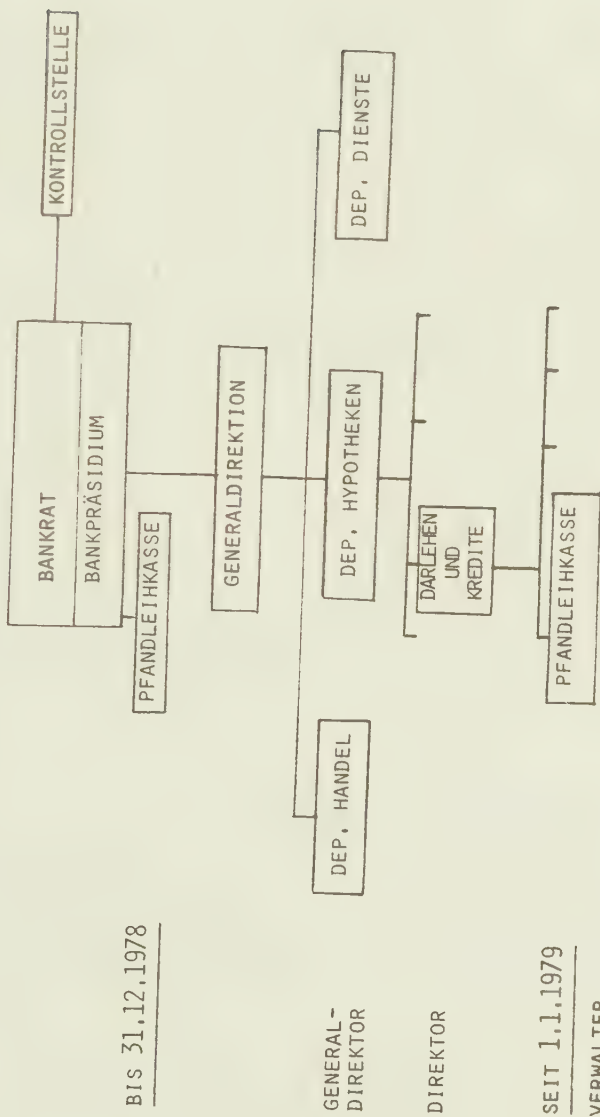
Der Generaldirektor des Departements Hypotheken trägt somit seit dem 1. Januar 1979 die Verantwortung für die Geschäftsführung der Pfandleihkasse, soweit nicht der Zuständigkeitsbereich sämtlicher Generaldirektoren tangiert wird, was für Fragen grundsätzlicher Bedeutung gilt. Er hat seinerseits die Geschäftsführung an den Direktor der Abteilung Darlehen und Kredite delegiert.

Sämtliche bisher genannten Aufsichts- und Führungsgremien sind sowohl für die Gesamtbank als auch für die Pfandleihkasse zuständig. Eine Trennung der Funktionen erfolgt erst auf der Ebene des Verwalters.

1) Regl. über die Generaldirektion der ZKB vom 17.8.1978 § 13 lit.k

2) Gertsch, H.: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse, S. 45

Eingliederung der Pfandleihkasse in die Leitungsorganisation der Zürcher Kantonalbank



1.2.4 Ausführungsfunktion des Verwalters

Der Verwalter der Pfandleihkasse, der durch den Bankrat gewählt wird (1), ist für die Abwicklung der Geschäfte innerhalb seines Kompetenzbereichs verantwortlich. Er vollzieht die Beschlüsse übergeordneter Instanzen. Die Anstellung des Verwalter-Stellvertreters und des übrigen Personals der Pfandleihkasse erfolgt nach den für das Personal der ZKB geltenden Bestimmungen (2).

Wie eng die Beziehungen der Pfandleihkasse zur ZKB im personellen Bereich sind, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass aufgrund der Dienst- und Gehaltsordnung der ZKB dem Personal der Pfandleihkasse vorübergehend auch eine andere Arbeit in der Bank zugewiesen werden kann (3).

1.3 Kontrolle

Aufgrund des Reglements für die Pfandleihkasse obliegt die Prüfung der Geschäftsführung und die Revision der Pfandgegenstände der Kontrollstelle der ZKB. Darüber hinaus nimmt die bankrätliche Rechnungsprüfungskommission jährlich stichprobenweise Kontrollen vor (4).

1.4 Finanzierung des Kapitalbedarfs

Das für die Geschäftstätigkeit notwendige Kapital wird der Pfandleihkasse von der ZKB in laufender Rechnung vorgestreckt, wobei das Bankpräsidium die zu leistende Zinsvergütung festsetzt (5), und zwar gemäss Zinssatz für erste Hypotheken.

1) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 3

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 3

3) Gertsch, H.: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse, S. 9

4) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 4 Abs. 2

5) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 2 Abs. 2

1.5 Bereiche grosser betrieblicher Selbständigkeit

1.5.1 Betriebsort

Die Pfandleihkasse verfügt traditionell über eigene, mietweise übernommene und ihren Bedürfnissen angepasste Lokaltäten. Mit dem Umzug in die "Neue Hard" rückte sie erstmals in unmittelbare Nähe der ZKB.

1.5.2 Buchführung

Die Pfandleihkasse führte schon immer eine eigene Rechnung. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher (1) ist sie sogar dazu verpflichtet. Bilanz und Erfolgsrechnung sind jeweils am Schluss des Geschäftsberichts der ZKB separat aufgeführt (2).

Da die Pfandleihkasse eine weitgehend in sich geschlossene ökonomische Einheit bildet, sind gute Voraussetzungen zur Leistungsbeurteilung gegeben. Den Steuerzahler interessiert vor allem, was den Kanton die Erfüllung des sozialen Auftrags "Betrieb einer Pfandleihkasse" jährlich kostet. Im weiteren stellt sich immer die Frage, ob der soziale Nutzen die verursachten Kosten rechtfertigt oder ob allenfalls die gleichen Gelder effizienter in andern sozialen Bereichen eingesetzt werden könnten. Damit stellen sich Anforderungen an die Aussage-

1) Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21.5.1882 § 3 Abs. 1

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 20 Abs. 2

kraft der Rechnungsführung, denen diese gegenwärtig nicht ganz zu genügen vermag, da einige Kostenkomponenten insbesondere aus Bereichen, in denen die Pfandleihkasse zentrale Dienste der ZKB beansprucht (z.B. Werbeabteilung, Personaladministration, Kantinenverpflegung), nicht berücksichtigt sind.

1.6 Integration ins Departement Hypotheken

Mit der Eingliederung der Pfandleihkasse ins Departement Hypotheken auf den 1. Januar 1979 wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer besseren Integration der Pfandleihkasse in die ZKB getan. Die seit der Gründung geltende Direktunterstellung unter die Bankkommission (heute Bankpräsidium) minimierte zwar die hierarchischen Stufen der Leitung und brachte damit den Vorteil eines kurzen Dienstweges sowie einer einfachen Kompetenzregelung. Die Pfandleihkasse erfreute sich weitgehender Autonomie.

Der kurze Instanzenaufbau wirkte sich aber auch nachteilig aus. So konnte sich die oberste Bankleitung, der primär die Entwicklung der Grundsätze der Geschäftspolitik und die Aufsicht über die Geschäftsführung einer der grössten Schweizer Banken obliegt, verständlicherweise nicht in genügendem Ausmass mit den Problemen dieses Geschäftszweiges auseinandersetzen. Rationalisierungsmassnahmen in der Geschäftsabwicklung, wie sie bei der Caisse publique de prêts sur gages de Genève im Jahre 1959 durch den Einsatz moderner Buchungsmaschinen in die Wege geleitet wurden (1), blieben denn auch weitgehend aus.

1) Vgl. Huelin, R.: Organisation et mécanisation d'un Mont-de-Piété

Die Geschäftsabwicklung erfolgt heute im wesentlichen zu arbeitsintensiv und zu aufwendig. Im weiteren sollte ein solches Gremium nicht mit der Genehmigung von Kleindarlehen belastet werden. In der Praxis wurde denn auch das nachträgliche Einholen der Bewilligung für bereits gewährte Darlehen zur Usanz. Dieses Vorgehen diene zwar einer kulantanten Geschäftsabwicklung, den reglementarischen Bestimmungen entsprach es aber in keiner Weise.

Die Integration der Pfandleihkasse ins Departement Hypotheken entlastet das Bankpräsidium resp. dessen delegiertes Mitglied von Routineentscheiden, zu denen die Genehmigung von Versatzdarlehen zweifellos zählt. Anstehende und neu auftretende Probleme dürften mit dem Einbau einer weiteren Führungsebene in Zukunft besser bewältigt werden können.

Die Delegation der Zuständigkeit innerhalb des Departements Hypotheken an den Direktor des Fachbereichs Darlehen und Kredite ist aus Gründen der Arbeitsbelastung nur tragbar, wenn der Kompetenzbereich des Verwalters der Pfandleihkasse deutlich erweitert wird. Die anstehende Revision des Reglements für die Pfandleihkasse bietet Gelegenheit, die nötigen Anpassungen an die heutigen Verhältnisse vorzunehmen.

1.7 Die Pfandleihkasse als Zweigstelle mit besonderem Geschäftskreis?

Vom registerrechtlichen Status der Pfandleihkasse ausgehend stellt sich unweigerlich die Frage, ob nicht eine den übrigen Zweigniederlassungen entsprechende Eingliederung der Pfandleihkasse in die Organisation der ZKB angezeigt wäre. Der Versuch, mit dieser Massnahme Führungs- und Organisationsstruktur

zu vereinfachen, dürfte allerdings an den unzähligen Besonderheiten und gesetzlich bedingten Sachzwängen, die dem Pfandleihgeschäft eigen sind, scheitern. Jedenfalls liessen sich nur wenige Bestimmungen des Zweigstellenreglements auf die Pfandleihkasse anwenden. Diese bedürfte weiterhin eines Spezialreglements, womit ihr eine Art Sonderstatus innerhalb der Zweigstellenorganisation zukäme, was die Verhältnisse eher noch komplizieren müsste.

Dafür, dass sich die Pfandleihkasse ausgezeichnet ins Departement Hypotheken einordnen lässt, spricht die Tatsache, dass die Sachbereiche Sozial- und Privatkredite sowie Darlehen und Kredite an gemeinnützige Institutionen ebenfalls diesem Departement unterstehen.

2. Geschäftsabwicklung

2.1 Aufgaben, die der Darlehensgewährung vorausgehen

2.1.1 Kundenwerbung

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Pfandleihkasse im Jahre 1972 nahmen der damalige Verwalter der Pfandleihkasse und sein Stellvertreter die Gelegenheit wahr, unter dem Hinweis auf das Jubiläum auch noch auf die Dienstleistung der Pfandleihkasse hinzuweisen, dies aber nur im Kleingedruckten (1). Werbung für diesen Geschäftszweig war nämlich seitens der Bankleitung nicht erwünscht. Die Pfandleihkasse führte denn auch stets ein eigentliches Schattendasein.

1) Vgl. Tagblatt der Stadt Zürich vom 12.4.1972, S. 2

Mit dem Umzug ins Geschäftshaus Neue Hard erschien erstmals eine Serie grösserer Inserate des Inhalts: "Sie bringen uns ein Pfand - wir geben Ihnen Geld" (1). Die Einwilligung der Bankleitung zu dieser ersten Werbekampagne muss im Zusammenhang mit dem Standortwechsel gesehen werden.

Die Werbeanstrengungen fanden ihre Fortsetzung im folgenden Jahr, diesmal mit dem Werbetext: "Das Pfand ist die problemlose Art, günstig zu Geld zu kommen" (2).

Angesichts der Problematik, mit der Werbung für das Pfandleihgeschäft verbunden ist, kann der von der Bankleitung jahrzehntelang geübten Zurückhaltung in Sachen Werbung eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Geht man davon aus, dass Werbung darauf abzielt, potentielle Kunden zur Inanspruchnahme eines Darlehens zu veranlassen, so wären einerseits alle Aktivitäten in dieser Richtung wider jede unternehmerische Vernunft, denn ein Geschäftszweig, der nicht kostendeckend arbeitet, sollte nicht noch gefördert werden, es sei denn, es bestünde Aussicht auf eine Besserung der Lage. Andererseits verlangt die Erfüllung des sozialen Auftrags "Betrieb einer Pfandleihkasse" (3), dass in finanzielle Bedrängnis geratene Personen vor wucherischer Ausbeutung zu schützen sind, was bedingt, dass diese Dienstleistung in der Öffentlichkeit auch genügend bekannt ist. Ohne Zweifel ist nun aber weniger die Kundenwerbung, als vielmehr die Öffentlichkeitsarbeit das Marketinginstrument, dem im Zusammenhang mit der Erreichung eines befriedigenden Bekanntheitsgrades Priorität zuzumessen ist.

1) NZZ Nr. 25 vom 31.1.1977, S. 5

2) Tagblatt der Stadt Zürich vom 9.1.1978, S. 3

3) ZKBG § 7 Abs. 2

Die ZKB trägt diesem Sachverhalt inzwischen teilweise Rechnung. Mit den im Jahre 1979 erstmals erschienenen Coupons-inseraten wirbt sie zwar weiterhin für die Versatzdarlehen ihrer Pfandleihkasse: "Wenn Sie bei der Pfandleihkasse ein Pfand hinterlegen, bekommen Sie sofort Bargeld" (1). Ueber den ins Inserat integrierten Coupon versucht sie aber gleichzeitig, der Broschüre "Die Pfandleihkasse" zu einer besseren Verbreitung zu verhelfen. Mit der genannten Orientierungsschrift will die ZKB, wie es in einem internen Schreiben heisst, einen seit 107 Jahren bestehenden Geschäftszweig einem breiteren Publikum präsentieren und mit alten Vorurteilen aufräumen (2). Im weiteren wird die Dienstleistung der Pfandleihkasse in umfassenden Darstellungen der diversen Geschäftszweige der ZKB jeweils mit berücksichtigt (3).

Aufgrund guter Beziehungen zur Presse hat es der gegenwärtige Verwalter der Pfandleihkasse verstanden, die Pfandleihkasse verschiedentlich zum Gegenstand illustrierter Reportagen in Zeitungen und Zeitschriften zu machen. Solche Veröffentlichungen eignen sich vorzüglich als Träger von PR-Botschaften, wobei im Zusammenhang mit dem Pfandleihgeschäft der ZKB

- die Erreichung eines genügenden Bekanntheitsgrades innerhalb des Kantons Zürich
- der Abbau grösstenteils historisch bedingter Vorurteile
- die Korrektur des "Armeleutebank"-Images

im Vordergrund stehen sollte. Im Sinne der im Marketingkonzept der ZKB vorgesehenen Förderung des Uebers-Kreuz-Verkaufens (Cross-Selling) der verschiedenen Bankleistungen bliebe zu überprüfen, ob nicht Kunden, deren Antrag zur Gewährung eines

1) Züri Leu Nr. 75 vom 12.10.1979, S. 31

2) Interne "Information" vom 29.8.1979

3) Vgl. "Unsere Dienstleistungen", Prospekt der ZKB, Oktober 1978, S. 13

Privat- oder Sozialkredits abgelehnt werden musste, noch gezielter auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Versatzdarlehens aufmerksam gemacht werden sollten.

Solche Massnahmen sind insofern berechtigt und von grosser Bedeutung für die Pfandleihkasse, als ein rationeller, kostendeckender Geschäftsbetrieb nur aufrechterhalten werden kann, wenn ein Mindestvolumen an Darlehen zur Abwicklung gelangt.

2.1.2 Empfang der Kunden

Seit gut 20 Jahren stehen den Kunden der Pfandleihkasse zur Abwicklung der Geschäfte Schalterkabinen zur Verfügung. Damit ist eine diskrete Bedienung gewährleistet. Die Schalter sind aus Sicherheitsgründen durch Glasscheiben vom modern eingerichteten Arbeitsraum der Pfandleihkasse getrennt. Obwohl beim Versatzdarlehen nicht die Persönlichkeit des Darlehensnehmers, sondern die angemessene Sachsicherheit im Mittelpunkt des Interesses steht, muss aufgrund gesetzlicher und reglementarischer Vorschriften (1) die Identität des Darlehensnehmers überprüft und im Pfandbuch festgehalten werden. Damit soll vor allem verhindert werden, dass gestohlene Gegenstände vom Verpfänder unter Wahrung seiner Anonymität verpfändet werden können. Das Reglement schliesst im übrigen unmündige Personen vom Geschäftsverkehr mit der Pfandleihkasse aus (2).

1) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911
§ 2 und Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976
§ 8 Abs. 1

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 8 Abs. 3

2.1.3 Prüfung der Pfänder und Festsetzung der Höhe der Belehnung

Neben den sich auf die Person des Verpfänders beziehenden Belehnungsnormen bestehen auch solche, die den Belehnungsbereich der Pfänder betreffen. So bestimmt das Reglement für die Pfandleihkasse (1), dass als Pfänder nur verkaufs- und voll gebrauchsfähige Gegenstände in Betracht kommen. Dieser weit gefasste Belehnungsbereich erfährt in der praktischen Geschäftsabwicklung einige Einschränkungen. So können, bedingt durch die räumlichen Verhältnisse, u.a. keine Autos belehnt werden. Explosive, verderbliche und giftige Gegenstände stehen ebenfalls ausserhalb des Belehnungsbereichs. Liebhaberstücke und Modeartikel werden nur in Ausnahmefällen entgegengenommen. Die Pfandleihkasse belehnt im übrigen keine Briefmarkensammlungen (2), da die Schätzung zu aufwendig wäre. Münzen werden zu 2/3 ihres Nennwertes belehnt. Dies sind nur einige der Usanzen, die sich aus der praktischen Geschäftsabwicklung heraus ergeben haben und die, da sich Änderungen immer wieder aufdrängen, nirgends schriftlich festgehalten sind.

Bei der Beurteilung der Tauglichkeit von Pfändern hat sich deren Verkaufsfähigkeit als entscheidendes Kriterium bewährt. In diesem Zusammenhang kommt denn auch den rund 4-6 mal jährlich stattfindenden Versteigerungen grosse Bedeutung zu, denn dort werden wertvolle Erfahrungen hinsichtlich Beliebtheit und Verkehrswert der verschiedensten Gebrauchsgegenstände gewonnen. Aufgrund ihrer Wertbeständigkeit und ihres geringen Volumens eignen sich Edelmetalle und Edelsteine - meist zu Schmuckstücken verarbeitet - besonders gut als Pfänder zur Sicherstellung von Darlehen.

- 1) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 6 Abs. 1
- 2) Belehnt werden lediglich postfrische, noch frankaturgültige Briefmarken

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Art der von der Pfandleihkasse entgegengenommenen Pfänder.

Tabelle 2: Art der versetzten Pfänder (1)

Art der Pfänder	Anteil in %
Schmuck, Edelmetalle, Edelsteine, Uhren	80,0
Pelze	4,8
Optische Geräte (Foto, Film etc.)	3,4
Radio-, Fernseh-, Tonbandgeräte	2,6
Teppiche	2,0
Schreibmaschinen	1,6
Nähmaschinen	0,7
Verschiedenes	4,9

Der weitaus grösste Teil der vorgelegten Pfänder kann von den Mitarbeitern der Pfandleihkasse sofort geschätzt werden, wobei langjährige Berufserfahrung und ein breites Sachwissen von grosser Bedeutung für adäquate Schätzungen sind. Er wird dabei immer vor einem Dilemma stehen: Einerseits sollte er, vielfach auf Drängen des Kunden, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen - grössere Darlehen ergeben höhere Zinserträge - die Belehnung möglichst hoch ansetzen. Andererseits hat er darauf bedacht zu sein, dass durch das Pfand bei einer allfälligen Versteigerung die Forderung sichergestellt ist, was dazu zwingt, sehr vorsichtig zu belehnen, wobei auflaufende Zinsen und Gantgebühren mit zu berücksichtigen sind. Darlehen dürfen denn auch gemäss Reglement zwei Drittel des im Schätzverfahren ermittelten Verkehrswertes nicht übersteigen (2).

1) Erhebung, Anhang 1, S. 126 ff.

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 7 Abs. 1

Unterwertige Belehnung schafft überdies einen nicht zu unterschätzenden Anreiz zur Wiederauslösung von Pfändern.

Die beschriebene Belehnungspolitik führt immer wieder zu Enttäuschungen und manchmal auch zu lautstarken Protesten seitens der Kunden. Sobald ihnen allerdings die dem Pfandleihgeschäft eigene Problematik erklärt und überdies auf die Tatsache hingewiesen wird, dass die Pfandleihkasse nicht kauft, sondern lediglich belehnt, beruhigen sie sich meist sofort wieder.

Gestaltet sich die Schätzung sehr schwierig, was zum Beispiel bei Farbsteinen vielfach der Fall ist, oder handelt es sich um grössere Darlehen, so wird zusätzlich ein externer Schätzer beigezogen. Voraussetzung ist das Einverständnis des Kunden, denn die Schätzkosten hat er zu tragen, und zwar auch dann, wenn kein Geschäft zustande kommt.

Zur Prüfung der Pfänder gehört auch die Abklärung der Eigentumsverhältnisse. Ausser bei Schmuck kann der Kunde in vielen Fällen die verlangte Kaufquittung vorlegen. Besonders wichtig ist die Kontrolle von Quittungen bei Gegenständen, die häufig auf Abzahlung gekauft oder lediglich gemietet werden (Radios, Fernsehapparate etc.). Gelegentlich werden der Pfandleihkasse auch gestohlene Gegenstände zur Belehnung übergeben. Solch unlautere Versuche sind glücklicherweise relativ selten.

Sind sich Kunde und Schalterbeamter über die Darlehenshöhe, die gemäss Reglement Fr. 10.-- nicht unterschreiten darf (1), einig, so kann der Versatzschein ausgestellt werden.

1) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 7 Abs. 3

2.1.4 Ausstellung des Versatzscheins und Eintragung ins Pfandbuch (1)

Gemäss Reglement (2) hat der Darlehensnehmer bei der Auszahlung des Darlehens einen Schuldschein mit Pfandverschreibung, den sogenannten Versatzschein, zu unterzeichnen. Für Schmuck, Edelmetalle, Edelsteine und Uhren gelangt aus administrativen Gründen ein rotes, für die Kategorie übrige Pfänder ein blaues Formular zur Anwendung.

Auf der Rückseite des Versatzscheins finden sich auszugsweise die wichtigsten Bestimmungen des Reglements für die Pfandleihkasse. Die Verzinsung des Darlehens erfolgt seit Jahrzehnten zum gesetzlich festgelegten Maximalansatz von 1% pro Monat (3). Darüber hinaus wird vom Kunden eine Einschreibgebühr von einem Franken pro Versatzschein erhoben. Die Pfandleihkasse darf das Darlehen nicht vor Ablauf von 6 Monaten zurückfordern (4).

Nach Vertragsabschluss erfolgt die Eintragung des Geschäfts in eines der beiden Pfandleihbücher. Auch hier wird zwischen vorhin genannten Pfandgattungen unterschieden. Die Pfandleihbücher dienen der kantonalen Aufsichtsbehörde zur Kontrolle der Versatzpfandleiher. Ueber die Ausgestaltung, insbesondere die einzelnen Rubriken, finden sich detaillierte Vorschriften in der Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger (5). Von neuen Kunden wird eine Karteikarte erstellt, die Angaben über Wohnsitz, Beruf, Alter, Heimatort und gewährte Darlehen enthält. Die Auszahlung des Darlehens wird im Pfandleihbuch buchhalterisch festgehalten.

- 1) Siehe ergänzend die Ausführungen im 2. Teil, Abschnitt 1.2.2, S. 23 und Abschnitt 1.3, S. 31
- 2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 9
- 3) EG zum ZGB § 203 Abs. 1
- 4) EG zum ZGB § 205
- 5) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 1 und § 2

Abschliessend sei noch auf folgende Besonderheit hingewiesen: Werden bei der Pfandleihkasse mehrere Gegenstände gleichzeitig verpfändet, so erfolgt - vorausgesetzt, die Art der Pfänder erlaube es - üblicherweise eine postenweise Unterteilung. Diese Unterteilung, die vielfach auf Wunsch des Kunden erfolgt, ist folgendermassen zu verstehen: Versetzt ein Kunde zum Beispiel gleichzeitig ein Paar Ohrringe und eine Armbanduhr im Schätzwert von je Fr. 600.--, so wird dieses an und für sich einheitliche Geschäft zerlegt, indem für die Ohrringe und für die Uhr je ein separater Versatzschein mit eigener Nummer ausgestellt wird. Entsprechend erfolgen auch zwei Einträge im Pfandleihbuch. Der Kunde erhält aufgrund seiner Pfänder je Fr. 400.-- ($\frac{2}{3}$ des Schätzwertes) ausbezahlt. Ein Darlehen von insgesamt Fr. 800.-- wird so in zwei Posten à Fr. 400.-- aufgeteilt.

2.2 Aufgaben, die der Darlehensgewährung folgen

2.2.1 Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes

Grosse Bedeutung kommt im Pfandleihgeschäft der werterhaltenden Aufbewahrung der als Sicherheit für die gewährten Darlehen hinterlegten Pfänder zu. Eingelagerte Objekte müssen vor Feuer und Diebstahl geschützt und innert kürzester Zeit auffindbar sein.

Die Räumlichkeiten, in denen die Pfandleihkasse seit 1976 untergebracht ist, werden den bedeutenden baulichen und technischen Ansprüchen aufs beste gerecht. Alarmanlagen, Feuermelder, Lagereinrichtungen und Tresoranlagen sind den neuesten technischen Erkenntnissen entsprechend konzipiert. Die werterhaltende Aufbewahrung der Pfänder liegt aufgrund der Sachhaftung (1) im ureigenen Interesse der Pfandleihkasse selbst. Von Gesetzes wegen ist die Pfandleihkasse verpflichtet, Pfandgegenstände gegen Feuer (2) und aufgrund des Reglements für die Pfandleihkasse (3) überdies gegen Diebstahl zu versichern. Wertsachen mit einem Schätzwert von Fr. 15'000.-- und höher werden unter Doppelverschluss gehalten (4). Diese Vorschrift findet aus praktischen Gründen und wegen des Raumbedarfs keine Anwendung auf voluminöse oder spezieller Lagerung bedürftige Pfänder wie Teppiche und Pelze.

Die sachgemässe Aufbewahrung der Pfänder, das Ein- und Auslagern, Numerieren und Registrieren sowie die fachmännische Behandlung pflegebedürftiger Objekte verursachen bedeutende Miet-, Heizungs- und Arbeitsaufwendungen, die durch die vom Gesetz zugewilligten Zins- und Gebührenansätze in vielen Fällen nicht gedeckt sind.

1) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 29

2) EG zum ZGB § 206

3) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 17 Abs. 1

4) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 5

2.2.2 Auslösung des Pfandes

Von der Pfandleihkasse gewährte Darlehen werden nach Ablauf der vom Gesetzgeber festgelegten Mindestlaufzeit von 6 Monaten (1) zur Rückzahlung fällig. Diese zum Schutze des Verpfänders festgelegte Mindestlaufzeit ist lediglich für den Pfandleiher verbindlich, der das Darlehen nicht vor Ablauf von sechs Monaten zurückfordern darf. Der Darlehensnehmer hingegen kann sein Pfand jederzeit auslösen, und zwar sowohl vor als auch nach Verfall des Darlehens, spätestens bis zum Abschluss des amtlichen Verkaufs. Am Steigerungstag sowie am Vortag ist die Auslösung von Pfändern nur noch zum Ausrufpreis möglich (2).

Zu den Bedingungen, unter denen der Darlehensnehmer sein Pfand zurückerhält, gehören: Uebergabe des Versatzscheins (3), Rückzahlung des Darlehens sowie Begleichung aufgelaufener Zinsen und allfälliger Gebühren. Mit der Aufnahme der Legitimationsklausel ins Reglement (4) hat sich die Pfandleihkasse von der Pflicht zur Prüfung der Berechtigung des Auslösenden befreit (5). Gemäss ZGB "ist die Anstalt berechtigt, bei jeder Auslösung den Zins für den ganzen laufenden Monat zu verlangen" (6), wobei nicht der Kalender- sondern der Darlehensmonat gemeint ist. Als Beispiel sei angeführt: Begründung des Versatzpfandes am 20. Mai; Auslösung am 22. Juni; Zinsberechnung bis zum 20. Juli. Traditionell bezieht sich der festgesetzte Zinsfuss im Pfandleihgewerbe nicht aufs Jahr, sondern auf den Monat, womit eine einfache, gut verständliche und schnelle Zinsberechnung gewährleistet ist. Dem Pfandleiher soll damit aber auch ein gewisser Anreiz zum Recht des Darlehensnehmers auf jederzeitige Rückerstattung des Darlehens geboten werden (7).

1) EG zum ZGB § 204

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 14

3) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.3.1, S. 31

4) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 12 Abs.2

5) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.3.3, S. 33 f.

6) ZGB Art. 913 Abs. 1

7) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 37

Die Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger bestimmt im übrigen (1) : "Ist das Pfand auf den vereinbarten Termin nicht eingelöst worden, so hat der Pfandleiher den Verpfänder durch eingeschriebenen Brief und, sofern dieser nicht bestellbar ist, durch einmalige Publikation im kantonalen Amtsblatt zur Einlösung des Pfandes binnen einer Frist von acht Tagen aufzufordern. Ist diese Aufforderung fruchtlos geblieben, so geschieht der Verkauf der Pfänder ohne vorgängige Betreibung durch das Betreibungsamt der Gemeinde, in welcher zur Zeit des Geschäftsabschlusses das Pfandleihgewerbe betrieben wurde, auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung". Die Pfandleihkasse gesteht dem Verpfänder allerdings eine erheblich längere sogenannte Karenzzeit von einem Monat zu (2). Da jährlich lediglich vier bis fünf Versteigerungen stattfinden und der Darlehensnehmer sein Pfand bis zum Abschluss des amtlichen Verkaufs auslösen kann, verlängert sich diese Frist u.U. auf mehrere Monate.

2.2.3 Erneuerung des Darlehens

Dem Darlehensnehmer steht aber auch die Möglichkeit offen, den Rückzahlungstermin für sein Darlehen hinauszuschieben, indem er dieses erneuert. Voraussetzung ist, dass das hinterlegte Pfand als Deckung von der Pfandleihkasse weiterhin akzeptiert wird, was in den weitaus meisten Fällen geschieht. Es kann allerdings vorkommen, dass zusätzliche Sicherheiten oder die Verringerung der Darlehensschuld verlangt werden.

Erneuerungen sind bis zwei Tage vor der Versteigerung möglich. "Am Steigerungstag sowie am Vortag werden keine Darlehenserneuerungen vorgenommen ..." (3).

1) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 6 Abs. 1 und 2

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 15 Abs. 1

3) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 14

Jede Erneuerung wird als neues, selbständiges Darlehensgeschäft unter einer neuen Nummer im Pfandleihbuch eingetragen. Entsprechend erhält der Kunde auch je nach Postenzahl einen oder mehrere neue Versatzscheine. Einzig die im Pfandbuch zusätzlich erfasste alte Pfandnummer weist auf das bisherige Geschäft hin. Das hinterlegte Pfand wird überdies in den meisten Fällen kurz begutachtet und im Lager neu eingeordnet.

2.2.4 Das Mahnwesen

Vier bis zwölf Wochen nach Verfall des Darlehens - die Frist ist vom Termin abhängig, an dem die nächste Versteigerung stattfindet - erhält der Kunde eine gebührenpflichtige Mahnung. Im vorgedruckten Schreiben wird er eingeladen, die Erneuerung resp. Auslösung des Versatzscheins vorzunehmen (1).

Bleibt die Reaktion des Kunden auf die erste Mahnung aus, so wird er in vielen Fällen ein zweites, manchmal sogar ein drittes Mal gemahnt. Problematisch wird dieses Vorgehen, wenn es Kunden trifft, die ihr Pfand weder auslösen noch erneuern wollen, vielleicht auch aus finanziellen Gründen gar nicht können. Diese dürften kaum erfreut sein, wenn laufend gebührenpflichtige Mahnungen ins Haus flattern. Im übrigen hat der Versand von Mahnungen einen beträchtlichen Arbeitsanfall zur Folge, wurden doch von den 6 Mitarbeitern der Pfandleihkasse allein im Jahre 1980 3423 Mahnbriefe (2) versandt.

1) Falls der Kunde sich für die Erneuerungen des Darlehens entschliesst, so kann er diese per Post vornehmen, indem er die in Rechnung gestellten Zinsen und Gebühren mit dem beigelegten, von der Pfandleihkasse ausgefüllten Einzahlungsschein überweist und den oder die Versatzscheine der Pfandleihkasse zukommen lässt.

2) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB

2.3 Die Buchführung

Die Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger verpflichtet die Pfandleihkasse zu ordnungsgemässer Führung von Geschäftsbüchern, wobei die Bücher dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein müssen (1). Diese Bestimmungen wurden wörtlich aus dem Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher übernommen und stammen somit aus dem vorigen Jahrhundert (2).

Vorschriftsgemäss verbucht die Pfandleihkasse die Geschäftsfälle auch heute noch grösstenteils in gebundenen, teilweise sehr voluminösen Büchern.

- 1) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 1
- 2) Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21.5.1882 § 3

3. Beurteilung der Geschäftsabwicklung

3.1 Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften

Aufgrund des zürcherischen EG zum ZGB (1) darf ein Pfandleiher nicht mehr als ein Prozent Zins pro Monat beziehen. Der Pfandleiher ist darüber hinaus berechtigt, " bei der Hingabe eines Darlehens und bei der Erneuerung eines solchen für mindestens sechs Monate eine Einschreibgebühr von höchstens zwanzig Rappen zu belasten. Hiebei gelten alle einem Entlehner am nämlichen Tage gemachten Darlehen als ein einziges. Die Ausbedingung jeder weiteren Vergütung für das Darlehen oder für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes ist nichtig " (2).

Zu den Vorschriften im einzelnen:

- Ein Prozent Zins pro Monat

Dieser Maximalansatz wird von der Pfandleihkasse seit 1887 angewandt. Vorübergehend kamen Darlehen über 5000 Franken in den Genuss eines Vorzugszinssatzes von 9% p.a. (3).

- 20 Rappen Einschreibgebühr

In Anbetracht der stark gestiegenen Kosten hat die Pfandleihkasse die Einschreibgebühr stufenweise erhöht, vorerst auf fünfzig Rappen und auf den 1.1.1976 auf einen Franken, was wirtschaftlich sicher gerechtfertigt ist, wenn man bedenkt, dass die 20 Rappen kaum mehr die Formularkosten deckten.

1) EG zum ZGB § 203 Abs. 1

2) EG zum ZGB § 204

3) Interner "Bericht über das Geschäftsjahr 1970" der Pfandleihkasse der ZKB

- Alle einem Entlehner am selben Tag gewährten Darlehen gelten als ein einziges

Mit dem Ziel, die Gebühreneinnahmen zu steigern, werden Einzeldarlehen, für die mehrere Gegenstände zu Pfand gegeben werden, wenn immer möglich in mehrere Posten unterteilt, wobei jedesmal ein gebührenpflichtiger Versatzschein zur Ausstellung gelangt. Häufig erfolgt die Unterteilung allerdings auch auf Wunsch des Kunden, der einzelne Pfänder früher auslösen oder verfallen lassen möchte. Die vom Autoren durchgeführte Erhebung (1) ergab, dass die Versatzdarlehen der Pfandleihkasse im Durchschnitt in 2,0 Posten unterteilt werden. Als Extrem wurde in der Erhebung ein Darlehen von 3170 Franken erfasst, das in 15 Einzelposten aufgeteilt war.

Mit diesem Vorgehen erreicht die Pfandleihkasse zwar höhere Gebühreneinnahmen. Da aber die administrativen Umtriebe, die die postenmässige Unterteilung mit sich bringt, durch die bescheidene Einschreibengebühr von einem Franken pro Versatzschein bei weitem nicht gedeckt sind, erweist sich die Unterteilung der Darlehen als wenig sinnvoll.

- Die Ausbedingung weiterer Vergütungen ist nichtig

Den von Pfandleihanstalten verlangten Zinsen kommt zusätzlich auch Gebührencharakter zu. Sie stellen gemäss Lenzen (2) nicht bloss eine Vergütung für die Ueberlassung des Kapitals dar; mit ihnen werden darüber hinaus Geschäftsunkosten, die Pflicht zur Aufbewahrung und Erhaltung der Pfänder, das Risiko von Ausfällen bei Versteigerungen etc. abgegolten. Mit der Festlegung eines Maximalzinsfusses und der restriktiven Gebührenregelung bezweckt der Gesetzgeber den Schutz des Darlehensnehmers vor Wucher und Ausbeutung.

1) Erhebung, Anhang 1, S. 126 ff.

2) Lenzen, G.: Das deutsche Pfandleihrecht, S. 8

Es wurde schon an anderer Stelle (S. 59) darauf hingewiesen, dass die sachgemäße Aufbewahrung der Pfänder beträchtliche Kosten verursacht, die durch die vom Gesetz zugebilligten Zinsen in vielen Fällen nicht oder nur teilweise gedeckt werden können. Das Vorgehen der Pfandleihkasse, die für das Aufbewahren sperriger, vielfach auch noch besonderer Pflege bedürftiger Pfänder verständlicherweise Lagergebühren belastet, erweist sich als betriebswirtschaftliches Erfordernis. Am Beispiel der Pelzpfänder (Anteil siehe Tabelle 2, S. 55) lässt sich dies besonders deutlich aufzeigen. Würde die Pfandleihkasse bei Pelzen auf die Erhebung einer speziellen Gebühr verzichten, so hätte dies zur Folge, dass sie als billiges Pelzkonservierungsinstitut, das für eine diebstahl-, feuer- und mottensichere Aufbewahrung von Pelzen jeder Art zu besonders günstigen Konditionen garantiert, missbraucht würde. Da Kunden, die Pelze "übersommern" in der Regel darauf tendieren, die Zinsbelastung durch Beanspruchung eines eher kleinen Darlehens möglichst gering zu halten, stehen die für die Pfandleihkasse resultierenden Zinseinnahmen vielfach in keinem vernünftigen Verhältnis zu den anfallenden Kosten. Eine Lockerung der strengen gesetzlichen Gebührenregelung wäre insbesondere in diesem Fall sicher gerechtfertigt.

Diverse sogenannte Verwaltungsgebühren (1), die sich weder auf die Aufbewahrung noch auf die Erhaltung von Pfändern beziehen, fallen hingegen nicht unter das im EG zum ZGB (2) festgelegte Verbot. Solche Gebühren werden u.a. verrechnet für:

- Ausfertigung von Versatzschein-Doppeln
- Auslösung oder Erneuerung nach der öffentlichen Bekanntmachung der Versteigerung
- Erlass von Mahnungen
- Ausstellung von Verlustscheinen und Sperrung eines Pfandes bei Verlust des Versatzscheins
- Besichtigung des Pfandes

1) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 10 Abs. 2

2) EG zum ZGB § 204 Abs. 2

3.2 Mehrfacherfassung identischer Daten

Die Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger verlangt, dass über jedes abgeschlossene Geschäft folgende Einträge im Pfandleihbuch von Hand vorgenommen werden (1):

1. fortlaufende Nummer des Geschäftes
2. Tag des Geschäftsabschlusses
3. genaue Adresse des Uebergabers des Pfandes
4. Betrag des Darlehens
5. Betrag der monatlichen Zinse
6. bedungene Einschreibgebühr
7. Beschreibung des verpfändeten Gegenstandes, und zwar bei Pretiosen, Gold- und Silberwaren mit Angabe des Gewichtes
8. Zeit der Fälligkeit des Darlehens
9. Unterschrift des Uebergabers

Identische Daten finden sich auf dem Versatzschein (je nach Postenzahl können es auch mehrere sein) und teilweise auch noch in der separat geführten Kundenkartei. Roger Huelin, ehemaliger Direktor der Caisse publique de prêts sur gages de Genève, erkannte die Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Datenerfassung schon im Jahre 1928. Ein Jahr später führte er denn auch eine Beleggarnitur ein, die es erlaubte, identische Daten mittels Durchschrift in einem Arbeitsgang zu erfassen. Sein System, das sich in Genf ausserordentlich gut bewährte und bei vielen weiteren Pfandleihanstalten Anwendung fand, wurde in den folgenden Jahrzehnten weiter perfektioniert und unter Einsatz von Verarbeitungs- maschinen noch beträchtlich verbessert (2). Für die Pfandleihkasse drängt sich heute eine umfassende Rationalisierung der Geschäftsabläufe auf (3).

- 1) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 2
- 2) Vgl. Huelin, R.: Organisation et mécanisation d'un Mont-de-Piété, S. 16 ff.
- 3) Siehe 3. Teil, Abschnitt 7, S. 90 ff.

3.3 Darlehensverlängerung durch vollständige Erneuerung des Darlehens

Es wurde bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen (1), dass die Erneuerung eines Darlehens als neues, selbständiges Darlehensgeschäft unter einer neuen Nummer in den Geschäftsbüchern erfasst wird. Die simple Verlängerung eines Darlehens um weitere sechs Monate löst somit umfangreiche Arbeiten aus (Eintrag im Pfandleihbuch, der neuen Nummer entsprechende Umpfanzierung des Pfandes im Lager, Ausstellung eines oder mehrerer neuer Versatsscheine, versehen mit der Adresse des Kunden, Datum, Darlehenshöhe, Schätzpreis, Verfalldatum, Beschreibung des Pfandes etc.), die lediglich durch die erneut fällige Einschreibebühr von einem Franken pro Versatsschein abgegolten werden. Allein im Jahre 1980 wurden der Pfandleihkasse 8145 Versatsscheine zur Erneuerung vorgelegt oder zugesandt. Eine abwicklungstechnische Vereinfachung dieser ausserordentlich häufig auftretenden Operation dürfte eine beträchtliche Reduktion des Arbeitsvolumens zur Folge haben.

3.4 Verbuchung der Geschäfte in gebundenen Büchern aufgrund überholter gesetzlicher Bestimmungen

Die Verwendung gebundener Bücher zur Verbuchung der Geschäftsfälle (2) kann heutzutage keineswegs mehr befriedigen. Dies bestätigt auch der von der Kontrollstelle der ZKB, der die Revision der Pfandleihkasse obliegt, geäusserte Wunsch, die

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 2.2.3, S. 61

2) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 1 Abs. 2

Buchführung möge zeitgemässer konzipiert werden. Es ist tatsächlich so, dass sich ein Aussenstehender in dieser unübersichtlichen, aus einem Hauptbuch und mehreren Hilfsbüchern bestehenden Buchhaltung, der überdies kein klar gegliederter Kontenplan zugrunde liegt, nur mit Mühe zu-rechtfindet.

Nun ist zwar die Verwendung gebundener Bücher als Aufzeichnungsmittel in der Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger vorgeschrieben. Diese veralteten Bestimmungen stehen aber gemäss Käfer einer Modifizierung der Buchführung keineswegs im Wege, denn "die mannigfachen modernen Datenträger sind geeignet, alle buchhalterischen Inhalte (und noch viel mehr) aufzunehmen, festzuhalten und wiederzugeben. (...) Sie entsprechen in dieser Hinsicht also den vom Gesetz an die Bücher gestellten Anforderungen, ja sind zu deren Erfüllung in der heutigen Grossunternehmung vielfach das unentbehrliche Mittel"(1).

1) Käfer, K.: Die kaufmännische Buchführung, S. 369 f.

4.1.1 Bemerkungen zur Kosten- und Erlösrechnung

4.1.1.1 Zinsen

Das für die Geschäftstätigkeit notwendige Kapital wird der Pfandleihkasse von der ZKB in laufender Rechnung vorgestreckt, im Jahre 1980 zum Zinssatz von 4 % vom 1.1. bis zum 30.4. und von 4,5 % vom 1.5. bis zum 31.12. Im Rahmen der Erfolgsabgrenzung zwischen Aufwand und Kosten erfolgte die Verrechnung von kalkulatorischen Zinsen (Ansatz ebenfalls 4 resp. 4,5 %) auf dem Reservefonds (1) sowie auf dem im Durchschnitt der letzten 10 Jahre jeweils zinslos zur Verfügung stehenden Grundstock an noch nicht abgeholten Mehrerlösen (2).

4.1.1.2 Verluste auf unrechtmässig versetzten Pfändern

Die Pfandleihkasse der ZKB erleidet immer wieder Verluste, die sich aus der Verpflichtung ergeben, unrechtmässig versetzte Pfänder unentgeltlich herauszugeben (3). Diese Verluste halten sich, wie die folgende Aufstellung zeigt, erfreulicherweise in sehr engen Grenzen.

- 1) Bis ins Jahr 1956 wurden die von Zeit zu Zeit auftretenden Betriebsverluste über den mit Betriebsgewinnen früherer Jahre geäuften Reservefonds abgebucht. Mit dem Umzug der Pfandleihkasse an die Luisenstrasse übernahm die ZKB die nun regelmässig auftretenden Betriebsverluste. Der Bestand an Reserven in der Höhe von 233'000 Franken steht der Pfandleihkasse seit 1956 zinslos zur Nutzung zur Verfügung.
- 2) Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre stand der Pfandleihkasse ein Bestand an noch nicht abgeholten Mehrerlösen in der Höhe von 149'000 Franken zinslos zur Verfügung (Geschäftsberichte der ZKB 1971 - 1980).
- 3) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 590 (siehe auch 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S.30)

Tabelle 3: Verluste auf unrechtmässig versetzten Pfändern (1)

Verluste auf unrechtmässig
versetzten Pfändern

	Fr.
1971	479
1972	0
1973	1900
1974	0
1975	68
1976	300
1977	1410
1978	50
1979	0
1980	250

4.1.1.3 Verluste und Gewinne auf Lagerposten

Erfolgt bei einer Versteigerung kein Angebot in der Höhe des Ausrufpreises, so geht der Pfandgegenstand ins Eigentum der Pfandleihkasse über (2). Solche Pfänder, Lagerposten genannt, verwertet die Pfandleihkasse auf eigene Rechnung. Dass die Rechnung aufgeht, zeigt die folgende Aufstellung:

1) Geschäftsberichte der ZKB 1971 - 1980

2) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 15 Abs. 2

Tabelle 4: Verluste und Gewinne auf Lagerposten (1)

Jahr	Verluste auf Lagerposten	Gewinne auf Lagerposten	Wiedereingänge aus früheren Verlusten (2)	Abschreibungen auf Lagerposten	Saldo (berichtigt um Wiedereingänge und Abschreibungen)
1971	266	879			+ 613
1972	278	197	44		- 37
1973	1973	305		306	- 1974
1974	675	1462	352		+ 1139
1975	728	714			- 14
1976	2421	4566	450	503	+ 2092
1977	753	8261	282	3700	+ 4090
1978	398	5969		300	+ 5271
1979	376	2253			+ 1877
1980	2800	3469	270		+ 939

1) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB

2) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 30

4.1.1.4 Rückstellungen

Dem unter Abschnitt 5.1.1.2 dargestellten Verlustrisiko begegnet die Pfandleihkasse mit der Bildung von "Rückstellungen für unrechtmässig versetzte Pfänder". Diese wurden im Geschäftsjahr 1980 um Fr. 2'000.-- erhöht und erreichen damit den Stand von Fr. 15'000.-- in der Bilanz (1). Inwieweit die getätigten Rückstellungen aufgrund bestehender Risiken erforderlich waren, lässt sich nicht beurteilen.

Ergänzend bleibt noch darauf hinzuweisen, dass die Pfandleihkasse überdies sogenannte "Rückstellungen für Anschaffungen" bildet. Diese werden in der im Geschäftsbericht der ZKB veröffentlichten Bilanz der Pfandleihkasse zusammen mit den Rückstellungen für unrechtmässig versetzte Pfänder ausgewiesen. Rückstellungen für Anschaffungen werden gebildet, um nach dem Grundsatz der periodengerechten Verteilung des Aufwandes die grossen Ausgaben, die alle paar Jahre für die Anschaffung eines umfangreichen Vorrats an Versatztasche-Belegarnituren anfallen, auf mehrere Jahre zu verteilen.

In diesem Zusammenhang ist der Begriff Rückstellungen fehl am Platz, sind doch Rückstellungen definiert als "künftige Güter- und Leistungsabgänge (ohne Gegenleistung), die nicht der Erfüllung des Wirtschaftszweckes dienen, also nicht an den oder die Unternehmer erfolgen werden, und bei denen der Tatbestand, die Höhe (oder beides) und oft auch der Zeitpunkt (gelegentlich sogar der Empfänger) der Leistung ungewiss sind" (2).

- 1) Interner "Bericht über das Geschäftsjahr 1980" der Pfandleihkasse der ZKB
- 2) Weilenmann, P.: Rückstellungen und Rücklagen, S. 158

Eine taugliche Lösung des Problems wäre sicher die Aktivierung des Materialeinkaufs in einem Formularbestandeskonto. Jährlich vorzunehmende, dem Verbrauch entsprechende Abschreibungen gewährleisteten eine periodengerechte Aufwandsverteilung.

4.1.1.5 Betriebsverlust

Aus der Kosten- und Erlösrechnung für das Jahr 1980 geht hervor, dass sich der Betriebsverlust aufgrund der Verrechnung kalkulatorischer Zinsen und der Vornahme weiterer Erfolgsabgrenzungen um 15 % auf rund 112'000.-- Franken erhöht. Unberücksichtigt bleiben die schwer erfassbaren Betriebskosten, die die Pfandleihkasse durch die Beanspruchung zentraler Dienste der ZKB verursacht. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Kosten für die Personaladministration, Leistungen gemeinsamer Führungsgremien, Kantinenverpflegung, Vergünstigungen für das Personal, zentrale Materialbeschaffung und Werbung. Die effektiv in der Pfandleihkasse angefallenen und von der ZKB übernommenen Betriebsverluste dürfen somit noch deutlich über den in den letzten 25 Jahren ausgewiesenen Verlusten von insgesamt rund 2,4 Millionen Franken liegen.

4.2 Kostenstruktur

Aufgrund der auf Seite 70 dargestellten Kosten- und Erlösrechnung ergibt sich für die Pfandleihkasse, bezogen auf das Jahr 1980, folgende Kostenstruktur:

Tabelle 5: Kostenstruktur

Kostenarten	Kosten Fr.	in % der Ge- samtkosten	Rang- folge
<u>direkte Kosten:</u>			
Passivzinsen (an die ZKB vergütet)	152'815	21,7	2
<u>indirekte Kosten:</u>			
Besoldungen	370'817	52,8	1
Mietzins	110'832	15,8	3
Reinigung, Heizung, Beleuchtung	25'468	3,6	4
Büro- und Lagerbedürfnisse	639	0,1	10
Versicherungen	7'132	1,0	7
Verschiedenes	13'138	1,9	6
kalkulatorischer Zins	16'568	2,4	5
Verluste	3'050	0,4	8
Rückstellungen	<u>2'000</u>	0,3	9
	549'644		
Total Kosten	702'459	100,0	

Zu den Kosten, die dem einzelnen Versatzdarlehen direkt zugerechnet werden können, zählen wir lediglich die Kapitalbeschaffungskosten. Diese sind, da in der Regel der Zinssatz für 1. Hypotheken Anwendung findet, von den jeweiligen Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt abhängig. Alle übrigen Kostenarten sind der Gruppe der indirekten Kosten zuzuordnen (1).

4.3 Ermittlung der Selbstkosten

Gegenstand der Selbstkostenrechnung ist das einzelne Versatzdarlehen. Die Selbstkostenrechnung vereinfacht sich aus zwei Gründen: Die Pfandleihkasse beschränkt sich auf die Gewährung von Versatzdarlehen und verfügt als weitgehend in sich geschlossene ökonomische Einheit über eine eigene Buchführung. Die Ermittlung der Selbstkosten erfolgt nach folgendem Grundschemata:

$$\begin{aligned} & \text{direkte Kosten (Kapitalbeschaffungskosten/Passivzinsen)} \\ & + \text{indirekte Kosten (alle übrigen Kostenarten)} \\ & = \text{Selbstkosten} \end{aligned}$$

Wie bereits angetönt, werden einzig die an die ZKB zu vergütenden Passivzinsen als direkt zurechenbar betrachtet.

4.3.1 Zurechnung der indirekten Kosten auf die einzelne Leistungseinheit

Die Verteilung der indirekten Kosten auf die einzelnen Versatzdarlehen erfolgt durch einfache Divisionskalkulation, indem die in der Pfandleihkasse im Geschäftsjahr 1980 insgesamt angefallenen indirekten Kosten durch die Anzahl der

1) In Anlehnung an Ernst, R.: Das Teilzahlungsfinanzierungsgeschäft, S. 76 ff.

während dieser Zeitperiode gewährten Darlehensposten geteilt wird. Dieses Verfahren lässt sich anwenden, da die Einheitlichkeit der Leistung bei den von der Pfandleihkasse gewährten Versatzdarlehen weitgehend gegeben ist. Weder die Höhe noch die Laufzeit des Einzeldarlehens können als Merkmal unterschiedlicher Leistungsarten gewertet werden. Eine unterschiedliche Belastung des einzelnen Darlehens mit indirekten Kosten lässt sich, gleichgültig, ob ein Darlehen 10.- oder 1'000.-- Franken beträgt, ob die maximale Laufzeit beansprucht oder das Darlehen früher zurückbezahlt wird, nicht feststellen.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang allenfalls die Frage, ob es sinnvoll wäre, die unterschiedliche Bearbeitungszeit, die die Prüfung und Schätzung der einzelnen Versatzpfänder mit sich bringt, speziell zu berücksichtigen. So wäre es zum Beispiel denkbar, für Schmuck- und Edelmetallpfänder aufgrund des eher geringeren Schätzaufwandes eine spezielle Leistungsart zu bilden. Oder es könnte zwischen neuen Darlehen und solchen, die lediglich verlängert (erneuert) werden - diese haben der Tendenz nach eine eher geringere Beanspruchung der Schätzorgane zur Folge - eine Unterscheidung getroffen werden. Eine solche Abgrenzung von Leistungsarten lässt sich unmöglich mit der nötigen Genauigkeit vornehmen und würde daher allenfalls zu einer Quelle von Ungenauigkeiten. Die durch die Anwendung der einfachen Divisionskalkulation bedingten Fehlerquellen dürften insgesamt eher kleiner, mindestens aber nicht grösser sein als diejenigen, die die Anwendung komplizierterer Kalkulationsformen mit sich brächte.

4.3.2 Nachkalkulation aufgrund der Ergebnisse des Jahres 1980

Bei der Ermittlung der direkten Kosten findet der für die Pfandleihkasse im zweiten Halbjahr 1980 gültige Refinanzierungssatz von 4,5 % Anwendung.

Die indirekten Kosten pro Darlehen werden wie folgt berechnet:

$$\frac{\text{indirekte Kosten gemäss Tabelle 5}}{\text{Anzahl gewährter Darlehen (Posten)}} = \frac{\text{Fr. 549'644}}{15'692 (1)} = \text{Fr. 35.--}$$

Die Gegenüberstellung der Durchschnittskosten und des Erlöses eines Versatzdarlehens von Fr. 400.-- ergibt unter Berücksichtigung unterschiedlicher Laufzeiten folgendes Bild:

Tabelle 6: Stückkostenkalkulation

Darlehensbetrag Fr. 400.--		<u>Laufzeit</u>		
		1 Monat	3 Monate	6 Monate
<u>direkte Kosten</u> (4,5 % Passivzins)		Fr. 1.50	Fr. 4.50	Fr. 9.--
<u>indirekte Kosten</u>				
Personalkosten	Fr.23.60			
Miete	Fr. 7.--			
übrige Kosten	Fr. 4.40	Fr.35.--	Fr.35.--	Fr.35.--
Selbstkosten		Fr.36.50	Fr.39.50	Fr.44.--
./. Erlös (1 % p.Mt. + Fr.1.--)		Fr. 5.--	Fr.13.--	Fr.25.--
kalkulatorischer Verlust		Fr.31.50	Fr.26.50	Fr.19.--
		=====		

1) Gemäss Geschäftsbericht der ZKB wurden im Jahre 1980 von der Pfandleihkasse der ZKB:

- 7538 Darlehen (Posten) neu gewährt
- 8154 Darlehen (Posten) erneuert. (Eine Erneuerung kommt aufgrund der Gleichartigkeit der Einzelmanipulationen und der mehr oder weniger identischen Arbeitsbelastung der Gewährung eines neuen Darlehens gleich.)

15'692 Total Darlehen (Posten)

Aufgrund der so berechneten Selbstkosten liegt die Rentabilitätsschwelle (Selbstkosten=Erlös) der von der Pfandleihkasse gewährten Versatzdarlehen je nach deren Laufzeit bei folgender Darlehenshöhe:

Tabelle 7: Rentabilitätsschwelle für Versatzdarlehen (1980)

Laufzeit Monate:	Darlehenshöhe Fr.
1	5440 (1)
2	2720
3	1813
4	1360
5	1088
6	907
7	777

Stellt man diesen Werten die Grössenklassenverteilung der Darlehensposten, wie sie von der Pfandleihkasse für das Jahr 1980 berechnet wurde, gegenüber, so zeigt sich deutlich, dass ein Grossteil der gewährten Darlehen als eigentliche Kleinstdarlehen defizitär ist, da deren Erlös aufgrund der festgelegten Maximallaufzeit von 7 Monaten zwangsläufig sehr bescheiden ausfällt und die genannten Schwellenwerte bei weitem nicht erreicht.

1) Selbstkosten:

direkte Kosten (Passivzins 4,5 % für 1 Mt.)	= Fr. 20.40
indirekte Kosten	<u>Fr. 35.--</u>
	<u>Fr. 55.40</u>

Erlös:

1 * Zins	Fr. 54.40
Einschreibengebühr	<u>Fr. 1.--</u>
	<u>Fr. 55.40</u>

Tabelle 8: Grössenklassenverteilung der im Jahre 1980 gewährten Darlehen (1)

Darlehensgrössenklassen			Anteil an sämtlichen zur Auszahlung gelangten Darlehensposten	
Fr.				
10	-	20	6 %	kumuliert
21	-	50	13 %	19 %
51	-	100	19 %	38 %
101	-	500	43 %	81 %
501	-	1000	10 %	91 %
über		1000	9 %	100 %

Gleiches gilt auch für grössere Darlehen, falls diese schon nach sehr kurzer Zeit wieder liquidiert werden, was oft der Fall ist. Rund 10 % der neu gewährten Darlehen werden in-
nert Monatsfrist durch Auslösung wieder liquidiert.

5. Verhältnismässigkeit der Darlehenskonditionen

Mit der Selbstkostenrechnung wurde - nicht zuletzt im Hinblick auf die Problematik der Gestaltung der Darlehenskonditionen - der Versuch unternommen, ein einigermaßen verlässliches Bild über die Struktur und Höhe der beim einzelnen Versatzdarlehen anfallenden Kosten zu vermitteln. Dabei hat sich u.a. gezeigt, dass Höhe und Laufzeit eines Darlehens keinen Einfluss auf die indirekten Kosten pro Leistungseinheit haben. Mit anderen Worten: Die in Tabelle 5 unter den indirekten Kosten eingeordneten Kostenarten verhalten sich fix in bezug auf Höhe und Laufzeit des Darlehens. Als variabel erweisen sich somit einzig die Passivzinsen.

1) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB (postenmässige Erfassung der Darlehen) siehe auch Tabelle 19, S. 127

Wie stark der Anteil der Fixkosten an den gesamten im Zusammenhang mit einer Darlehensgewährung anfallenden Kosten ins Gewicht fällt, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung:

Tabelle 9: Fixkostenanteil bei Versatzdarlehen unterschiedlicher Höhe und Laufzeit

Darlehenshöhe	Fixkostenanteil in % bei einer Laufzeit von:		
Fr.	1 Monat	3 Monaten	6 Monaten
20	99,8 %	99,4 %	98,7 %
200	97,9 %	94,0 %	88,6 %
500	94,9 %	86,2 %	75,7 %
1000	90,3 % (1)	75,7 %	60,9 %

Zwischen der Kostensituation im Pfandleihgeschäft und den im Kanton Zürich gesetzlich festgelegten Darlehenskonditionen zeigt sich damit ein deutliches Missverhältnis. Im Verkehr mit ihren Darlehensnehmern darf die Pfandleihkasse nebst einem Zins von einem Prozent pro Monat vom Darlehensbetrag lediglich eine vernachlässigbar kleine fixe Grundgebühr von zwanzig Rappen einverlangen. Daraus ergibt sich, dass ein Versatzdarlehen mit sechsmonatiger Laufzeit 6 %, ein solches mit dreimonatiger Laufzeit 3 % vom Umsatz an Erlös abwirft. Sieht man von der Grundgebühr (Einschreibgebühr) ab, so ist der Erlös aus dem kurzfristigen Darlehen somit nur halb so hoch wie der aus dem Darlehen mit doppelt so langer Laufzeit, wodurch der Anteil der fixen Kosten bei kurzfristigen Darlehen um so stärker ins Gewicht fällt.

Rein betriebswirtschaftlich gesehen bedürfen somit die gegenwärtig geltenden Darlehenskonditionen einer Korrektur im Sinne

1) Berechnungsbeispiel:

fixe Kosten	Fr. 35.--	90,3 %
variable Kosten (4,5 % von Fr. 1000.-- für 1 Mt.)	Fr. 3.75	9,7 %
Gesamtkosten	Fr. 38.75	100,0 %

einer besseren Anpassung an die tatsächliche Kostensituation. Nun spielen aber im Pfandleihgeschäft, insbesondere bei der Festsetzung von Zinsen und Gebühren, soziale Erwägungen eine ganz wesentliche Rolle.

5.1 Gesetzliche Regelung der Darlehenskonditionen im Kanton Zürich

Mit dem Pfandleihgeschäft eng verbunden und historisch verwurzelt ist sein Ruf, bevorzugtes Gebiet für Wucher und Ausbeutung zu sein. Zu den Kantonen, die sich im letzten Jahrhundert unter dem Eindruck des um sich greifenden Wuchers veranlasst sahen, den Bereich des Pfandleihwesens gesetzlich zu regeln, gehörte auch der Kanton Zürich (1). Nachdem das Volk das "Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher" gutgeheissen hatte, trat es am 1. Januar 1883 in Kraft. Es beinhaltete, was die Darlehenskonditionen betrifft, im wesentlichen folgendes (2):

1. "Der Pfandleiher darf an Zinsen nicht mehr als einen Prozent per Monat beziehen" (§ 6 Abs. 1).
2. "Jeder Bruchtheil eines halben Monates darf für die Verzinsung einem halben Monat gleich gerechnet werden" (§ 6 Abs. 2).
3. "Der Pfandleiher ist berechtigt, bei der Hingabe eines Darlehens und bei der Erneuerung eines solchen für mindestens sechs Monate eine Einschreibgebühr bis auf den Betrag von zwanzig Rappen zu beziehen. Hiebei gelten alle einem Entlehner am nämlichen Tage gemachten Darlehen als ein einziges. Das Ausbedingen jeder weitem Vergütung für

- 1) Siehe 1. Teil, Abschnitt 3.3, S. 8 f.
- 2) Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleiher vom 21. Mai 1882

das Darlehen oder für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes ist verboten" (§ 8).

Diese Bestimmungen finden sich mit Ausnahme von Punkt zwei in unveränderter Form im EG zum ZGB vom 2. April 1911 wieder. Punkt zwei regelt das ZGB, das in Art. 913 die Pfandleihanstalt berechtigt, bei jeder Auslösung den Zins für den ganzen laufenden Monat zu verlangen. Auf den Sinn dieser Vorschrift wurde auf Seite 60 erstmals eingegangen. Ergänzend bleibt zu bemerken, dass der Gesetzgeber mit der von der Höhe und der Laufzeit des Darlehens unabhängigen Einschreibgebühr und der besonderen Zinsberechnungsmethode darauf abzielte, die unbefriedigende Kostensituation im Bereiche der sehr kurzfristig beanspruchten Darlehen etwas zu korrigieren.

Diese zur Zeit ihrer Einführung den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zweifellos bestens angepassten Massnahmen erfüllten ihren Zweck während Jahrzehnten bestens. In der Zwischenzeit haben sich nun aber sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Verhältnisse (1) in der Schweiz und im Kanton Zürich grundlegend geändert. Die durch einen Gesetzgebungsakt festgelegten Darlehenskonditionen erwiesen sich aber als starr und schwer anpassungsfähig. Die Bankleitung der ZKB versuchte im Jahre 1966 in einer Eingabe an die Polizeidirektion des Kantons Zürich (2) vergeblich, die Aenderung resp. Abschaffung einiger längst überholter, im EG zum ZGB und in der Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger niedergelegter Vorschriften zu erreichen. Die ZKB begründete ihre Eingabe u.a. damit, dass einzelne Bestimmungen "im Widerspruch zu einer neuzeitlichen und rationellen Betriebsführung" (3) stünden. Im

1) Siehe 4. Teil, Abschnitt 2, S. 121 f.

2) Eingabe der ZKB an die Direktion der Polizei des Kantons Zürich vom 1.7.1966

3) Eingabe der ZKB an die Direktion der Polizei des Kantons Zürich vom 1.7.1966

übrigen enthielt die Eingabe als weiteren wesentlichen Punkt die Anregung, es sei die Kompetenz für die Festlegung der Gebühren an die Bankkommission zu übertragen. Hauptgrund für den ablehnenden Entscheid der Behörden war die von der ZKB vorgeschlagene Koppelung der pendenten Revision der § 212-214b des EG zum ZGB über die gewerbsmässigen Gelddarleiher (Motion Pesch) mit der Abänderung der Vorschriften über das Pfandleihgewerbe. Die Behörden wünschten, dass das Begehren der Bank auf einen "späteren, geeigneten Zeitpunkt zurückgestellt wird", dies "vorab angesichts des Umstandes, dass die erstgenannte Vorlage den Kreditgebern eine Herabsetzung der bisherigen Zins- und Kostensätze vorschreibe, wogegen letztere eine Gebührenerhöhung zugunsten der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank mit sich bringen würde " (1).

Die in der Eingabe formulierten Anliegen haben in der Zwischenzeit an Aktualität und Berechtigung nichts verloren; im Gegenteil, eine Anpassung der Darlehenskonditionen an die veränderte Kostensituation ist überfällig. Selbstverständlich gilt es dabei stets zu beachten, dass auf sozial schwächere Bevölkerungskreise Rücksicht genommen wird, was bedingt, dass Versatzdarlehen zu tragbaren Bedingungen gewährt werden.

5.2 Erhöhung der fixen Grundgebühr (Einschreibgebühr)
unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der
Darlehensnehmer

Die Analyse der Kostensituation hat u.a. ergeben, dass der Anteil der Fixkosten an den gesamten Kosten im Pfandleihgeschäft

1) Antwortschreiben der Direktion der Polizei des Kantons Zürich vom 17.3.1967

ausserordentlich stark ins Gewicht fällt und dass der gegenwärtig angewandte Zins- und Gebührentarif diesem Umstand zu wenig Rechnung trägt. Es sollte deshalb eine Erhöhung der fixen Grundgebühr ins Auge gefasst werden. Dies hätte zur Folge, dass Darlehensnehmer, die ihr Darlehen schon nach kurzer Zeit wieder zurückzahlen, erheblich stärker belastet würden. Dafür, dass eine solche Massnahme auch vom sozialen Standpunkt aus durchaus gerechtfertigt ist, spricht die Tatsache, dass die Pfandleihkasse aufgrund der gegenwärtig angewandten Darlehenskonditionen an den wirtschaftlich schwächsten Kunden, die sich längere Zeit abmühen müssen, um ihre Schuld zurückzahlen zu können, verdient: bessergestellte Kunden hingegen, welche nur vorübergehend in Geldverlegenheit geraten sind und das empfangene Darlehen rasch wieder zurückzahlen können, verursachen in der Regel erhebliche Verluste (1).

Die fixe Grundgebühr sollte im übrigen nach der Höhe des beanspruchten Darlehens abgestuft werden. Dieses Erfordernis steht im Zusammenhang mit dem Bestreben nach einer Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Darlehensnehmer und stützt sich auf die allerdings nicht immer zutreffende Erwägung, dass Kunden, denen Kleinstdarlehen ausbezahlt werden, dem geringen Darlehensbetrag entsprechend auch geringwertige Pfänder versetzen und damit wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen zuzurechnen sind.

Der folgende konkrete Vorschlag zur Gestaltung einer nach Darlehensgrössenklassen abgestuften fixen Grundgebühr sei als Diskussionsgrundlage verstanden. Mehrerträge sind vom vorgeschlagenen Gebührensystem kaum zu erwarten, da aus der von der Pfandleihkasse in eigener Regie vorgenommenen Erhöhung der Einschreibege-

1) Vgl. Huelin, R.: L'erreur traditionnelle de l'intérêt appliqué aux prêts sur gages, S. 8, und Vetterli, H.: Die rechtliche Behandlung des konsumtiven Kleinkredits in der Schweiz, S. 149

bühr auf einen Franken pro Versatzschein und der Aufsplitterung der Darlehen in Einzelposten insgesamt eine vergleichbar hohe Gebührenbelastung resultiert. Die Einschreibengebühr sollte im übrigen während der ganzen Laufzeit eines Darlehens - und zwar auch dann, wenn es mehrmals um 6 Monate verlängert wurde - nur einmal belastet werden (1).

<u>Darlehensbetrag</u>	<u>Einschreibengebühr</u>
Fr.	Fr.
50(2) - 100	2
101 - 500	4
501 - 1000	10
über 1000	20

Vergleicht man die Darlehenskonditionen der Versatzanstalten von Zürich, Genf und Wien miteinander, so lässt sich feststellen, dass vor allem Genf, aber auch Wien kurzfristig beanspruchte Darlehen erheblich stärker belasten als Zürich.

- 1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 6.4, S. 96 ff.
- 2) Darlehen unter Fr. 50.-- (bisher Fr. 10.-- gemäss §7 des Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976) sollten nicht mehr gewährt werden.

Tabelle 10: Darlehenskonditionen der Versatzanstalten von Zürich, Genf und Wien

Darlehensbetrag Totalbelastung absolut in Franken und in Jahresprozenten
Laufzeit 1 Monat Zürich (1) Zürich (2) Genf (3) Wien (4)

Fr.	8	Fr.	8	Fr.	8	Fr.	8
50	- .70 16,8	2.50 60,0	3.-- 72,0	1.90 45,6			
400	4.20 12,6	8.-- 24,0	25.50 76,	7.20 21,6			
1500	15.20 12,2	35.-- 28,0	100.60 80,5	42.-- 33,6			

1
88
1

Laufzeit 6 Monate

50	3.20 12,8	5.-- 20,0	3.-- 12,0	7.60 30,4
400	24.20 12,1	28.-- 14,0	33.-- 16,5	57.60 28,8
1500	90.20 12,0	110.-- 14,7	153.75 20,5	213.-- 28,4

Fussnoten zu Tabelle 10:

- 1) Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen
- 2) Unter Anwendung der nach Darlehensgrössenklassen abgestuften Grundgebühr (Siehe S. 87)
- 3) Caisse publique de prêts sur gages de Genève: Conditions approuvées par le Conseil d'Etat.
Für Darlehen bis und mit Fr. 100.-- beschränkt sich das Darlehensentgelt unabhängig von der Laufzeit des Darlehens, die je nach der Wertbeständigkeit des Pfandes bis zu einem Jahr dauern kann, auf eine einmalige fixe Grundgebühr von 6 % des Darlehensbetrages. Wird ein Darlehen nur für einen Monat beansprucht, so ergibt sich zwangsläufig ein astronomisch hoher Jahreszinssatz von 72 %. Sobald das Darlehen jedoch länger beansprucht wird, fällt die Belastung bis auf ein Minimum von 6 % pro Jahr. Die Begründung für dieses Vorgehen findet sich auf Seite 86). Bei Darlehen über Fr. 100.-- erfolgt zusätzlich eine Zinsbelastung, die zwischen 4,5 % und 8,5 % pro Jahr liegt.
- 4) Gebührentarif für den Versatzbetrieb der Dorotheum, Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m.b.H., gültig ab 1.7.1979.
(Sämtliche Schillingbeträge wurden zum Kurs von Fr. 12.-- umgerechnet)

a) Ausfertigungsgebühren:

für ein Darlehen bis				Fr. 12	Fr. 0
"	"	"	über Fr. 12 bis	Fr. 24	Fr. 0.50
"	"	"	über Fr. 24 bis	Fr. 60	Fr. 0.70
"	"	"	über Fr. 60 bis	Fr. 120	Fr. 1.20
"	"	"	über Fr. 120 bis	Fr. 600	Fr. 2.40
"	"	"	über Fr. 600 bis	Fr. 1200	Fr. 3.60
"	"	"	über Fr. 1200		Fr. 6.--

- b) Darlehenszinsen vom Pfanddarlehen 0,375 % pro Halbmonat
+ Manipulationsgebühren vom Pfand-
darlehen
(abgestuft nach der Laufzeit)

bis einschliesslich 4 Kalendermonate	0,825 % pro Halbmonat
6	0,775 %
8	0,725 %
10	0,675 %
12	0,625 %
über 12	0,575 %

c) Platzgeld

Für Pelze und für sperrige Pfänder aller Art wird eine stark differenzierte Lagergebühr erhoben.

In der Bundesrepublik Deutschland dürfen private Pfandleiher Zins- und Gebührensätze von 40 - 130 % per Jahr verlangen. Die städtischen Sätze liegen bei 30 - 60 % (1). Abschliessend bleibt noch folgendes zu bemerken: Die Darlehenskonditionen im Pfandleihgeschäft sollten, sowohl im Interesse der Darlehensnehmer als auch im Interesse der Pfandleihkasse selbst, möglichst einfach und leicht verständlich aufgebaut sein. Neben der Einschreibgebühr und den Zinsen erachtet der Autor als einzige weitere Gebühr eine Spezialgebühr für Pelzpfänder als gerechtfertigt (2).

Die Kompetenz zur Festlegung der Gebühren sollte dem Bankpräsidium übertragen werden, da die Fixierung im EG zum ZGB eine Anpassung an veränderte Verhältnisse erheblich erschwert. Denkbar wäre allenfalls auch die Regelung der Gebühren auf dem Verordnungsweg.

Es dürfte im übrigen im Sinne einer offenen Konditionenpolitik selbstverständlich sein, dass die Darlehensbedingungen für alle Kunden gut sichtbar im Schalterraum angeschlagen werden.

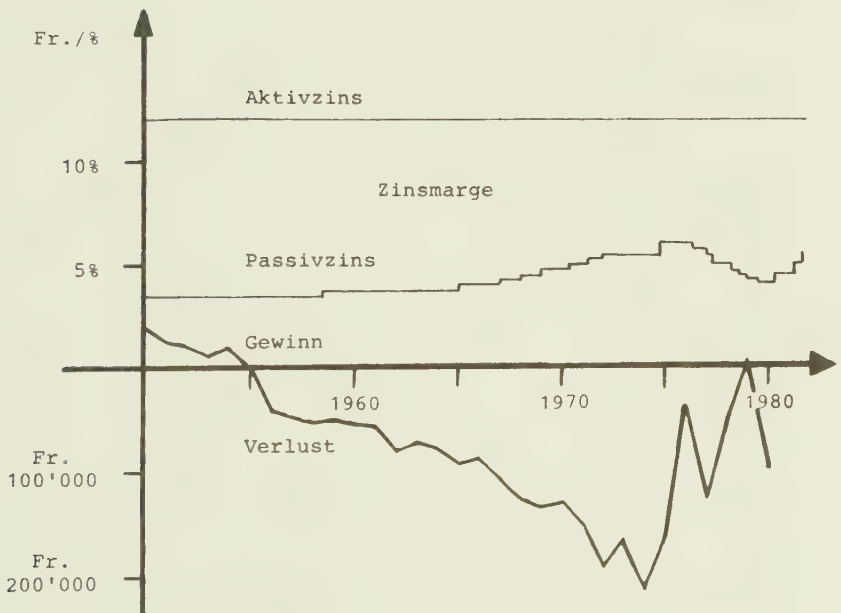
6. Anforderungen an eine rationell gestaltete Geschäftsabwicklung

6.1 Grundsätzliche Aspekte

Da die Pfandleihkasse seit 1956 mit Ausnahme des Jahres 1979 regelmässig einen Betriebsverlust auswies, stellt sich die Frage nach den Ursachen; denn sie konnte in früheren Jahren beinahe regelmässig Gewinne erwirtschaften, die es sogar erlaubten, einen ansehnlichen Reservefonds zu äufnen.

- 1) Brief des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Leiter Öffentlicher Leihämter an den Verwalter der Pfandleihkasse der ZKB vom 10.4.1979
- 2) Siehe 3. Teil, Abschnitt 3.1, S. 64 und Anhang 4, S.146 (gültiger Gebührentarif)

Ein Blick zurück in die fünfziger Jahre zeigt, dass die Verlustserie im Jahre 1956 mit dem Umzug an die Luisenstrasse einsetzte. Die massive Erhöhung der Miete fiel in eine Periode eher flauen Geschäftsgangs mit entsprechend geringen Zins- und Gebühreneinnahmen. Die Verlustsituation verschärfte sich in den folgenden Jahren. Der Ertrag vermochte mit den ständig steigenden Kosten nicht mehr Schritt zu halten. Die Verluste erreichten ihr Maximum mit 216'000.-- Franken im Jahre 1974 (vgl. die nachfolgende grafische Darstellung).



Betrachten wir den Geschäftsverlauf der letzten 10 Jahre etwas genauer, so lässt sich feststellen, dass sich die Differenz zwischen den vereinnahmten Aktivzinsen und den an die ZKB bezahlten Passivzinsen trotz der sich vorübergehend verengenden Zinsmarge im grossen ganzen positiv entwickelte, was vor allem auf den deutlichen Trend zur Beanspruchung grösserer Darlehen und der damit verbundenen Umsatzausweitung zurückzuführen ist (1). Gleiches gilt für die Gebühreneinnahmen, die mit der stufenweisen Erhöhung der Einschreibgebühr in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung erfuhren. Recht unterschiedlich entwickelten sich hingegen die vereinnahmten Gantgebühren, da diese vom völlig unberechenbaren Verhalten der Darlehensnehmer hinsichtlich der Liquidation der Darlehen abhängen.

Tabelle 11: Die Entwicklung der wichtigsten Ertragsquellen und des Jahresergebnisses der Pfandleihkasse 1971-1980 (2)

Jahr	Zinsdifferenz	Gantgebühren	Übrige Gebühren- einnahmen (Ein- schreibgebühr etc.)	Gewinn (+) Verlust (-)
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1971	121'211	11'473	20'215	- 152'795
1972	113'074	6'673	20'679	- 190'624
1973	141'026	12'001	28'666	- 164'491
1974	143'599	14'617	31'539	- 215'783
1975	157'230	15'399	33'525	- 162'078
1976	276'910	60'386	47'309	- 40'133
1977	275'221	26'641	49'641	- 123'573
1978	365'225	36'929	49'475	- 51'232
1979	421'529	35'535	53'806	+ 349
1980	358'951	23'222	51'277	- 97'886

1) 105. Geschäftsbericht der Pfandleihkasse der ZKB (intern)
 2) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB

Die heftigen Schwankungen des Betriebsverlustes lassen sich im wesentlichen mit den in den letzten Jahren festgestellten stärkeren Schwankungen im Geschäftsgang, den sprunghaft angestiegenen Personalkosten (Erhöhung des Personalbestandes von 5 auf 6 Mitarbeiter) und der mit dem Umzug in die Neue Hard erfolgten beträchtlichen Erhöhung des Mietzinses erklären. Die Pfandleihkasse sieht sich heute mit dem Problem konfrontiert, dass die Erlöse auch bei gutem Geschäftsgang die hohen, ständig weiter steigenden Kosten nicht mehr zu decken vermögen. Der bei den Darlehenskonditionen gegen oben mehr oder weniger ausgeschöpfte Spielraum nötigt die Pfandleihkasse, nach einer Entlastung im Bereiche der Kosten zu suchen. Wie aus der Kostenstruktur hervorgeht (1), machen die Positionen Besoldungen, Passivzinsen und Mietzins rund 90 % der gesamten Kosten aus. Die Passivzinsen geben zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass (2), und der von der ZKB verrechnete Mietzins dürfte, nachdem er auf Intervention des Verwalters der Pfandleihkasse von rund 123'000.-- Franken im Jahre 1977 sukzessive auf inzwischen 111'000.-- Franken gesenkt worden ist, nun einigermaßen marktgerecht sein. Als verbleibende Kostenkomponente rückt damit der Personalaufwand in den Mittelpunkt des Interesses. Mit einem Anteil von über 50 % an den Gesamtkosten fallen die Besoldungen besonders stark ins Gewicht. Im Personalaufwand findet denn auch die mit alten Traditionen belastete, in Gesetzen aus dem letzten Jahrhundert fixierte, äusserst arbeitsintensive Geschäftsabwicklung ihren Niederschlag.

Die Analyse der Geschäftsabwicklung lässt den Schluss zu, dass wesentliche Kostensenkungen nur zu erreichen sind, wenn sich die Pfandleihkasse vom herkömmlichen System völlig loslöst und ein grundlegend neu konzipiertes, einfacheres Verfahren zur Anwendung bringt. Dieses Erfordernis steht im Einklang mit der Tatsache,

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 4.2, S. 76

2) Siehe 3. Teil, Abschnitt 1.4, S. 46

dass die - absolut gesehen - geringe Ertragskraft des einzelnen Darlehens nach einer möglichst einfachen, kostengünstigen Geschäftsabwicklung verlangt.

Eine umfassende Revision der das Pfandleihgeschäft im Kanton Zürich bis in alle Einzelheiten regelnden gesetzlichen Bestimmungen erweist sich damit als unumgänglich. Der Schutz des wirtschaftlich Schwachen vor Wucher und Übervorteilung dürfte auch mit einer weniger durch unnötige Details belasteten Regelung des Pfandleihgeschäfts gewährleistet werden können.

6.2 Einsatz elektronischer Datenverarbeitung

Die Parallelität der einzelnen Geschäftsfälle, die eine weitgehende Schematisierung der Arbeitsabläufe erlaubt, bildet eine ausgezeichnete Voraussetzung für den effizienten Einsatz eines Kleincomputers. Da die Pfandleihkasse seit ihrer Gründung im vorigen Jahrhundert ihre Geschäfte in mehr oder weniger unveränderter Form abwickelt, sind von einer den heutigen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen angepassten, grösstenteils automatisierten Geschäftsabwicklung erhebliche kostenmässige Vorteile zu erwarten. Die effektiv erzielbaren Einsparungen lassen sich nur aufgrund eines Verfahrensvergleichs, der in enger Zusammenarbeit mit einem EDV-Spezialisten zu erfolgen hätte, ermitteln und hängen grösstenteils davon ab, welche Leistungen von der EDV-Anlage erwartet werden.

Bei einem solchen Vergleich zwischen dem herkömmlichen und einem neuen Verfahren sind auch Vorteile mit zu berücksichtigen, die sich kostenmässig kaum erfassen lassen. Dazu gehören raschere Verfügbarkeit der Daten, Reduktion der Fehlerquellen insbes. bei der Datenerfassung, Mehrleistungen im statistischen Bereich und ausserordentlich schnelle Bedienung der Schalterkunden dank hoher Verarbeitungsgeschwindigkeit.

6.3 Vermeidung redundanter Datenerfassung

Die Analyse der Geschäftsabwicklung (1) hat unter anderem ergeben, dass identische Daten mehrmals manuell erfasst werden. Solche Doppelspurigkeiten, die sich zweifellos negativ auf die Arbeitsproduktivität auswirken, liessen sich durch einmalige Datenerfassung vermeiden, indem alle für die Abwicklung der Geschäfte notwendigen Daten anlässlich der ersten Darlehensgewährung an einem Bildschirmgerät eingegeben und gespeichert würden. Auf diesen stets verfügbaren Datenbestand könnte der Sachbearbeiter im Zusammenhang mit der Verwaltung und Liquidierung der Darlehen jederzeit wieder zurückgreifen. Die zu erfassenden Daten lassen sich unterteilen in Kundenstammdaten - diese stellen feste Angaben dar, die nur selten eine Änderung erfahren - und das Versatzdarlehen betreffende Daten.

a) Kundenstammdaten

Name, Vorname

Adresse

Beruf

Jahrgang

Heimatort

b) Das Darlehen betreffende Daten

Nummer des Geschäftes (Versatzschein- resp. Darlehensnummer)

Darlehensbetrag

Schatzungswert, Aufbewahrungsort und Art des Pfandes resp. der Pfänder

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 3.2, S. 67

Simultan zur Erfassung der Daten könnte deren Verarbeitung, das heisst die Erstellung des Versatzscheins und der Eintrag ins "Pfandbuch", das in Form loser Blätter zu führen wäre, erfolgen. Auch für die anlässlich der Auslösung des Pfandes oder der Verlängerung des Darlehens vorzunehmende Berechnung der Zinsen und Gebühren sowie deren Verbuchung liesse sich das Datenverarbeitungssystem einsetzen.

Bedeutende Arbeitseinsparungen wären im übrigen von der maschinellen statistischen Auswertung des umfangreichen Datenmaterials zu erwarten.

6.4 Verzicht auf vollständige Erneuerung bei der Darlehensverlängerung

Bei der Beurteilung der Geschäftsabwicklung hat sich u.a. auch gezeigt (1), dass die vollständige Erneuerung der Darlehen erhebliche Schreibarbeiten verursacht und, falls die Erneuerung nicht per Post vorgenommen wird, Wartezeiten für den Kunden zur Folge hat. Da jährlich rund 8000 Darlehensposten erneuert werden (2), wirkt sich das umständliche, arbeitsintensive Vorgehen in erheblichem Ausmass negativ auf die Kosten-situation aus. Ohne auf die Details näher einzutreten, sollen in der Folge die möglichen Wesenszüge einer einfacheren, grösstenteils automatisierten Darlehensverlängerung aufgezeigt werden:

- Die ursprünglich zugeteilte Versatzschein- resp. Darlehensnummer wird beibehalten, womit sich die bisher in den meisten Fällen vorgenommene, der neuen Nummer entsprechende Einordnung des Pfandes im Lager erübrigt.
- Die Tätigkeit des Sachbearbeiters beschränkt sich auf die Eingabe des neuen Verfalltermins und einer allfällig vorgenommenen

1) Siehe 3. Teil, Abschnitt 3.3, S. 68

2) Durchschnitt der Jahre 1978-1980 gemäss Statistik der Pfandleihkasse der ZKB

Teilamortisation oder Erhöhung des Darlehens. Aufgrund der bei der Darlehensgewährung gespeicherten Daten und der eingegebenen Änderungen wäre der in geeigneter Weise programmierte Computer in der Lage, innert Sekunden einen neuen Versatzschein auszudrucken, die Verlängerung im Pfandbuch vorzumerken und die notwendigen Journalbuchungen vorzunehmen.

- Auf das Ausdrucken eines Buchhaltungskartons könnte verzichtet werden, da sich der Sachbearbeiter anhand der Darlehensnummer oder des Kundennamens jederzeit über sämtliche im Zusammenhang mit einem Darlehen gespeicherten Daten und den bisherigen Geschäftsverlauf am Bildschirm orientieren könnte. Computertechnisch wäre es überdies jederzeit möglich, die auf dem Bildschirm erscheinenden Informationen zum Beispiel zum Gebrauch als Arbeitsunterlage oder zur Information des Kunden ausdrucken zu lassen.
- Die Ueberwachung der Verfalltermine, der Karenzzeit und der Mahnfristen, die gegenwärtig aufgrund der abgelegten Buchhaltungskartone erfolgt, liesse sich mit Hilfe periodisch oder nach Bedarf erstellter Verfallisten durchführen.

Eine einfache Darlehensverlängerung, allenfalls verbunden mit einer Erhöhung oder einer Teilamortisation des Darlehens, wäre innert weniger Minuten abgewickelt. Die hinterlegten Pfänder können im Normalfall aufgrund der auf dem Versatzschein vorhandenen detaillierten Beschreibung begutachtet werden.

Aufwendiger wird die Verlängerung eines Darlehens, falls ein Kunde, der für ein und dasselbe Darlehen mehrere Pfänder hinterlegt hat, eine Teilauslösung vornehmen möchte. Eine solche hätte zur Folge, dass der Sachbearbeiter die nicht zur Auslösung bestimmten Pfänder begutachten und die maximale Belehnungshöhe neu festsetzen müsste. In solchen und ähnlich gelagerten Fällen, die einen überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand verursachen,

dürfte die erneute Erhebung der Einschreibgebühr gerechtfertigt sein.

Was das Mahnwesen betrifft, so liesse sich dieses ebenfalls weitgehend automatisieren. Der Sachbearbeiter könnte bei der Vervollständigung des Standardtextes der Mahnung durch kunden- resp. darlehensspezifische Daten weitgehend auf die gespeicherten Daten zurückgreifen, womit die Schreibarbeit auf ein Minimum reduziert würde.

6.5 Abschliessende Bemerkungen

Die hier vorgeschlagene Automation der Arbeitsabläufe, die auf eine völlige Loslösung von der auf alten Traditionen beruhenden Geschäftsabwicklung hinausläuft, sollte in enger Zusammenarbeit mit den Direktbetroffenen erarbeitet werden. Frühzeitige Orientierung über das geplante Vorgehen und der Beizug der Mitarbeiter der Pfandleihkasse bei der Ausarbeitung vereinfachter Arbeitsabläufe dürften die Bereitschaft zur Umstellung fördern.

7. Der amtliche Verkauf (1)

7.1 Voraussetzungen für die Verkaufsberechtigung

Erste Voraussetzung für die Verkaufsberechtigung ist, dass das Pfand auf den vereinbarten Termin (Verfall) nicht ausgelöst oder erneuert worden ist (2). Zweite Voraussetzung ist die vorgängige öffentliche Aufforderung zur Auslösung (3). Aufgrund der Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger erübrigt sich im Kanton Zürich die öffentliche Aufforderung, sofern der Verpfänder durch eingeschriebenen Brief auf sein Versäumnis aufmerksam gemacht werden kann. Ist aber der Brief nicht bestellbar, so muss der Verpfänder durch einmalige Publikation im kantonalen Amtsblatt zur Einlösung des Pfandes binnen einer Frist von acht Tagen aufgefordert werden (4). Das Reglement für die Pfandleihkasse dehnt die Wartefrist auf 30 Tage aus (5).

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so kann die Pfandleihkasse das verfallene Pfand amtlich verkaufen lassen. Das EG zum ZGB des Kantons Zürich bestimmt, dass der Verkauf durch das Betreibungsamt zu erfolgen hat (6). Die Verordnung für die Pfandleiher und Feilträger verlangt ergänzend den Verkauf "auf dem Wege öffentlicher Versteigerung" (7). Die Ganten der Pfandleihkasse

- 1) Die wichtigsten Bestimmungen zum amtlichen Verkauf finden sich im ZGB (Siehe S.24 ff.). Das Vorgehen im einzelnen wird im Kanton Zürich im EG zum ZGB (§ 207 - 210) und in der Verordnung betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 (§ 6 und 7) geregelt. Für die Pfandleihkasse gelten zusätzlich die in § 15 des Reglements für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.76 festgehaltenen Vorschriften.
- 2) ZGB Art. 910 I (Eine Erneuerung des Darlehens kommt in ihrer Wirkung einer Auslösung gleich.)
- 3) ZGB Art. 910 I
- 4) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 6 Abs. 1
- 5) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 15
- 6) EG zum ZGB § 207
- 7) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 6 Abs. 2

finden in Zusammenarbeit mit dem Betreibungsamt Zürich 1 statt.

Eine genügend Bekanntmachung der Versteigerung ist von besonderer Bedeutung, denn einerseits stellt sie sozusagen die letzte Mahnung an den Verpfänder dar, anderseits soll damit gewährleistet werden, dass das interessierte Publikum über die kommende Versteigerung orientiert ist. Neben Ort und Zeit der Durchführung muss die Bekanntmachung auch den Namen des Pfandleihers und die Nummern der Versatzscheine der betroffenen Pfänder enthalten (1). Aufgrund des Reglements ist die Pfandleihkasse gehalten, die bevorstehende Gant mindestens im kantonalen Amtsblatt und im Tagblatt der Stadt Zürich bekanntzugeben. Aus dem Inserat muss zudem hervorgehen, dass etwaige Ueberschüsse bei der Kantonalbank hinterlegt werden (2).

Das EG zum ZGB des Kantons Zürich bestimmt im übrigen (3), dass Gold- und Silbersachen nicht unter ihrem Metallwert versteigert werden dürfen. Edelmetallpfänder mit zweifelhafter Legierung und solche, die nicht gestempelt sind, werden von Beamten der Schweizerischen Zollverwaltung, Zürich, Edelmetallkontrolle, geprüft und falls notwendig punziert.

7.2 Ausruf und Zuschlag

Anlässlich der Versteigerung wird das Pfand dem Publikum von einem Mitarbeiter der Pfandleihkasse zum Ausrufpreis angeboten. Dieser setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen (4):

- 1) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 6 Abs. 3
- 2) V betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 § 7 Abs. 2
- 3) EG zum ZGB § 208
- 4) ZGB Art. 891 II und Oftinger, K.: Fahrnispfand, S. 599

- Darlehensbetrag
- Bis zum Zeitpunkt der Verwertung aufgelaufene Vertrags- und Verzugszinsen (Der Verzugszins entspricht beim Versatzpfand üblicherweise dem vertraglich abgemachten Zins, da dieser in der Regel deutlich über 5 % liegt.)
- Kosten der Verwertung durch amtlichen Verkauf (Verkaufskosten)
Diese treten beim Versatzpfand an die Stelle der im ZGB Art. 891 II erwähnten Betreuungskosten (1).

Weitere Forderungen wie zum Beispiel eine Vergütung für die Aufbewahrung des Pfandgegenstandes sind nicht gedeckt (2).

In der eher allgemein gehaltenen Begriffsbestimmung des Reglements für die Pfandleihkasse (3) umfasst der Ausrufpreis den Darlehensbetrag, die Zinsen, Barauslagen und Verwaltungskosten. Anhand der folgenden Beispiele aus der Praxis soll die Berechnung des Ausrufpreises, wie sie bei der Pfandleihkasse erfolgt, näher erläutert werden.

Tabelle 12: Berechnung von Ausrufpreis und Mehrerlös (3 Beispiele)

	<u>1. Beispiel</u>	<u>2. Beispiel</u>	<u>3. Beispiel</u>
	Fr.	Fr.	Fr.
Höhe des Darlehens	70.--	400.--	2200.--
Zins (1 % pro Monat)	7.--(10 Mte.)	36.--(9 Mte.)	264.--(12 Mte)
Unkosten	6.--	8.--	15.--
Versteigerungsge- bühr (20 % der Dar- lehenssumme)	14.--	80.--	440.--
Ausrufpreis	97.--	524.--	2919.--
Zuschlagpreis resp. Verkaufserlös	210.--	800.--	3200.--
./. Ausrufpreis	97.--	524.--	2919.--
Mehrerlös	113.--	276.--	281.--

- 1) Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S.41
- 2) Oftinger, K.: Fahrnispfand, S.600 und Ziegler, A.: Das Versatzpfand, S. 42
- 3) Regl. für die Pfandleihkasse der ZKB vom 5.2.1976 § 15 Abs. 2

Unter die Unkosten fallen die Versatzzscheingebühr von einem Franken (diese erhöht sich auf zwei Franken, falls die Liquidation des Darlehens oder dessen Erneuerung erst im achten Monat oder später erfolgt), die Mahngebühren und allfällige Lagergebühren 1). In den meisten Fällen gelangt ein Minimum von sechs Franken zur Verrechnung. Mit der Versteigerungsgebühr werden die Verkaufskosten pauschal abgegolten. Damit erübrigt sich ein aufwendiges Umlegen der anfallenden Kosten auf die einzelnen Verkäufe. Sie richtet sich nach der Höhe des Darlehensbetrages, und zwar wie folgt:

<u>Darlehensbetrag</u>	<u>Versteigerungsgebühr</u>
Fr.	(in % vom Darlehensbetrag)
unter 10'000	20 (mindestens Fr. 5.--)
10'000 - 19'999	15
20'000 und darüber	10

1) - Versatzzscheingebühr: Siehe 3. Teil, Abschnitt 3.1, S. 64

- Mahngebühren: Diese fallen gemäss Ziegler unter die Verkaufskosten und werden damit durch die Versteigerungsgebühr pauschal abgegolten. Kosten für die Aufforderung zur Einlösung sind nach Meinung Zieglers insofern auch Kosten des Verkaufs, als die Aufforderung zur Einlösung ja eine Voraussetzung der Verkaufsberechtigung bildet (Ziegler, A.: Das Versatzzpfand, S. 41).

- Lagergebühr: Siehe Seite 101

Siehe auch Anhang 4, S. 146 (Gebührentarif der Pfandleihkasse)

Soweit es die Beschaffenheit des Pfandes erlaubt, hält es der ausrufende Beamte in der Hand und zeigt es den Interessenten, während er durch den Saal geht. Die Steigerung des Ausrufpreises bzw. des letzten Angebots erfolgt zu folgenden Ansätzen:

<u>Ausrufpreis bzw. letztes Angebot</u>	<u>Mindesterhöhung</u>
Fr.	Fr.
unter 50	2
50 - 99	5
100 - 499	10
500 - 999	50
1000 - 4999	100
5000 und darüber	200

Das Pfand wird dem Meistbietenden nach dreimaligem Ausruf des letzten Angebots zugeschlagen und gegen Barzahlung - dies ist Bedingung - sofort ausgehändigt. Erfolgt kein Angebot in der Höhe des Ausrufpreises, so fällt das Pfand ins Eigentum der Pfandleihkasse (1). Diese sogenannten Lagerposten werden von der Pfandleihkasse auf eigene Rechnung bestmöglich verwertet. Dank ihrem vorsichtigen Schätzungsgebahren kommt die Pfandleihkasse sehr selten zu Verlust. Rechnet man die in den letzten 10 Jahren bei der Verwertung von Lagerposten angefallenen Gewinne und Verluste ineinander auf, so ergibt sich sogar ein Gewinn-saldo (2).

7.3 Versteigerungsquote

Die Liquidation der Darlehen erfolgt bei einer Pfandleihanstalt entweder durch Auslösung oder durch Versteigerung der Pfänder. Den Anteil der zur Versteigerung gelangenden Pfänder, ausgedrückt

1) Regl. für die Pfandleihkasse der vom 5.2.1976 § 15 Abs. 2

2) Siehe Tabelle 4, S. 73

in Prozenten sämtlicher Abgänge, bezeichnet man als Versteigerungsquote. Erneuerte Darlehen werden bei der Berechnung der Versteigerungsquote nicht berücksichtigt, da in diesem Fall keine eigentlichen Abgänge vorliegen.

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre wurden bei der Pfandleihkasse der ZKB rund 87 % der versetzten Pfänder wieder ausgelöst (siehe Tabelle 13, Seite 105). Die Versteigerungsquote der Genfer Pfandleihanstalt lag in der gleichen Zeitperiode im Durchschnitt ebenfalls bei rund 13 %, und die Arbeitsgemeinschaft der Leiter öffentlicher Leihämter veröffentlichte in ihrem "Statistischen Jahresbericht 1980" für die 7 in Deutschland noch bestehenden öffentlichen Pfandleihanstalten eine durchschnittliche Versteigerungsquote (1) von 17,0 % (Posten) resp. 8,9 % (Betrag).

1) Arbeitsgemeinschaft der Leiter öffentlicher Leihämter:
"Statistischer Jahresbericht 1980" (Die genannten Werte
betreffen nur das Jahr 1980!)

Tabelle 13: Versteigerungsquote bei der Pfandleihkasse der ZKB (1)

<u>Jahr</u>	<u>Auslösungen</u>		<u>Versteigerungen</u>		<u>Abgänge total</u>		<u>Versteigerungs-</u>	
	Posten	Betrag in 1000 Fr.	Posten	Betrag in 1000 Fr.	Posten	Betrag in 1000 Fr.	quote in % Posten	Betrag
1971	6733	2008	929	107	7662	2115	12,1	5,1
1972	6178	1332	825	73	7003	1405	11,8	5,2
1973	5871	1676	897	118	6768	1793	13,3	6,6
1974	6544	1547	859	138	7403	1686	11,6	8,2
1975	6372	2184	959	148	7331	2332	13,1	6,4
1976	6593	2455	1620	538	8213	2993	19,7	18,0
1977	6059	1999	1026	281	7085	2281	14,5	12,3
1978	6013	2240	878	306	6891	2546	12,7	12,0
1979	6017	3210	903	243	6920	3452	13,0	7,0
1980	6561	3340	716	191	7277	3531	9,8	5,4
Versteigerungsquote im Durchschnitt der letzten 10 Jahre:								13,2 % 8,6 %

1) Geschäftsberichte der ZKB

7.4 Steigerungsmehrerlöse

Ergänzend zu den Ausführungen im 2. Teil (1) bleibt zu bemerken, dass im Kanton Zürich die erzielten Mehrerlöse nach Ablauf der Verjährungsfrist von 5 Jahren nicht der Pfandleihkasse verfallen. Sie sind dem Sozialamt der Stadt Zürich zu übergeben (2).

Die Kunden der Pfandleihkasse werden über angefallene Mehrerlöse, sofern diese mehr als zehn Franken betragen, schriftlich orientiert und eingeladen, die bereitliegenden Gelder abzuholen. Aus administrativen Gründen erfolgt die Benachrichtigung erst rund einen Monat nach der Versteigerung. Damit erspart sich die Pfandleihkasse viel Schreibarbeit, denn viele Kunden erwarten einen Mehrerlös und melden sich deshalb unaufgefordert schon kurz nach der Versteigerung an den Schaltern der Pfandleihkasse, welche die Auszahlung vornimmt.

Die folgende Uebersicht zeigt am Beispiel der am 12. Juni 1974 zur öffentlichen Versteigerung gelangten Pfänder die Fristen, innerhalb denen angefallene Mehrerlöse abgeholt wurden (3).

Mehrerlös abgeholt innerhalb	Anteil in % der zur Gant ge- langten Pfänder (Posten)		Anteil in % der er- zielten Mehrerlöse	
	%	kumuliert %	%	kumuliert %
1 Monat	27,5	-	46,8	-
2 Monaten	4,5	32,0	5,0	51,8
3 Monaten	4,5	36,5	5,9	57,7
1 Jahr	8,0	44,5	4,9	62,6
2 Jahren	1,5	46,0	1,4	64,0
3 Jahren	2,5	48,5	2,3	66,3
4 Jahren	.0	48,5	0	66,3
5 Jahren	0	48,5	0	66,3
<u>Dem Sozialamt verfallen: 51,5 %</u>			<u>33,7 %</u>	

1) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.3.4, S. 27 f.

2) EG zum ZGB § 210

3) Auswertung der Mehrerlösstatistik der Pfandleihkasse der ZKB

Erwartungsgemäss werden hohe Mehrerlöse sofort abgeholt. Der Anteil der innerhalb der Verjährungsfrist nicht abgeholten Mehrerlöse am Gesamtbetrag ist ziemlich grossen Schwankungen unterworfen. Von den Mehrerlösen der in den Jahren 1973-75 abgehaltenen Ganten konnten, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, zwischen 16 % und 60 % dem Sozialamt überwiesen werden.

Tabelle 14: Erzielte und dem Sozialamt verfallene Mehrerlöse

Jahr	Gant vom	Anzahl Posten mit Mehrerl. Po	erzielte Mehrerlöse Fr.	nicht abgeholte Mehrerlöse (2)		nicht abgeholte Mehrerl. in % der erzielten Mehrerl.	
				Po	Fr.	Po	Fr.
1973	März	247	19'324	90	3'149	36 %	16 %
	Juni	180	16'579	87	3'600	48 %	22 %
	Sept.	162	16'962	76	7'160	47 %	42 %
	Dez.	226	25'297	90	5'072	40 %	20 %
					18'981		
1974	März	183	13'933	93	5'479	51 %	39 %
	Juni	200	15'371	103	4'951	52 %	32 %
	Sept.	216	38'539	110	7'753	51 %	20 %
	Dez.	217	28'499	102	7'995	47 %	28 %
					26'178		
1975	März	235	31'124	144	18'644	61 %	60 %
	Juni	194	29'329	85	7'317	44 %	25 %
	Sept.	214	22'256	91	4'153	43 %	19 %
	Dez.	282	35'577	132	7'396	47 %	21 %
					37'510		

- 1) Mehrerlösstatistik der Pfandleihkasse der ZKB
- 2) Nach Ablauf der Verjährungsfrist wurden dem Sozialamt der Stadt Zürich überwiesen: 1978 Fr. 18'948.-- (Ganten 1973)
1979 Fr. 25'973.-- (Ganten 1974)
1980 Fr. 36'959.-- (Ganten 1975)

Die Differenz zu den verfallenen Mehrerlösen wie sie in Tabelle 14 ausgewiesen werden, lässt sich damit erklären, dass die Pfandleihkasse Mehrerlöse mit früheren, gegenüber dem gleichen Schuldner bestehenden Ausfallforderungen verrechnen darf (Siehe 1. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 30).

7.5 Wahrung der Interessen des Versetzenden

Als gemeinnütziges Institut sollte die Pfandleihkasse bestrebt sein, die Interessen der einstigen Versetzer auch im Falle einer Versteigerung zu wahren, indem sie sich bemüht, an den Versteigerungen möglichst hohe Zuschlagpreise zu erzielen. Entsprechend könnten den früheren Besitzern der Pfänder auch hohe Ueberschüsse ausbezahlt werden.

Die Tatsache, dass Versteigerungen erhebliche Umtriebe mit sich bringen, dass ferner allfällige Mehrerlöse nicht Eigentum der Pfandleihkasse bleiben, sondern den früheren Eigentümern oder dem Sozialamt zugewiesen werden müssen, insbesondere aber auch die wenig sinnvolle Gebührenregelung, die der Pfandleihkasse keinerlei Anreiz bietet, sich um eine Maximierung der Verkaufserlöse zu bemühen, dürften die Hauptgründe für die wenig kundenfreundliche Abwicklung der Ganten sein. Dies äussert sich konkret in der Tatsache, dass die zur Versteigerung gelangenden Gegenstände entgegen den Gepflogenheiten bei betriebsrechtlichen oder freiwilligen Auktionen nicht besichtigt werden können (1). Erst während der Hektik der Gant bietet sich dem potentiellen Interessenten die Möglichkeit, das Objekt kurz aus der Nähe zu betrachten. Dieses Privileg bleibt allerdings aufgrund der Anordnung der Sitzbänke lediglich jenem beschränkten Kreis von Besuchern vorbehalten, die entweder ganz vorne oder längs des mittleren Durchgangs sitzen. Stets frühzeitig anwesende Händler und Trödler sichern sich, gewitzigt durch frühere Erfahrungen, die besten Plätze. Da sie an Versteigerungen auch bei Objekten mitbieten, die aufgrund ihrer Eigenart nicht ohne weiteres gleich einen Liebhaber finden, sind sie für die Pfandleihkasse von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

1) Die folgenden Ausführungen gründen auf Beobachtungen des Autors an mehreren Ganten.

Wie dargelegt, werden die zur Versteigerung gelangenden Pfänder meist nur sehr kurze Zeit präsentiert. Ein Grossteil des Publikums bekommt sie überhaupt nicht zu Gesicht und ist nicht bereit, bloss aufgrund einer verbalen Umschreibung ein Angebot zu machen. Es zeigt seinen Unmut mit Zwischenrufen. Fragwürdig ist auch der gleichzeitige Ausruf einer ganzen Anzahl Objekte. Solche Angebote richten sich ohne Zweifel an die anwesenden Händler, die denn auch gerne mitbieten, allerdings nur so hoch, dass der Weiterverkauf der einzelnen Stücke lukrativ bleibt. Manchmal werden die von einem Händler unter stillschweigendem Einverständnis einiger Berufskollegen ersteigerten Gegenstände noch während der Gant innerhalb der meist ad hoc gebildeten Gruppe aufgeteilt. Zweifellos könnten in den meisten Fällen bessere Verkaufserlöse erzielt werden, wenn die Gegenstände einzeln ausgerufen würden, denn die Basis potentieller Interessenten dürfte sich sofort erheblich verbreitern. Erfahrungsgemäss bieten zudem Verbraucher unbekümmerter als Händler und Trödler, weil für die Höhe ihres Angebots der Gebrauchswert, nicht nur der Handelswert der von ihnen begehrten Objekte entscheidet. Grundsätzlich hätte der Verpfänder in Fällen, wo mehrere Gegenstände für das gleiche Darlehen verpfändet wurden, das Recht, "die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher sie auf die Gant zu bringen sind" (1). Voraussetzung ist allerdings, dass die Pfänder unter ein und derselben Pfandbuch- resp. Versatzscheinnummer registriert sind. Der Verpfänder kann auch verlangen, dass der Verkauf eingestellt wird, sobald die Forderung des Pfandleihers gedeckt ist (2). Da diese Bestimmungen bei den Kunden der Pfandleihkasse kaum bekannt sind, haben sie in der Geschäftspraxis der Pfandleihkasse nie eine Bedeutung erlangt.

1) EG zum ZGB § 209 Abs. 1

2) EG zum ZGB § 209 Abs. 2

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Pfandleihkasse in keiner Weise dazu beiträgt, das Ueberschussergebnis, das dem ehemaligen Pfand Eigentümer zufällt, zu verbessern. Sie ist einzig daran interessiert, einen Abnehmer zum Ausrufpreis zu finden, was durch die Anwesenheit der Händler mehr oder weniger gewährleistet ist. Dieser unbefriedigende Zustand könnte durch eine sinnvollere Gebührenregelung zweifellos behoben werden. Im Vordergrund steht dabei die Schaffung eines Anreizes, der die Pfandleihkasse dazu veranlasst, sich um möglichst hohe Verkaufserlöse zu bemühen. Die Versteigerungsgebühr richtet sich, wie dargelegt wurde, nach der Höhe des Darlehensbetrages und bildet eine Komponente des Ausrufpreises. Sieht man sich bei andern Pfandleihanstalten um, so kann festgestellt werden, dass die Versteigerungsgebühr üblicherweise ähnlich wie bei Auktionen in Prozenten vom Verkaufserlös (Meistbot) berechnet und dem Käufer belastet wird (1). Dies hat zur Folge, dass die Pfandleihanstalten an maximalen Versteigerungsergebnissen interessiert sind. Entsprechend werden auch Massnahmen getroffen, die erwiesenermassen eine den Verkaufserlös steigernde Wirkung haben. So wird einerseits gewährleistet, dass die zur Versteigerung gelangenden Objekte besichtigt werden können. Die Genfer Anstalt behält sich dieses Recht im Reglement (2) ausdrücklich vor, wobei dem Pfand-eigentümer die Möglichkeit geboten wird, bis spätestens eine Woche vor Verkauf dagegen Einspruch zu erheben, dass sein Pfand ausgestellt wird. Die Geschäftsordnung für den Versteigerungsbetrieb des Dorotheums in Wien bestimmt in diesem Zusammenhang (3): "Die zur Versteigerung gelangenden Gegenstände werden vor den

- 1) Die Caisse publique de prêts sur gages in Genf berechnet 10 % vom Meistbot; die Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m.b.H. in Wien berechnet gemäss Gebührentarif für den Versatzbetrieb vom 1.7.1979 15 % vom Meistbot.
- 2) Pögl. du 25 juin 1954 de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève Art. 57
- 3) Geschäftsordnung für den Versteigerungsbetrieb der Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m.b.H. vom 29.6.1979 § 20 Ziff. 1

Auktionen zur Besichtigung schaugestellt. Dabei ist jedermann Gelegenheit zu bieten, die Beschaffenheit und den Zustand der zur Schau gestellten Gegenstände zu überprüfen, soweit dies im Rahmen der Schauausstellung möglich ist". Beste Erfahrungen hat die Genfer Pfandleihanstalt auch mit der Reinigung von Schmuckstücken gemacht. Auf die Versteigerung gelangende Objekte dieser Kategorie werden auf Hochglanz poliert und erhalten damit ein völlig neuwertiges Aussehen. Ueblich ist auch, dass anlässlich der Besichtigung schriftliche Kaufaufträge von Kunden, die der Versteigerung nicht persönlich beiwohnen, entgegengenommen werden.

Mit Ausnahme der Händler und Trödler, für die sich die Einkaufspreise erhöhen dürften, profitieren alle Beteiligten von den beschriebenen Massnahmen.

Die folgende Tabelle gibt abschliessend einen Ueberblick über die erzielten Verkaufs- und Mehrerlöse der in den letzten 10 Jahren zum Verkauf gelangten Pfänder.

Tabelle 15: Ausrufpreis, Verkaufserlös und erzielter Mehrerlös
in den Jahren 1971-1980 (1)

Jahr	Ausrufpreis der zum Verkauf ge- langten Pfänder		unverkaufte Pfänder		Ausrufpreis der ver- kauften Pfänder		Mehrerlös		Verkaufs- erlös		Mehrerlös in % des Ausrufprei- ses
	Fr.	Posten	Fr.	Posten	Fr.	Posten	Fr.	Posten	Fr.	Posten	
1971	139'647	929	12'945	32	126'702		45'438		172'140		36 %
1972	95'929	825	3'341	32	92'588		38'149		130'737		41 %
1973	152'687	897	10'406	55	142'281		78'163		220'444		55 %
1974	177'184	859	5'369	26	171'815		96'341		268'156		56 %
1975	191'653	959	4'374	13	187'279		118'286		305'565		63 %
1976	685'961	1620	197'717	92	488'244		120'091		608'335		25 %
1977	364'969	1026	88'454	19	276'515		101'814		378'329		37 %
1978	397'521	878	72'524	29	324'997		105'230		430'227		32 %
1979	321'528	903	11'671	15	309'857		156'333		466'190		50 %
1980	251'785	716	17'915	5	233'870		173'743		407'613		74 %

1) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB

4. TEIL: SOZIALE BEDEUTUNG DES PFANDLEIHGESCHÄFTS

1. Grundlegung

1.1 Vorbemerkungen

Im ersten Teil dieser Arbeit wurde u.a. festgestellt, dass dem Pfandleihgeschäft gesamtwirtschaftlich nur eine sehr geringe Bedeutung zukommt (1). Ein abgerundetes Bild verlangt nach einer gebührenden Berücksichtigung sozialer Aspekte. Bevor auf die Problematik der sozialen Bedeutung des Pfandleihgeschäfts eingegangen wird, sollen als Grundlage einige Daten zur Person des Darlehensnehmers präsentiert werden. Der Autor stützt sich dabei auf die in Anhang 1, Seite 140 ff. beschriebene Erhebung bei der Pfandleihkasse der ZKB, deren Ergebnisse durch vergleichbare, in den letzten Jahren von der Caisse publique de prêts sur gages de Genève veröffentlichte Daten ergänzt werden. Diese beiden Institute verfügen, gemessen an der Anzahl der neu gewährten Darlehen, über einen Marktanteil von rund 87% am Pfandleihgeschäft in der Schweiz.

	Im Jahre 1980 gewährte Darlehen(2) (Anzahl Posten)	Anteil in %
Pfandleihkasse der ZKB	7538	63,4
Caisse publique de prêts sur gages de Genève	2770	23,3
Städtische Mobiliar-Leihkasse St. Gallen	1200 (3)	10,1
Pfandleihanstalt Luzern	379	3,2
	11887	100,0

1) Siehe 1. Teil, Abschnitt 4.2, S. 18

2) Quelle: Geschäftsberichte der betreffenden Anstalten

3) Schätzung (Im Geschäftsbericht werden die neu gewährten Darlehen zusammen mit den erneuerten Darlehen ausgewiesen.)

1.2 Kundenstruktur im Pfandleihgeschäft

1.2.1 Berufsmässige Zusammensetzung

Tabelle 16: Berufsmässige Zusammensetzung der Kundschaft der Pfandleihkasse der ZKB und durchschnittliche Höhe der in den einzelnen Berufsklassen ausgerichteten Darlehen (1)

Berufsklasse	Anteil in %	Durchschnittliche Darlehenshöhe
Arbeiter	25,3	Fr. 471.--
Angestellte und Beamte	22,0	Fr. 952.--
Kaderleute (inkl. freie Berufe)	4,1	Fr. 1'574.--
Gewerbetreibende	3,9	Fr. 2'780.--
Hausfrauen	28,4	Fr. 1'029.--
Uebrige: Pensionierte und Rentner	10,1%	
ohne Berufsangabe	4,2%	
Studenten, Künstler etc.	2,0%	Fr. 555.--
	100,0	

Im Bestreben, ein Bild über die soziale Schichtung der Kundschaft der Pfandleihkasse zu erhalten, wurden anhand der Kundenkartei die Berufe der Kunden erfasst. Der Einfachheit halber erfolgte die Bestimmung des sozialen Standorts der Darlehensnehmer vollumfänglich aufgrund des Berufsmerkmals, des "dominierenden Glie-

- 1) Erhebung, Anhang 1, S. 140. Die Berufsklassen-Unterteilung erfolgte in Anlehnung an das Sozial-Schichtenmodell (Bestimmung der sozial-beruflichen Kategorien) des Eidg. Statistischen Amtes.

derungsprinzips der Gesellschaft" (1), wobei sich die Berufsangaben auf die anlässlich der Ueberprüfung der Identität der Kunden anhand eines amtlichen Ausweises gewonnenen Daten stützen.

Wie aus Tabelle 16 auf Seite 113 hervorgeht, sind Arbeiter und Angestellte ungefähr zu gleichen Teilen vertreten. Auch Gewerbetreibende, Rentner, Künstler und Studenten sowie Personen, die den oberen Gesellschaftsschichten zuzurechnen sind, beanspruchen die Dienste der Pfandleihkasse. Deren Kundschaft erweist sich somit als sehr vielschichtig. Der hohe Anteil der Hausfrauen liegt u.a. darin begründet, dass sich diese als Eigentümerinnen von Gegenständen, die sich zur Verpfändung besonders gut eignen (Schmuck, Pelze), vielfach im Einverständnis mit ihrem Ehemann bei der Pfandleihkasse liquide Mittel beschaffen oder im Auftrage des Ehepartners, der während der Oeffnungszeiten der Pfandleihkasse seiner Arbeit nachgeht, ein Geschäft abwickeln. Dies dürften auch die wesentlichen Gründe dafür sein, dass bei der Pfandleihkasse die weibliche Kundschaft gegenüber der männlichen mit einem Anteil von rund 60% (2) dominiert (3).

Bei der Caisse publique de prêts sur gages de Genève sind die Anteile, wie Tabelle 17 auf Seite 115 zeigt, ähnlich.

1) Lepsius, R.M.: Industrie und Betrieb, S. 134

2) Erhebung, Anhang 1, S. 140 ff.

3) Die Zahlen für Genf lauten: 55% Männer
45% Frauen

Quelle: Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1975

Tabelle 17: Berufsmässige Zusammensetzung der Kundschaft der
Caisse publique de prêts sur gages de Genève (1)

Berufsklasse	Anteil in %
Arbeiter	20
Angestellte und Beamte	35
Selbständigerwerbende	8
Uebrige (Hausfrauen, Rentner, Studenten, ohne Berufsangabe etc.)	37
	100

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Dienste der Versatzanstalten vorwiegend von wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen beansprucht werden. Zu diesen sind die unter "Arbeiter" sowie ein Teil der unter "Uebrige" und unter "Hausfrauen" (Tabelle 16) erfassten Darlehensnehmer zu zählen.

1) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1975

1.2.2 Altersmässige Zusammensetzung

Tabelle 18: Altersmässige Zusammensetzung der Kunden der Pfandleihanstalten von Zürich und Genf im Vergleich mit derjenigen der Kleinkreditkunden der Bank Aufina

Pfandleihkasse der ZKB (1)		CPPG (2)	Bank Aufina (3)	
<u>Altersklasse</u>	%	%	<u>Altersklasse</u>	%
20 - 30	15	20	20 - 29	35
31 - 40	24	22	30 - 39	31
41 - 50	25	27	40 - 50	19
über 50	36	31	über 50	15

Tabelle 17 zeigt deutlich, dass die Dienste der Versatzanstalten vor allem von älteren Darlehensnehmern beansprucht werden. Der Anteil der über 50jährigen ist bei den Pfandleihanstalten mehr als doppelt so hoch wie bei der Bank Aufina als typischem Kleinkreditinstitut. Dies dürfte im wesentlichen in der negativen Einstufung älterer Kreditnehmer hinsichtlich ihrer Kreditwürdigkeit (höheres Todesfallrisiko, Ausscheiden aus dem Erwerbsleben etc.) begründet sein.

Die Pfandleihanstalten füllen hier offensichtlich eine Lücke im Kreditsystem, indem sie Personen, deren Gesuche um einen Kleinkre-

1) Erhebung, Anhang 1, S. 140 ff.

2) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1975

3) Holliger, E.: Reform des Konsumkreditrechts aus der Sicht der Konsumenten, S. 240 (In der Erhebung der für die Branche als repräsentativ geltenden Bank Aufina aus dem Jahr 1977 wurden 53'447 Kreditnehmer erfasst).

dit abgelehnt wurden, ungeachtet der Persönlichkeit des Darlehensnehmers, rein aufgrund der gebotenen Sachsicherheit Darlehen gewähren.

1.2.3 Wohnort der Darlehensnehmer

Von den 736 in der Erhebung bei der Pfandleihkasse der ZKB erfassten Kunden hatten 724 ihr Domizil in der Schweiz. Es ergibt sich damit folgende prozentuale Verteilung:

Kunden mit Wohnsitz in der Schweiz	98,4%
Kunden mit Wohnsitz im Ausland	1,6%
	100,0%

Von den in der Schweiz wohnhaften Kunden hatten

Wohnsitz im Kanton Zürich	80,2%
---------------------------	-------

weitere Untergliederung:

- Stadt Zürich	52,2%
- übriges Kantonsgebiet	26,0%
	80,2%

oder:

- Bezirk Zürich	61,2%
- übriges Kantonsgebiet	19,8%
	80,2%

Wohnsitz in den übrigen Kantonen	19,8%
	100,0%

Die in der Erhebung erfassten Darlehensnehmer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Zürich verteilen sich ziemlich regelmässig auf insgesamt 19 Kantone. Der Kanton Aargau ist mit einem Anteil von 5,4% am stärksten vertreten.

Es zeigt sich damit recht deutlich, dass die Pfandleihkasse der ZKB zwar Kunden aus der ganzen Schweiz anzieht, der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit aber erwartungsgemäss bei der Bedienung von Kunden liegt, die im Kanton Zürich, insbesondere in der Stadt Zürich wohnen.

Was die Verhältnisse in Luzern betrifft, so kann im Jahresbericht 1980 der Pfandleihanstalt Luzern nachgelesen werden, "dass sich der Kundenkreis interessanterweise weit über die Stadt hinaus erstreckt"(1).

Der Verwalter der Mobiliar-Leihkasse St. Gallen schätzt den Anteil der Darlehensnehmer, die in der Stadt St. Gallen domiziliert sind, auf rund 50%. Die restlichen 50% verteilen sich auf den Kanton St. Gallen und die angrenzenden Kantone (2).

Im Gegensatz zu den Versatzanstalten von Zürich, Luzern und St. Gallen beschränkt sich die Caisse publique de prêts sur gages bei ihrer Geschäftstätigkeit weitgehend auf den Kanton Genf. Eine auf das Jahr 1972 zurückgehende Untersuchung ergab, dass 97% der Darlehensnehmer in Genf

1% in der übrigen Schweiz und

2% im Ausland (vor allem im Grenzgebiet)

Wohnsitz hatten.

- 1) Bericht der Aufsichts- und Revisionskommission der Pfandleihanstalt Luzern, Jahresrechnung 1980
- 2) Nach Auskunft des Verwalters der Mobiliar-Leihkasse St. Gallen
- 3) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1972

1.3 Gründe für die Darlehensaufnahme

Inwieweit die Beanspruchung von Versatzdarlehen auf eine wirkliche Notlage, auf einen vorübergehenden finanziellen Engpass oder lediglich auf den Wunsch zur Befriedigung eines dringend erscheinenden Bedürfnisses zurückzuführen ist, lässt sich im einzelnen wohl nie zahlenmässig feststellen.

Bei den folgenden Ausführungen stützt sich der Autor weitgehend auf die Aussagen der Mitarbeiter der Pfandleihkasse der ZKB, die im persönlichen Gespräch mit den Kunden am Schalter in vielen Fällen Näheres über die Beweggründe zur Aufnahme eines Darlehens erfahren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Versatzdarlehen den Charakter eines Notstandsdarlehens weitgehend verloren hat. Krasse Notlagen sind nach Ansicht des Verwalters der Pfandleihkasse selten geworden (1). Hingegen hilft die Pfandleihkasse sehr oft bei vorübergehenden finanziellen Engpässen. Dies äussert sich denn auch in der grossen Anzahl kurzfristiger Darlehen.

Vielfach werden heutzutage auch entbehrliche Gegenstände versetzt, um mit den frei werdenden Mitteln "dringendere" Bedürfnisse zu befriedigen, wobei in einigen Fällen mit der festen Absicht verpfändet wird, die hinterlegten Güter durch die Pfandleihkasse versteigern zu lassen. Nutzenüberlegungen spielen in diesem Zusammenhang zweifellos eine wichtige Rolle. Bei Pelzpfändern steht oft nicht der Wunsch nach Bargeld, sondern das Interesse an fachkundiger Aufbewahrung im Vordergrund.

- 1) Zusammenstellung der Gründe für die Beanspruchung von Versatzdarlehen, verfasst vom Verwalter der Pfandleihkasse der ZKB, datiert 15.8.1978
Vgl. auch Sorge, W.: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, S. 12 ff., der eine umfassende Uebersicht über die möglichen "Ursachen der Versatzkreditbedarfe" gibt.

Ergänzend sei noch auf die Verhältnisse in Genf hingewiesen, die sich offensichtlich mit denjenigen in Zürich weitgehend decken, denn bei der Caisse publique de prêts sur gages de Genève konnte festgestellt werden, dass 98 % der Kunden aufgrund vorübergehender und lediglich 2% aufgrund andauernder finanzieller Schwierigkeiten die Dienste des Instituts beanspruchen (1).

1.4 Verwendungszweck von Versatzdarlehen

Fragen zum Verwendungszweck werden den Darlehensnehmern grundsätzlich nicht gestellt, da dies einerseits nicht erforderlich ist und anderseits dem Diskretionsbedürfnis der Kunden entgegenstehen würde. Eine detaillierte Statistik über den Verwendungszweck von Versatzdarlehen lässt sich somit nicht zusammenstellen. Hingegen kann mittels der erfassten Berufe eine Antwort auf die grundsätzliche Frage nach der produktiven resp. konsumtiven Verwendung der Darlehen gefunden werden.

Aufgrund des geringen Kundenanteils der Berufsgruppen Gewerbetreibende (Tabelle 16, S. 113) resp. Selbständigerwerbende (Tabelle 17, S. 115), bei denen am ehesten ein Einsatz der Mittel zu produktiven Zwecken vermutet werden kann, ist anzunehmen, dass die von den Pfandleihanstalten gewährten Darlehen zum weitaus überwiegenden Teil konsumtiv genutzt werden. Unter den Gewerbetreibenden, die hin und wieder die Dienste der Pfandleihanstalten beanspruchen, meist aufgrund vorübergehender Liquiditätsschwierigkeiten, vielfach auch zur Ueberwindung einer schwierigen Anfangsphase im Zusammenhang mit der Aufnahme selbständiger Geschäftstätigkeit, finden sich vornehmlich

1) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1975

Bijoutiers, Teppichhändler und Kürschner. Die dieser Berufsgruppe gewährten Darlehen weisen einen hohen Durchschnittswert auf (Tabelle 16, S. 113) und sind daher renditemässig interessant.

2. Wandel in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen

Zur Gründungszeit der Pfandleihanstalten im letzten Jahrhundert fehlte es weitgehend an einer ausgebauten öffentlichen Fürsorge. Als Folge von Erwerbslosigkeit, Krankheit, Unfall etc. gerieten oft ganze Familien in arge Bedrängnis und wirtschaftliche Not, aus der sie durch Verpfändung ihrer Habe einen Ausweg suchten. Wucherer wussten diese Notsituationen geschickt auszunützen. Aufgrund weitverbreiteter Missstände wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Versatzanstalten mit gemeinnütziger Zweckbestimmung gegründet (1). Zu diesen gehörte auch die Mobiliarleihkasse der ZKB. Mit der Mobiliarleihkasse, wie sie damals hiess, bezweckte die ZKB, "der Ausbeutung der ärmeren Klassen durch skrupellose Wucherer vorzubeugen, indem hier gegen Verpfändung von Mobiliargegenständen zu verhältnismässig niedrigem Zinsfuss Darlehen aufgenommen werden konnten" (2).

Pfandleihanstalten hatten ursprünglich weitgehend den Charakter von Wohltätigkeitsinstitutionen. Der Weg zu ihnen war in vielen Fällen durch materielle Not diktiert.

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweiz grundlegend geändert. Durch die AHV, die IV, die Arbeitslosenversicherung und die weite Verbreitung der

1) Siehe 1. Teil, Abschnitt 3.3, S. 8

2) Wetter, E.: Die Zürcher Kantonalbank 1870-1920, S. 123

Kranken- und Unfallversicherung wurde die soziale Sicherheit der Bevölkerung erheblich verbessert. Mit dem zunehmenden Wohlstand verminderte sich die Zahl jener, die in wirtschaftliche Not gerieten.

Im Verlaufe dieser Entwicklung wurden die Dienste der Pfandleihanstalten für grosse Teile der Bevölkerung entbehrlich. Die Gewährung von Notstandsdarlehen ging stark zurück. Die Pfandleihanstalten übernahmen vermehrt die Funktion eigentlicher Konsumfinanzierungsinstitute (1), wobei sie allerdings die spezialisierten Abzahlungs- und Kleinkreditinstitute, von denen Lorenz schreibt, sie seien "sozusagen der Ersatz für das uralte Mobiliarleihgeschäft" (2), nie zu konkurrenzieren vermochten. Ihre soziale Funktion wird heute weitgehend durch die gut ausgebauten staatliche Vorsorge und die umfassende öffentliche Sozialhilfe erfüllt.

3. Das Pfandleihgeschäft als Teil des Konsumkreditgeschäfts

Die folgenden Ausführungen sollen einen kurzen Ueberblick über die Möglichkeiten geben, die sich dem "kleinen Mann", der vielfach über keinerlei bankmässige Sicherheiten verfügt, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nach Konsumkredit anbieten.

- 1) Im Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 8./9. Mai 1980 der Internationalen Vereinigung der öffentlichen Pfandleihanstalten wird u.a. festgehalten, "dass der Pfandkredit immer mehr das Profil eines Kredits für Güterverbrauch oder Leistungen erhält, die früher als überflüssig oder luxuriös bezeichnet wurden (für Reisespesen, um die Fälligkeit von Raten für den Ankauf von Autos, Fernsehgeräten, Haushaltgeräten, usw., einzuhalten)".
- 2) Lorenz, J.: Der Konsumkredit in sozial-ethischer Beleuchtung, S. 103

Grundsätzlich kann zwischen Waren- und Geldkredit unterschieden werden, "je nachdem, ob der Kredit dem Konsumenten zweckgebunden zum Erwerb einer wirtschaftlichen Leistung gewährt wird oder ob es ihm überlassen ist, frei über ihn zu verfügen"(1). Zwischen Waren- und Geldkredit können allerdings keine klaren Grenzen gezogen werden, da es "vom einfachen Sach- oder Dienstleistungsgeschäft auf Kreditbasis bis zum reinen zweckneutralen Bardarlehen zahlreiche Zwischenformen der Absatz- und Kundenfinanzierung gibt, ..." (2).

Als typischer Warenkredit ist der Abzahlungskauf zu qualifizieren. Er unterliegt seit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag (3) einer strengen gesetzlichen Regelung. Das Abzahlungsgeschäft wird in der Botschaft des Bundesrates über ein Konsumkreditgesetz definiert "als Austausch wirtschaftlicher Leistungen gegen Geld, wobei zunächst die charakteristische Sach- oder Dienstleistung erbracht, die Entgeltforderung dagegen befristet aufgeschoben und derart gestaffelt wird, dass sie in sukzessiven Teilzahlungen zu erfüllen ist" (4). Der Kauf auf Abzahlung bedingt, dass ein substanzieller Teil des Kaufpreises als Anzahlung in bar geleistet wird. Die Kreditsicherung erfolgt meist mittels Eigentumsvorbehalt oder Kreditversicherung.

Miet-Kauf und Miete stellen weitere in den Bereich des Warenkredits fallende Formen des Konsumkredits dar. Beim Miet-Kauf-Vertrag vereinbaren die Parteien zunächst eine Miete. Ueberdies erhält der Mieter das Recht, "entweder jederzeit gegen Zahlung des Restkaufpreises oder nach Zahlung sämtlicher Mietzinse die

- 1) Stauder, B.: Rechtsvergleichende Betrachtung zum Anwendungsbe-
reich einer ges. Regelung des Konsumentenkreditrechts, S. 101
- 2) Botschaft über ein Konsumkreditrecht, S. 7 (Eine ausführliche
Uebersicht über die Erscheinungsformen des Konsumkredits fin-
det sich bei Stofer, H.: Kommentar, S. 8 ff.)
- 3) Bundesgesetz über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsver-
trag vom 23.3.1962, in Kraft getreten am 1.1.1963
- 4) Botschaft über ein Konsumkreditgesetz, S. 8

Kaufsache zu Eigentum zu erwerben" (1). Der Miet-Kauf fällt aufgrund identischer wirtschaftlicher Zweckbestimmung unter das strenge Regime des Abzahlungsrechts, ebenso der Mietvertrag, "wenn das Entgelt dem eines handelsüblichen Abzahlungskaufs entspricht, sei es dass der Vertrag so lange dauert, bis die Sache ihren Verkehrswert verliert, sei es dass die Mietzinse den Kaufpreis in einem früheren Zeitpunkt erreichen oder gar übersteigen, oder der Vertrag darauf angelegt ist, dass der Kunde weiter mietet bis das Entgelt die Höhe eines kreditierten handelsüblichen Preises erreicht" (2). Unter das Abzahlungsrecht fällt auch das Konsumgüter-leasing, bei dem es sich i.d.R. um ein gewöhnliches Miet- oder Miet-Kauf-Geschäft handelt (3).

Zunehmender Beliebtheit erfreuen sich die Kreditkarten, die das früher sehr verbreitete "Anschieben lassen" mehr und mehr ersetzen (4). Echte Konsumkreditfunktion kommt allerdings "nur jenen Karten zu, bei welchen dem Inhaber über eine längere - jedenfalls die bei Bargeschäften üblichen Zahlungsfristen übersteigende - Zeitspanne hinweg ein entgeltlicher (in der Regel revolvingender) Kredit gewährt oder - bei grundsätzlicher Festsetzung normaler (in der Regel einmonatiger) Zahlungsfristen - mindestens die Möglichkeit eingeräumt wird, gegen Berechnung eines entsprechenden Kreditzuschlags eine Verlängerung der Zahlungsfrist zu beanspruchen ('Kreditkarten im eigentlichen Sinn')" (5).

Die bisher beschriebenen Formen des Konsumkredits haben allesamt den Nachteil, dass der Kredit nicht frei verwendbar ist. Sofern der Kreditsuchende nicht bereit ist, seine Einkäufe

1) Stofer, H.: Kommentar, S. 142

2) Stofer, H.: Kommentar, S. 151

3) Giger, H.: Kommentar, S. 44 und Stofer, H.: Kommentar, S. 16

4) Stauder, B.: Rechtsvergleichende Betrachtung zum Anwendungsbereich einer gesetzlichen Regelung des Konsumentenkreditrechts, S. 102

5) Botschaft über ein Konsumkreditgesetz, S. 79; "Kreditkarten im eigentlichen Sinn" werden u.a. von Warenhäusern herausgegeben. Beispiel: Unter Punkt 6 der "Allgemeinen Bedingungen für die Benützung der Coop-Kundenkarte" wird festgehalten: "Der Coop-Kundenkarten-Service räumt jedem Karteninhaber eine Kreditlimite von zurzeit Fr. 5000.-- ein".

ständig bei der gleichen Verkaufsorganisation zu tätigen oder aber die von ihm gewünschten Güter resp. Dienstleistungen weder geleast noch gemietet, noch auf Abzahlung gekauft werden können, so bleibt ihm als weitere Möglichkeit die Beantragung eines Klein- resp. Barkredits. Da diese Form des Konsumkredits vom Abzahlungsgesetz nicht erfasst wird und überdies dem Kreditnehmer einige gewichtige Vorteile bietet, hat sie in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung genommen.

Gemessen am Volumen, erweist sich der Klein- resp. Barkredit denn auch als mit Abstand beliebtestes Mittel zur Befriedigung von Konsumkreditbedürfnissen. Er gewährleistet dem Kreditnehmer grösstmögliche Freiheit beim Einsatz der Mittel zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen. Ueberdies bietet der Geldkredit gegenüber den verschiedenen Formen des Warenkredits den Vorteil, dass der Kreditnehmer auf dem Markt als Barzahler auftreten kann, womit er in vielen Fällen in den Genuss besserer Bedingungen (Rabatte, Skonti) gelangt. Der Kleinkredit wird zudem dem Diskretionsbedürfnis des Kreditnehmers und Konsumenten weit besser gerecht als die verschiedenen Formen des zweckgebundenen Konsumkredits.

Eine Sonderstellung innerhalb der Kleinkredite nehmen die in der Oeffentlichkeit wenig bekannten Sozialkredite der Kantonalbanken ein. Dubs umschreibt den Sozialkredit als "ein aus sozialen Ueberlegungen zu 'günstigen' Bedingungen gewährtes Darlehen von geringer Höhe ohne bankmässige Sicherstellung, das produktiv oder konsumtiv zur Ueberwindung einer vorübergehenden unverschuldeten Geldknappheit verwendet und in regelmässigen im voraus bestimmten Raten getilgt wird" (1).

- 1) Dubs, R.: Das Sozialkreditgeschäft der schweizerischen Kantonalbanken, S. 64. (Zurzeit gelangt bei der Zürcher Kantonalbank für Sozialkredite ein Zinssatz von 6,5% und für Privatkredite (Kleinkredit) ein solcher von 11% zur Anwendung.)

Die weite Verbreitung des Kleinkredits darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine stattliche Zahl von Kreditgesuchen nach Vornahme der Bonitätsbeurteilung, die sich auf Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer abstützt, abgelehnt werden (1). Saxer zählt im Zusammenhang mit dem Kleinkredit u.a. folgende Gründe auf, die zur Ablehnung eines Kreditgesuchs führen können (2):

- Alter über 60 Jahre
- keine feste Anstellung
- Kreditgesuch einer verheirateten Frau, die nicht erwerbstätig ist (ohne Zustimmung des Ehemannes oder bei Gütertrennung)
- schlechte Erfahrungen bei früheren oder bestehenden Vor-schüssen
- unwahre Angaben im Fragebogen

In solchen Situationen stellt das Versetzen von Sachwerten aller Art oft die einzige Möglichkeit zur Beschaffung liqui-der Mittel dar.

Versatzdarlehen stellen eine Form des Konsumkredits dar, die vor allem für jene Kreditsuchenden von Bedeutung ist, die den von den Kleinkreditbanken gestellten Anforderungen an die Kreditwürdigkeit nicht zu genügen vermögen. Für Pfandleihan-stalten steht aufgrund der im ZGB festgelegten reinen Sach-haftung (3) nicht die Person des Verpfänders, sondern das hin-terlegte Pfand im Vordergrund des Interesses.

Sowohl hinsichtlich der Art der als Sicherheit akzeptierten Faustpfänder (Tabelle 2, S. 55) als auch hinsichtlich der Höhe

1) Aus einer internen Statistik der ZKB geht hervor, dass 23% der zwischen dem 9. Mai 1980 und dem 30. September 1981 ein-gereichten Privatkreditgesuche abgelehnt worden sind.

2) Saxer, L.: Konsumkreditgeschäft, S. 170

3) Siehe 2. Teil, Abschnitt 1.2.4, S. 29

Tabelle 19: Grössenklassenverteilung der im Jahre 1978 gewährten Versatzdarlehen

Darlehenshöhe

Anteil an sämtlichen zur Auszahlung gelangten Darlehen

Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank

gemäss Erhebung (1) gemäss Statistik der

Pfandleihkasse (2)

Pfandleihanstalt Luzern

Caisse publique de prêts sur gages de Genève

			(3)	(4)
10 - 20	2,2%	2,5%	27,8%	5 - 50 22,5%
21 - 50	7,6%	13,0%	25,6%	
51 - 100	11,0%	19,5%	16,3%	51 - 100 20,4%
101 - 500	47,6%	47,0%	22,4%	101 - 500 41,5%
501 - 1000	16,7%	9,0%	4,5%	501 - 5000 14,7%
1001 - 2500 8,6%				
2501 - 5000 3,3%				
5001 - 7500 1,5%				
über 7500 1,5%				
	14,9%			
	14,9%	9,0%	3,4%	über 5000 0,7%
über 1000	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

1) Erhebung, Anhang 1, S. 140 (keine postenmässige Unterteilung der Darlehen)

2) Statistik der Pfandleihkasse der ZKB (Darlehen postenmässig erfasst)

3) Bericht der Aufsichts- und Revisionskommission der pfandleihanstalt Luzern, Geschäftsjahr 1978

4) Rapport du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages de Genève, Exercice 1978

der ausbezahlten Darlehen (siehe Tabelle 19, S. 127) füllen die Versatzanstalten eine Lücke im bestehenden Kredit-system. Sie betreuen einen Zweig des Kreditgeschäfts, der bei Banken mangels Anreiz - Kleinstdarlehen bis Fr. 1000.--, die überdies oft nach sehr kurzer Zeit zurückbezahlt werden, sind vom Renditestandpunkt aus meist völlig uninteressant - keine Berücksichtigung findet. Damit wirken sie der im Volk allenthalben verbreiteten Auffassung entgegen, die Kreditfazilitäten seien den Grossen im Lande vorbehalten. In dieser Beziehung kommt den Pfandleihanstalten zweifellos auch heute noch eine gewisse soziale Bedeutung zu.

Wie wir gesehen haben (1), fristen Pfandleihanstalten neben den florierenden Kleinkreditbanken ein eigentliches Schattendasein. Dies dürfte mindestens teilweise mit den gegenüber dem Versetzen von Gegenständen nach wie vor bestehenden Hemmungen und Vorurteilen zu erklären sein. Ueberdies wurden die Pfandleihanstalten vom Wandel in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und der damit verbundenen Abnahme der Nachfrage nach Notstandsdarlehen, einem traditionell wichtigen Geschäftsbereich, besonders hart betroffen, vermochten aber anderseits vom gewaltigen Aufschwung des Konsumkreditgeschäfts kaum zu profitieren, was in der fehlenden Attraktivität ihrer Dienstleistung begründet sein dürfte. Die Kleinkreditbanken traten in den letzten Jahrzehnten ständig mit neuen, den Anforderungen und Wünschen der Nachfrageseite weitgehend entgegenkommenden und entsprechend attraktiven Formen der Konsumfinanzierung auf den Markt. So ist es verständlich, dass sich der potentielle Kreditnehmer die Umtriebe, die die Hinterlegung einer Sachsicherheit, auf deren Nutzung er

1) Siehe 1. Teil, Abschnitt 4.2, S. 18 ff.

überdies während der Darlehenslaufzeit verzichten muss, zu ersparen sucht. Der Markt bietet ihm bequemere und einfachere Möglichkeiten zur Deckung seines Konsumbedarfs.

Eine ISOPUBLIC-Umfrage , bei der u.a. auch die Frage nach den bevorzugten Auswegen aus einem finanziellen Engpass gestellt wurde, ergab folgendes Bild (1):

Frage: "Stellen Sie sich nun vor, Sie befänden sich plötzlich in einem finanziellen Engpass, d.h., Ihr Sparheft würde nicht ausreichen, eine unbedingt notwendige Ausgabe von ca. Fr. 5'000.— vorzunehmen. Würden Sie mir bitte angeben, welche der Möglichkeiten auf dieser Liste Sie in einem solchen Fall ernsthaft in Betracht ziehen würden."

Liste/mehrere Antworten möglich

Total
(1006)

- Darlehen bei Verwandten	27%
- Nebenverdienst	22%
- sonst Kredit bei Bank	13%
- Kredit einer Bank gegen Bürgschaft/Sicherheit	13%
- Kleinkredit	12%
- Darlehen bei Arbeitgeber	10%
- Darlehen bei guten Freunden	8%
- Kredit auf Salärkonto	5%
- Verkauf von Obligationen zu ungünstigen Bedingungen	4%
- Verpfändung von Obligationen	3%
- Ratenkäufe	3%
- <u>Verpfändung von Schmuck und Wertsachen</u>	2%
- Verpfändung von Aktien	1%
- Verkauf von Aktien zu ungünstigen Bedingungen	1%
- anderes	3%
- weiss nicht/keine Antwort	8%

- 1)Quelle: ISOPUBLIC Institut für Markt- und Meinungsforschung,
Market Report Nr. 66: Kleinkredit, zitiert von Saxer,
L.: Konsumkreditgeschäft, S. 195 ff.
Veröffentlichung mit schriftlicher Einwilligung von ISOPUBLIC
vom 15. Juni 1982

Gemäss dieser Statistik wird die Verpfändung von Schmuck und Wertsachen nur von den wenigsten überhaupt in Betracht gezogen.

Auch in der eigentlichen Domäne der Versatzanstalten, dem Kleinstkredit unter 1000 Franken, spüren diese die Konkurrenz der Kleinkreditbanken. Kreditsuchende, die sich mit dem Wunsch nach einem Kleinstkredit von einigen hundert Franken an eine Kleinkreditbank wenden, willigen nämlich in der Regel sofort ein, einen Kleinkredit in einer für die Bank renditemässig annehmbaren Höhe von wenigstens 1000 Franken aufzunehmen.

Bemühungen um eine Verbesserung der Marktposition im Konsumkreditgeschäft dürften aufgrund der Tatsache, dass Versatzdarlehen gegenüber andern Formen des Konsumkredits im allgemeinen als weit weniger attraktiv empfunden werden, aber auch bedingt durch die harte Konkurrenz in diesem Bereich des Kreditgeschäfts, wenig Aussicht auf Erfolg haben.

4. Auswirkungen einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Konsumkreditgeschäfts

Mit dem gegenwärtig zur Diskussion stehenden Entwurf zu einem Konsumkreditgesetz (1) soll der Sozialschutz im Bereiche des Abzahlungsgeschäfts verstärkt und gleichzeitig auch auf Klein- resp. Barkredite ausgedehnt werden.

Die auf den 1. Januar 1963 in Kraft getretene strenge gesetzliche Regelung des Abzahlungsgeschäfts (2) hatte eine deutli-

1) Botschaft über ein Konsumkreditgesetz, S. 134 ff.

2) Bundesgesetz über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag vom 23.3.1962, in Kraft getreten am 1.1.1963

che Verlagerung zum Kleinkredit zur Folge. Während die Teilzahlungsverträge zwischen 1963 und 1980 anzahlmässig um 73% zurückgingen, verdoppelte sich in der gleichen Zeitperiode die Anzahl der gewährten Kleinkredite. Der vorübergehende Einbruch bei der Kleinkreditgewährung in den Jahren 1973/74 ist auf kreditpolitische Massnahmen des Bundes (1) zurückzuführen.

Tabelle 20: Im Kanton Zürich gewährte Konsumkredite 1960-1981 (2)

Jahr	Anzahl	Bargelddarlehen		Finanzierte Teilzahlungsverträge	
		ausbezahlte Darlehen in Mio. Fr.	durchschn. Darl.höhe Fr.	Anzahl	ausbezahlte Darlehen in Mio. Fr.
1960	34 270	47,0	1 371	49 716	51,2
1961	37 670	63,1	1 674	61 980	57,4
1962	44 987	73,4	1 630	87 618	66,5
1963	51 128	93,7	1 833	52 407	46,5
1964	62 402	127,4	2 040	46 730	56,8
1965	63 779	159,9	2 475	54 654	56,8
1966	64 803	161,2	2 488	43 446	55,7
1967	70 002	186,8	2 669	37 644	51,0
1968	77 029	225,5	2 927	42 431	61,1
1969	85 120	276,5	3 248	45 683	65,9
1970	91 944	332,2	3 613	39 483	70,4
1971	88 808	378,7	4 264	25 583	71,5
1972	101 603	469,8	4 624	20 985	64,5
1973	55 684	236,4	4 245	15 149	55,3
1974	60 248	307,3	5 100	13 791	57,8
1975	74 011	434,7	5 874	18 004	72,7
1976	81 107	531,3	6 550	19 464	75,6
1977	84 214	596,9	7 088	18 786	76,0
1978	93 379	755,7	8 093	17 015	73,2
1979	95 567	871,8	9 123	14 562	64,5
1980	104 272	1002,5	9 614	14 057	66,5
1981	96 098	1007,2	10 481	12 654	69,2

- 1) Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 20.12.1972, mit Verabschiedung in Kraft getreten
- 2) Quelle: Statistik-Auszug, Direktion der Volkswirtschaft des Kantons Zürich, Aufsicht über Darleiher und Kreditvermittler

In der Botschaft des Bundesrates über ein Konsumkreditgesetz wird festgestellt, dass aufgrund fehlender einschränkender Vorschriften im Bereiche des Kleinkredits "... eine empfindliche Lücke im Sozialschutz klafft, ..." (1).

Der Bundesrat sah sich denn auch aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse (2) dazu veranlasst, einen Entwurf zu einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Konsumkreditgeschäfts auszuarbeiten. Dieser Entwurf sieht im Bereiche des Kleinkredits neben formalen Erfordernissen als wohl einschneidendste Massnahmen ein Zweitkreditverbot und eine Beschränkung der Laufzeit der Kredite auf 18 Monate vor. Im Interesse eines wirklichen Sozialschutzes ist der Bundesrat bei der Festlegung der Schutzmassnahmen sehr weit gegangen. Insbesondere die beiden genannten Bestimmungen bilden einen empfindlichen Eingriff in die Konsumentensouveränität und sind denn auch sehr umstritten. Sollte der Entwurf in der vorliegenden Form rechtskräftig werden, so befürchtet zum Beispiel die Bank Rohner einen Rückgang ihres Gesamtbestandes an Kleinkrediten von 50 bis 60% (3). Nun zeichnet sich allerdings nach der Beratung im Nationalrat eine Abschwächung des bundesrätlichen Entwurfs ab. So hat der Nationalrat u.a. beschlossen, je Kreditnehmer zwei gleichzeitig laufende Kredite zuzulassen. Ueberdies hat er die Kreditlaufzeit auf 24 Monate erweitert.

Eine umfassende gesetzliche Regelung des Konsumkreditgeschäfts dürfte nicht ohne Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Pfandleihanstalten bleiben. Zieht man in Betracht, dass den rund 96'000 im Kanton Zürich im Jahre 1981 gewährten Klein-

1) Botschaft für ein Konsumkreditgesetz, S. 32

2) Botschaft für ein Konsumkreditgesetz, S. 22

3) Schweizerische Handels-Zeitung, Nr. 41 vom 8.10.1981, S. 13

kreditlen (1) lediglich rund 3770 (2) neu gewährte Versatzzdarlehen gegenüberstehen, so wird deutlich, dass auch eine sehr geringe Umlagerung vom Kleinkredit zum Versatzzdarlehen eine spürbare Geschäftsbelebung bei der Pfandleihkasse zur Folge hätte. Umlagerungen grösseren Ausmasses sind allerdings nicht zu erwarten, denn Versatzzdarlehen eignen sich nur in sehr beschränktem Masse zur Substitution von Kleinkrediten. Der Grund liegt u.a. darin, dass ein grosser Teil der Kleinkreditnehmer erst seit wenigen Jahren im Erwerbsleben steht (3) und deshalb in den seltensten Fällen über entbehrliches und zur Verpfändung geeignetes Sachvermögen in grösserem Umfang verfügt. Ein Versatzzdarlehen in der Grössenordnung von 10'000 Franken (4) bedingt aber, dass Sachwerte im Schätzwert von 15'000 Franken (5) verpfändet werden. Der ursprüngliche Kaufpreis liegt aufgrund des vorsichtigen Schätzgebarens der Pfandleihanstalten in der Regel noch deutlich höher.

Dazu kommt, wie wir gesehen haben, dass aufgrund nach wie vor bestehender Vorurteile sowie mangelnder Attraktivität diese weitere Möglichkeit zur Beschaffung liquider Mittel bei den meisten potentiellen Konsumkreditnehmern von vornherein ausser Betracht fällt.

Denkbar ist allenfalls, dass Kleinkreditnehmer, die von einem

- 1) Siehe Tabelle 20, S. 131
- 2) Gemäss Geschäftsbericht der ZKB gewährte die Pfandleihkasse der ZKB im Jahre 1980 insgesamt 7538 Darlehensposten. Die Erhebung (Anhang 1, S. 140) ergab, dass ein Darlehen im Durchschnitt in zwei Einzelposten unterteilt wird.
- 3) Siehe Tabelle 18, S. 116
- 4) Die durchschnittliche Höhe eines Kleinkredits betrug im Kanton Zürich im Jahre 1981 Fr. 10 481.-- (vgl. Tabelle 20)
- 5) Siehe 3. Teil, Abschnitt 2.1.3, S. 55

allfälligen Zweit- oder Drittkreditverbot betroffen sind, einen Ausweg aus dieser Situation durch die Beanspruchung der Dienste einer Versatzanstalt suchen. Mit Hilfe eines kurzfristig beanspruchten Versatzdarlehens liesse sich zum Beispiel ein teilweise zurückbezahlter Kleinkredit, der die Aufnahme eines weiteren Kredits verunmöglicht, vorzeitig vollständig zurückzahlen. Damit stünde der Weg zur Beantragung eines neuen Kleinkredits wieder offen. Solche Geschäfte werden aufgrund der zu erwartenden kurzen Laufzeit - es muss damit gerechnet werden, dass versetzte Gegenstände mit den neu zur Verfügung stehenden Mitteln sofort wieder ausgelöst werden - für jene Versatzanstalten, deren Darlehenskonditionen keine genügend hohe fixe Grundgebühr vorsehen, in der Regel defizitär sein.

Die Einführung einer Laufzeitbeschränkung beim Kleinkredit und die in der Folge tendenziell höher ausfallenden Rückzahlungsraten, könnten vermehrt zu finanziellen Engpässen bei den Kreditnehmern führen, zu deren Ueberbrückung u.a. auch Versatzdarlehen in Anspruch genommen werden dürften.

Insgesamt ist vom zur Diskussion stehenden Konsumkreditgesetz eine Belebung des in den letzten 10 Jahren im grossen ganzen stagnierenden Pfandleihgeschäfts zu erwarten. Deren Ausmass hängt weitgehend von der definitiven Ausgestaltung des Gesetzes ab. Unabhängig davon werden sich konjunkturelle Schwankungen auch in Zukunft auf den Geschäftsgang der Pfandleihanstalten auswirken. Deren "Krisenempfindlichkeit" hat allerdings, parallel zum Ausbau der sozialen Sicherheit, in den letzten Jahren ständig abgenommen.

1) Siehe grafische Darstellung auf S. 17

5. Reprivatisierung des Pfandleihgeschäfts im
 Kanton Zürich

Der Autor bezieht sich in den folgenden Ausführungen weitgehend auf die Verhältnisse im Kanton Zürich, mit denen er sich eingehend befasst hat.

Im Kanton Zürich hat der Regierungsrat von seinem Recht (1), die Bewilligung zur Betreibung des Pfandleihgewerbes nur an öffentliche Anstalten des Kantons oder der Gemeinden sowie an gemeinnützige Unternehmen zu erteilen, Gebrauch gemacht und seit 1925 keine Bewilligungen mehr an private Pfandleiher erteilt (2). Damit hat er der Pfandleihkasse der ZKB eine Monopolstellung eingeräumt. Da ihre Defizite von der Kantonalbank getragen werden, stellt sich die Frage, ob nicht eine teilweise oder vollständige Reprivatisierung des Pfandleihgeschäfts zu befürworten wäre. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hatte sich bei der Behandlung eines Gesuchs um Erteilung der Bewilligung zur Ausübung des Pfandleihgewerbes u.a. mit diesem Problem zu befassen und seine ablehnende Haltung im wesentlichen wie folgt begründet (2):

"Das Pfandleihgewerbe wird vom Staate reglementiert und kontrolliert, Trotzdem ist praktisch eine wirksame behördliche Kontrolle über die Einhaltung des Zinsmaximums, das materiell den Hauptschutz für das wirtschaftlich schwache Publikum bildet, nicht möglich. Der Pfandleiher kann sich, ohne dass er ernstlich eine Entdeckung befürchten müsste, mündlicher Abreden bedienen und den vereinbarten übermässigen Zins vorausneh-

1) EG zum ZGB § 202 Abs. 2

2) Boesch, W.: "Ankauf und Belehnen von Versatzscheinen", in: Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Gemeinde-Verwaltung, S. 389

men, d.h. sofort von dem gewährten Darlehen abziehen. Es muss daher immer befürchtet werden, dass private Pfandleiher in erster Linie auf ihren Gewinn bedacht sind und allen Vorschriften zum Trotz übermässige Zinsen und Gebühren nehmen. Um diesen besonderen, dem privaten Pfandleihgewerbe innewohnenden Gefahren zu begegnen, die durch blossе Kontrollvorschriften nicht zu beheben sind, besteht die Tendenz, die private Spekulation überhaupt von diesem Erwerbszweig auszuschliessen".

Diese Argumente, die im übrigen nicht nur für die Verhältnisse im Kanton Zürich zutreffen, haben an Aktualität nichts eingebüsst. Eine Reprivatisierung des Pfandleihgeschäfts dürfte somit kaum in Frage kommen. Die Pfandleihkasse der ZKB hat sich als geeigneter Träger des Pfandleihgeschäfts im Kanton Zürich erwiesen und dem Staat eine aufwendige Ueberwachung dieses Wucherpraktiken besonders stark ausgesetzten Kreditgeschäfts erspart. Die Einräumung einer Monopolstellung erscheint insofern berechtigt, als die Zulassung privater Pfandleiher eine Schmälerung des Marktanteils der Pfandleihkasse insbesondere im Bereiche der lukrativen Darlehen zur Folge hätte, womit die Forderung nach einer selbsttragenden Pfandleihkasse (1) kaum mehr erfüllt werden könnte.

1) Siehe unter "Schlussfolgerungen", S. 137 f.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus den bisherigen Darlegungen geht hervor, dass die soziale Funktion der Pfandleihanstalten heutzutage zu einem grossen Teil durch eine umfassende öffentliche Sozialhilfe und eine gut ausgebaute staatliche Vorsorge erfüllt wird.

Die von der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank verursachten Defizite lassen sich nicht mehr mit der sozialen Bedeutung dieser Institution rechtfertigen. Ueberdies widerspricht die generelle Subventionierung sämtlicher Kunden der Pfandleihkasse der immer wieder erhobenen Forderung nach einem gezielten Einsatz der Mittel in der Sozialpolitik (1). Es drängen sich denn auch Massnahmen auf, die geeignet sind, längerfristig ein einigermaßen ausgeglichenes Jahresergebnis zu gewährleisten. Mit andern Worten: Die Pfandleihkasse sollte wieder selbsttragend werden. Es wird dabei an folgendes Vorgehen gedacht:

a) Senkung der Betriebskosten durch völlige Neugestaltung der Geschäftsabwicklung

Die Analyse der Geschäftsabwicklung (s.S. 64 ff.) und der Kostensituation (s.S. 70 ff.) lässt erkennen, dass das äusserst unrationelle, auf alten Traditionen beruhende und überdies weitgehend gesetzlich fixierte Abwicklungsverfahren zu überhöhten Selbstkosten (s.S. 77 ff.) führt. Wesentliche Kostensenkungen sind nur zu erwarten, wenn sich die Pfandleihkasse vom herkömmlichen System völlig loslöst und auf ein grundlegend neu konzipiertes, einfacheres Verfahren (s.S. 90 ff.) umstellt. Die gute Schematisierbarkeit der Arbeitsabläufe erlaubt den effizienten Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage (s.S. 94 ff.).

1) Pfister, R.: "Weg vom Giesskannenprinzip", in: Tages-Anzeiger vom 10.11.1979, S. 22

Die skizzierte Umstellung setzt aber eine umfassende Revision der das Pfandleihgeschäft im Kanton Zürich bis in alle Einzelheiten regelnden gesetzlichen Bestimmungen voraus.

- b) Mehreinnahmen durch Anpassung der Darlehenskonditionen an die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse und attraktivere Gestaltung der Versteigerungen

Wie wir gesehen haben, ist bei den Darlehenskonditionen der Spielraum gegen oben eng begrenzt. Von der vorgeschlagenen Anpassung an die Kostenstruktur (s.S. 85 ff.) und, soweit möglich, an die Leistungsfähigkeit der Darlehensnehmer sind keine oder nur bescheidene Mehreinnahmen zu erwarten.

Hingegen kann von einer attraktiveren Gestaltung der Ganten (Besichtigung der Objekte, Reinigung der Schmuckstücke, Durchführung an Samstagen etc.) eine beträchtliche Steigerung der Verkaufserlöse erwartet werden. Entsprechend dürften auch deutlich höhere Gebühreneinnahmen resultieren, falls der Pfandleihkasse in Zukunft erlaubt würde, die Versteigerungsgebühr, wie dies bei Versteigerungen und Auktionen durchaus üblich ist, in Prozenten des Verkaufserlöses zu erheben (s.S. 108).

Abschliessend noch einige allgemeine Bemerkungen zur Funktion, die den Pfandleihanstalten in unserer Gesellschaft zukommt. Sie stellen zweifellos ein geeignetes Hilfsmittel zur Ueberbrückung vorübergehender finanzieller Engpässe dar, eine Art Selbsthilfeeinrichtung vor allem für wirtschaftlich schwächere Bevölkerungskreise. Indem sie ohne Rücksicht auf die Person des Darlehensnehmers, rein aufgrund der gebotenen Sachsisicherheit, innert kurzer Zeit zu liquiden Mitteln jeder Grössenordnung verhelfen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Kreditbedürfnisse Minderbemittelter. Sowohl hinsichtlich

der Darlehenshöhe als auch hinsichtlich der Art der akzeptierten Sicherheiten füllen sie zweifellos eine Lücke im Kredit-system.

Zur Bewältigung einer gravierenden materiellen Notlage eignen sich die Pfandleihanstalten hingegen kaum. Sie mögen zwar manchen vor einem übereilten Verkauf seiner Sachwerte bewahren; aber zu einer wirksamen und dauerhaften Sanierung eines materiellen Notstandes bedarf es in der Regel der öffentlichen Sozialhilfe.

ERHEBUNG BEI DER PFANDLEIHKASSE DER ZÜRCHER KANTONALBANK

1. Ziel der Erhebung

Ziel der in der Folge näher beschriebenen Sekundärerhebung war die Gewinnung eines umfassenden Einblicks in die Darlehens- und Pfänderstruktur sowie den Kundenkreis der Pfandleihkasse. Eine eigene Erhebung drängte sich auf, weil noch keine derartige Untersuchung vorlag.

2. Stichprobenkonstruktion

2.1 Grundgesamtheit

Die der Erhebung zugrunde liegende Grundgesamtheit umfasst sämtliche 3846 Darlehen, die am 31.12.1978 ausstehend waren, sowie die dazugehörigen Darlehensnehmer (1).

2.2 Auswahl und Umfang der Stichprobe

Die Zusammenstellung der Stichprobe erfolgte durch systematische Auswahl (2). Anhand der in der Reihenfolge der Fällig-

- 1) Darlehen werden bei der Pfandleihkasse postenmässig erfasst (Siehe 3. Teil, Abschnitt 2.1.4, S. 58). Laut Geschäftsbericht der ZKB für das Jahr 1978 waren per 31.12.78 insgesamt 7722 Posten ausstehend. Im Rahmen dieser Erhebung drännte sich die Zusammenlegung postenmässig aufgesplitterter, ein und demselben Kunden am nämlichen Tage gewährter Darlehen auf.
- 2) Einzelheiten zu diesem Auswahlverfahren finden sich bei Kaplitza, G.: Die Stichprobe, S. 146 ff.

keit abgelegten Schuldscheine wurde von den 3846 ausstehenden Darlehen jedes fünfte Darlehen resp. jeder fünfte Darlehensnehmer ausgewählt. Dies ergab 769 Einheiten. Kunden, die mehr als ein Darlehen (mit unterschiedlichen Fälligkeiten) ausstehend hatten, wurden durch nachträgliches Ausscheiden nur für die erste Darlehensnahme erfasst. Damit reduzierte sich der Stichprobenumfang schliesslich auf 736 Untersuchungseinheiten.

2.3 Repräsentanz

Grundsätzlich geht es um die Frage, ob die aufgrund der Teilerhebung gewonnenen Resultate auf die Gesamtheit der Kunden der Pfandleihkasse verallgemeinert werden dürfen. Da die Repräsentanz einer Erhebung im wesentlichen von der Stichprobengrösse, der Art der Auswahl und dem Ausschöpfungsgrad der Stichprobe abhängt, werden diese drei Faktoren zunächst einer näheren Betrachtung unterzogen.

2.3.1 Stichprobengrösse

Die Berechnung der Stichprobengrösse ergab für eine angestrebte Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % den Wert von 349 Untersuchungseinheiten (1). Dieser wird mit 736 tatsächlich erfassten Einheiten - 19 % der ausstehenden Darlehen und

1) Kaplitza, G. Die Stichprobe, S. 172

$$n = \frac{t^2 \cdot N \cdot p(1-p)}{t^2 \cdot p(1-p) + a^2(N-1)} = \frac{1,96^2 \cdot 3846 \cdot 0,5 \cdot 0,5}{1,96^2 \cdot 0,5 \cdot 0,5 + 0,05(3846-1)} = 349$$

N = Grösse der Grundgesamtheit n = Stichprobengrösse

t = Tabellenwert einer t-Verteilung der dem festgelegten $\alpha = 0,05$ entspricht

p, q = Anteilswerte des Musters; Produkt p.q wird maximal bei 0,5 (schlechtester möglicher Fall)

rund ein Drittel der Kunden die am Stichtag bei der Pfandleihkasse ein oder mehrere Darlehen offen hatten - deutlich übertroffen.

2.3.2 Auswahlverfahren

Aufgrund des vorhandenen Datenmaterials in der Pfandleihkasse musste bei der Auswahl der Stichprobe ein theoretisch zwar nicht voll befriedigendes, aber praktisch durchführbares Vorgehen gewählt werden, von dem qualitativ annehmbare Resultate erwartet werden durften.

Die Repräsentanz wird dadurch beeinträchtigt, dass die vorgenommene systematische Auswahl trotz der Tatsache, dass die Schuldscheine in der Ablage rein zufällig angeordnet sind, keine reine Zufallsauswahl gewährleisten. Der Grund dafür liegt darin, dass für diejenigen Darlehensnehmer, die mehr als ein Darlehen ausstehend hatten, die Wahrscheinlichkeit, ausgewählt zu werden, grösser war als für jene mit nur einem Darlehen.

2.3.3 Ausschöpfungsgrad

Die Ausscheidung von 33 doppelt oder mehrfach erfassten Darlehensnehmern ergab eine bereinigte Stichprobengrösse von 736 Untersuchungseinheiten (-4,3 % der aufgrund der systematischen Auswahl erfassten Einheiten).

2.3.4 Bemerkungen zum Repräsentanzproblem

Obwohl die Stichprobe mit rund einem Drittel erfasster Kunden

relativ breit abgestützt ist, gestattet das vorgenommene Auswahlverfahren nicht, die Resultate mit mathematisch-statistischen Methoden zu analysieren. Die Untersuchungsergebnisse werden deshalb an verschiedenen Stellen dieser Arbeit - insbesondere im 4. Teil - anhand von Tabellen und verbalen Erläuterungen präsentiert. Strenggenommen gelten die gewonnenen Resultate nur für die in der Stichprobe erfassten 736 Kunden. Wieweit sie auf die Gesamtheit der Kunden der Pfandleihkasse zutreffen, kann nicht eindeutig gesagt werden.

2.4 Verarbeitung und Auswertung der erfassten Daten

Vom einzelnen Darlehensnehmer wurden folgende Daten erfasst:

- Anzahl ausstehender Darlehen
- Höhe des erfassten Darlehens
- Anzahl Posten, in die das erfasste Darlehen unterteilt war
- Jahrgang des Kunden
- Geschlecht
- Beruf
- Nationalität
- Wohnort
- Art des hinterlegten Pfandes

Diese Daten wurden - kodifiziert als Zahlenreihe - auf Lochkarten übertragen. Die Auswertung erfolgte am Rechenzentrum der Universität Zürich unter Einsatz des für die statistische Auswertung von sozialwissenschaftlichen Daten besonders geeigneten Programms SPSS (Statistical Package for the Social Sciencies).

MUSTER EINES VERSATZSCHEINS

ANHANG 2

PFANDLEIHKASSE DER ZÜRCHER KANTONALBANK

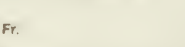
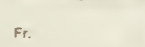
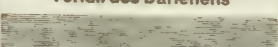
Postfach 450 8037 Zürich Postcheck 80 - 1484 Telefon 01 / 42 66 00 Geschäftsadresse: Neugasse 223, 8005 Zürich

Versatzschein Nr.

Zürich,

Gegen Verpfändung der unten aufgeführten Gegenstände gewähren wir zu den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen (siehe Rückseite) folgendes Darlehen:

Name und Adresse des Verpfänders

Darlehensbetrag	Schatzungswert	Schatzungskosten	Verfall des Darlehens
Fr. 	Fr. 	Fr. 	

Pfänder:

Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank

Fr. 
Fr. 
Fr. 
Fr. 

Rückzahlung des Darlehens
Leihgebühr für Monate à 1 % pro Monat oder Bruchteil
Verwaltungsgebühren

Das Darlehen kann vor Verfall gegen Rückgabe dieses Versatzscheines zurückbezahlt werden. Bei jeder Auslösung oder Erneuerung ist der Versatzschein einzureichen. Sendungen im Stadtgebiet oder gegen Nachnahme werden nicht ausgeführt.

Kassastunden: Montag 8.45 bis 11.45 und 13.00 bis 18.00 Uhr / Dienstag bis Freitag 8.45 bis 11.45 und 13.00 bis 16.30 Uhr

Pfandleihkasse

ANHANG 3

Gewinn- und
Verlustrechnung 1980

Aufwand	1980	1979	Ertrag	1980	1979
Unkosten	Fr.	Fr.	Zinsen	Fr.	Fr.
Besoldungen	370 817.30	350 926.40	Zinsen auf Darlehen	511 766.10	584 772.20
Mietzins	110 832.—	110 832.—			
Reinigung, Heizung, Beleuchtung	25 467.75	27 688.15	Gebühren		
Büro- und Lager- bedürfnisse	638.70	101.55	Verwaltungs- und Gantgebühren	74 499.65	89 341.—
Versicherungen	7 131.90	6 915.30			
Verschiedenes	13 138.10	12 934.75	Gewinne		
	528 025.75	509 398.15	auf Lagerposten	3 469.20	2 252.80
Zinsen			Wiedereingänge		
an die Kantonalbank			aus früheren Verlusten	270.—	— —
vergütete Zinsen	152 815.30	163 243.—		590 004.95	
Verluste					
auf unrechtmässig versetzten Pfändern	250.—	— —	Betriebsverlust		
auf Lagerposten	2 800.—	375.60	Übernahme durch die Zürcher Kantonalbank	97 886.10	— —
Rückstellungen	4 000.—	3 000.—		687 891.05	676 366.—
Betriebsgewinn	— —	349.25			
	687 891.05	676 366.—			

Bilanz per
31. Dezember 1980

Aktiven	Fr.	Fr.	Passiven	Fr.	Fr.
Kassa	29 408.85	28 441.85	Zürcher Kantonalbank	3 517 315.90	3 651 513.60
Darlehen	3 919 023.—	4 005 436.—	Steigerungsmehrerlöse	261 645.90	222 965.—
Debitoren	— —	3 550.—	Reservefonds	233 349.25	233 349.25
Lagerposten	1 207.—	— —	Rückstellungen	25 000.—	21 000.—
Mobilien	1.—	1.—			
Marchzinsen auf 31. Dezember	87 671.20	91 399.—			
	4 037 311.05	4 128 827.85		4 037 311.05	4 128 827.85

GEBÜHRENTARIF DER PFANDELEIHKASSE DER ZKB 1)

ANHANG 4

Gebühren

	Ohne Porto	Mit Porto für Zustellung per chargé	
		Inland	Ausland
Normalfall, bis 7 Monate	1.-	2.--	3.--
Verspätung, 8 Monate uff.	2.-	3.--	4.--

Mahnung

bis 100.--	3.50	4.50	5.50
über 100.--	4.--	5.--	6.--

2. Mahnung

2.-- (mehrere 4.--)

Nach Erscheinen des Gantinsrates

bis 100.-	4.--	5.--	6.--
über 100.--	5.--	6.--	7.--

Versatzschein-Doppel
Sperre + Verlustschein
Kautiön
Teilung
Besichtigung

1.--
2.--
4.--
2.--
2.--

Lagergebühren für

Pelzmüntel und Pelzjacken
bis 6 Monate Über 6 Monate

bis 499.--	5.--	8.--
500.-- und höher	7.--	10.--
1000.-- und höher	20.--	25.--

Kleine Pelze, Colliers 3.-- 4.--

Teppiche bis 3 m2: 4.--, bis 6 m2: 6.--, Über 6 m2: 8.--

Wolldecken 1.50
Grosse Radios etc. mind. 2.--
Fernseher, schwere Pfänder 3.--
Velos monatlich 1.50

Gantkosten: 20% vom Darlehensbetrag, mindestens Fr. 5.--

- 1) Kopie des seit dem 1.1.1976 zur Anwendung gelangenden Gebühren-
tarifs

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Darlehensgewährung und Darlehensbestand der Versatzanstalten der Schweiz (1980)	18
Tabelle 2:	Art der versetzten Pfänder	55
Tabelle 3:	Verluste auf unrechtmässig versetzten Pfändern (1971-1980)	72
Tabelle 4:	Verluste und Gewinne auf Lagerposten (1971-1980)	73
Tabelle 5:	Kostenstruktur	76
Tabelle 6:	Stückkostenkalkulation	79
Tabelle 7:	Rentabilitätsschwelle für im Jahre 1980 gewährte Versatzdarlehen	80
Tabelle 8:	Grössenklassenverteilung der im Jahre 1980 gewährten Darlehen	81
Tabelle 9:	Fixkostenanteil bei Versatzdarlehen unterschiedlicher Höhe und Laufzeit	82
Tabelle 10:	Darlehenskonditionen der Versatzanstalten von Zürich, Genf und Wien	88
Tabelle 11:	Die Entwicklung der wichtigsten Ertragsquellen und des Jahresergebnisses der Pfandleihkasse der ZKB 1971-1980	92
Tabelle 12:	Berechnung von Ausrufpreis und Mehrerlös (3 Beispiele)	101
Tabelle 13:	Versteigerungsquote bei der Pfandleihkasse der ZKB	105
Tabelle 14:	Erzielte und dem Sozialamt verfallene Mehrerlöse	107
Tabelle 15:	Ausrufpreis, Verkaufserlös und erzielter Mehrerlös in den Jahren 1971-1980	111
Tabelle 16:	Berufsmässige Zusammensetzung der Kundschaft der Pfandleihkasse der ZKB und durchschnittliche Höhe der in den einzelnen Berufsklassen ausgerichteten Darlehen	113
Tabelle 17:	Berufsmässige Zusammensetzung der Kundschaft der Caisse publique de prêts sur gages de Genève	115

Tabelle 18:	Altersmässige Zusammensetzung der Kunden der Pfandleihanstalten von Zürich und Genf im Vergleich mit derjenigen der Kleinkreditkunden der Bank Aufina	116
Tabelle 19:	Grössenklassenverteilung der im Jahre 1978 gewährten Versatzdarlehen	127
Tabelle 20:	Im Kanton Zürich gewährte Konsumkredite 1960-1981	131

LITERATURVERZEICHNIS

- Amiet, J.J.: Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters, namentlich in der Schweiz, Zürich 1877
- Balmer, Hans: "Pfandleihgewerbe", in: Volkswirtschafts-Lexikon der Schweiz, Bd. 2, Bern 1889
- Boesch, Walter: "Ankauf und Belehen von Versatzscheinen", in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeinde-Verwaltung, 18. Jg., Nr. 21, Zürich 1942
- Brecht, E.: "Die Vorgeschichte der Kantonalbank", in: NZZ Nr. 243 vom 29.5.1970
- Brenner, Ernst: "Der Wucher und seine Bekämpfung", in: Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit, 20. Jg., 1881
- Dubs, Rolf: Das Sozialkreditgeschäft der schweizerischen Kantonalbanken, Diss. St. Gallen 1965
- Ernst, Rudolf: Das Teilzahlungsfinanzierungsgeschäft, Würzburg 1933
- Fritzsche, Hans: Schuldbetreibung und Konkurs nach schweizerischem Recht, Bd. 1, Zürich 1967
- Gertsch, Heinz: Die Rechtsstellung der Pfandleihkasse der ZKB, Gutachten zuhanden des Departementes Hypotheken der Generaldirektion, Rechtsdienst der ZKB, Zürich 1980
- Giger, Hans: Kommentar zum geplanten Konsumkreditgesetz, Schriftenreihe zum Konsumentenschutzrecht Bd. 2, hrsg. von Hans Giger und Walter R. Schluep, Zürich 1980
- Haffter, Max: Das Fahrnispfandrecht und andere sachenrechtliche Sicherungsgeschäfte nach dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Diss. Bern 1928
- Holliger, Eugenie: Reform des Konsumkreditrechts aus der Sicht der Konsumenten, Schriftenreihe zum Konsumentenschutzrecht Bd. 1: Entwicklungstendenzen im schweizerischen Konsumentenkreditrecht, hrsg. von Hans Giger und Walter R. Schluep, Zürich 1979
- Holzapfel, P. Heribert: Die Anfänge der Montes Pietatis (1462-1515), in: Veröffentlichungen aus dem Kirchenhistorischen Seminar München, Nr. 11, München 1903
- Huelin, Roger: "L'erreur traditionnelle de l'intérêt appliqué aux prêts sur gages" (Rapport, Congrès de Madrid, 1962, Association Internationale des Etablissements Publics de Prêts sur Gages), 1962

- Huelin, Roger: "L'organisation et la mécanisation d'un Mont-de-Piété" (Rapport, Congrès de Paris, 1960, Association Internationale des Etablissements Publics de Prêts sur Gages), 1960
- Hug, Hermann: Der Wucher im schweizerischen Strafrecht, Diss. Zürich 1937
- Käfer, Karl: Die kaufmännische Buchführung (Art. 957-964 OR), erste Lieferung: Grundlagen und Kommentar zu Art. 957, Bern 1976
- Kaplitza, Gabriele: "Die Stichprobe", in: Die Befragung 1, hrsg. von Kurt Holm, UTB 372, München 1966
- Leemann, Hans: Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Bd. IV, Sachenrecht, II. Abteilung, Bern 1925
- Lenzen, Georg: Das deutsche Pfandleihrecht, Kommentar zum preussischen Pfandleihgesetz unter Berücksichtigung der ausserpreussischen Gesetze, Berlin und Leipzig 1929
- Lepsius, R.M.: "Industrie und Betrieb", in: Soziologie, Fischer-Lexikon, Bd. 10, hrsg. von René König, Frankfurt a.M. 1958
- Lorenz, Jakob: Der Konsumkredit in sozial-ethischer Beleuchtung, Probleme des Konsumkredits, Zürich 1945
- Meier, August: "Die Pfandleihkasse", in: 75 Jahre Zürcher Kantonalbank, 1870-1945, Zürich 1945
- Munzinger, Walther: Die Wucherfrage, Basel 1866
- Neumann, Max: Geschichte des Wuchers in Deutschland, bis zur Begründung der heutigen Zinsengesetze (1654), Halle 1865
- Oftinger, Karl: Das Fahrnispfand, Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Bd. IV, Das Sachenrecht, 2. Aufl., Zürich 1952
- Peschke, Kurt: "Wucher", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Bd. 8, Jena 1928
- Pfister, Regula: "Weg vom Giesskannenprinzip", in: Tages-Anzeiger vom 10.11.1979
- Saxer, Lydia: Das schweizerische Konsumkreditgeschäft, Bankwirtschaftliche Forschungen Bd. 50, Bern 1978
- Schmoller, Gustav: Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1904
- Seligman, Edwin R.A.: Die wirtschaftliche Bedeutung des Abzahlungsgeschäftes, Bd. 1, Deutsche Ausgabe von Karl Bräuer, Jena 1930
- Sorge, Walther: Die Pfandleihanstalten der Schweiz, Diss. Zürich 1969

- Springer, J.: "Pfandleihanstalten", in: Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 3, 2. Teil, hrsg. von N. Reichensberg, Bern 1911
- Stauder, Bernd: Rechtsvergleichende Betrachtung zum Anwendungsbereich einer gesetzlichen Regelung des Konsumentenkreditrechts, Schriftenreihe zum Konsumentenschutzrecht Bd. 1: Entwicklungstendenzen im schweizerischen Konsumentenkreditrecht, hrsg. von Hans Giger und Walter R. Schluep, Zürich 1979
- Stauffer, Peter/Emch, Urs: Das Schweizerische Bankgeschäft, 2. Aufl., Thun 1972
- Stofer, Hellmut: Kommentar zum Schweizerischen Bundesgesetz über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag, 2. Aufl., Basel und Stuttgart 1972
- Streuli, Ad.: "Zur Gründungsgeschichte der Zürcher Kantonalbank", in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 1735 vom 31.10.1916
- Tuor, Peter: Das schweizerische Zivilgesetzbuch, 9. Aufl., neu bearbeitet von Bernhard Schnyder, Zürich 1979
- Vetterli, Hans: Die rechtliche Behandlung des konsumtiven Kleinkredits in der Schweiz, Diss. Zürich 1948
- Weilenmann, Paul: Rückstellungen und Rücklagen, Mitteilungen aus dem handelswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich, Heft 134, Zürich 1969
- Weinberger, Karl: Der Kredit der öffentlichen Pfandleihhäuser, seine wirtschaftliche und soziale Bedeutung, Mödling bei Wien 1933
- Weisz, Leo: "Der organisierte Kredit in Zürich von der Reformation bis zum Jahre 1835", in: Geld- und Kreditsystem der Schweiz, Festgabe für Gottlieb Bachmann, Zürich 1944
- Wetter, Ernst: Die Zürcher Kantonalbank 1870-1920, Zürich 1920
- Ziegler, Adolf: Das Versatzpfand, Diss. Leipzig, Lichtensteig 1913

QUELLENVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft der Leiter öffentlicher Leihämter, Augustenstrasse 20, 8000 München 2, "Statistischer Jahresbericht 1980"
- "Beleuchtender Bericht" zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz), verfasst vom Regierungsrat des Kantons Zürich, Volksabstimmung vom 14.7.1981
- Bericht der Aufsichts- und Revisionskommission der Pfandleihanstalt Luzern, Jahresrechnung 1980

- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 12.6.1978
- Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 20.12.1972, mit Verabschiedung in Kraft getreten.
- Bundesgesetz über das Obligationenrecht (OR), vom 30. März 1911/ 18. Dezember 1936
- Bundesgesetz über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag vom 23.3.1962, in Kraft getreten am 1.1.1963
- Caisse publique de prêts sur gages de Genève
- Conditions approuvées par le Conseil d'Etat
 - Rapports du Conseil d'Administration de la Caisse publique de prêts sur gages
 - Régl. du 25. juin 1954 de la Caisse publique de prêts sur gages
- Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1980, Nr. 65, hrsg. von der Statistischen Abteilung der Schweizerischen Nationalbank, Zürich 1981
- Dorotheum, Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m.b.H.
- Gebührentarif für den Versatzbetrieb gültig ab 1.7.1979
 - Geschäftsordnung für den Versteigerungsbetrieb vom 29.6.1979
- Eidg. Statistisches Amt
- Sozial Schichtenmodell (Bestimmung der sozial-beruflichen Kategorien), Bern o.D.
 - Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft Nr. 45, 1977, hrsg. vom EStA, revidierte Reihe der Nationalen Buchhaltung 1948-1980
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) vom 2. April 1911 (Kanton Zürich)
- Eingabe der Zürcher Kantonalbank an die Direktion der Polizei des Kantons Zürich vom 1.7.1966 und Antwortschreiben der Direktion der Polizei vom 17.3.1967
94. Geschäftsbericht der Städtischen Mobiliar-Leihkasse St. Gallen, 1980
- Geschäftsberichte (früher Rechenschaftsberichte) der Zürcher Kantonalbank (inkl. Geschäftsberichte der Pfandleihkasse der ZKB)
- Geschäftsberichte der Pfandleihkasse der ZKB, interne Ausgabe
- Gesetz über die Zürcher Kantonalbank vom 3.9.1869 und vom 28.5.1978 (ZKBG)
- Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens der Schweiz, 3. Aufl., Thun 1977

- Internationale Vereinigung der öffentlichen Pfandleihanstalten, Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 8./9. Mai 1980 (Associazione Internazionale dei Pubblici Istituti di Credito su Pegno, Via Monte di Pietà 7, I-20121 Milano)
- Interne "Information" der Mitarbeiter der ZKB vom 29.8.1979
- ISOPUBLIC Market Report Nr. 66: Kleinkredite, Zürich, April 1977
- Landesindex der Konsumentenpreise Basis 1939 = 100, Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank
- Meyers Grosses Konversations-Lexikon, 6. Aufl., Bd. 17, Leipzig und Wien 1909
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
- Rechenschaftsbericht (ab 1927 Geschäftsbericht) des Regierungsrates an den Zürcherischen Kantonsrat 1882-1930
- Reglemente für die Mobiliar- resp. Pfandleihkasse der ZKB
- geltendes Reglement: Regl. für die Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank vom 5.2.1976
 - historisches Reglement: Regl. für die Mobiliarleihkasse der Zürcher Kantonalbank vom 30.10.1871
- Reglement über die Generaldirektion der Zürcher Kantonalbank vom 17.8.1978
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10.12.1907 (ZGB)
- Schweizerische Handels-Zeitung
- Statistik-Auszug über Bargelddarlehen und Finanzierte Teilzahlungskaufverträge, Direktion der Volkswirtschaft des Kantons Zürich, Aufsicht über Darleiher und Kreditvermittler
- Statistik der Pfandleihkasse der Zürcher Kantonalbank (interne Statistik 1872-1980)
- Tagblatt der Stadt Zürich
- "Unsere Dienstleistungen", Prospekt der Zürcher Kantonalbank, Oktober 1978
- Verordnung (V) betreffend die Pfandleiher und Feilträger vom 28.11.1911 (Kanton Zürich)
- Zürcher Gesetz betreffend die Gewerbe der Pfandleiher, Feilträger und Gelddarleihher vom 21.5.1882
- Zürcherische Kantonsverfassung vom 18.4.1869 mit seitherigen Aenderungen
- Züri Leu

LEBENS LAUF

Ich wurde am 5. Januar 1950 in Zürich geboren. Nach dem Besuch der Primar- und Sekundarschule in Erlenbach (ZH) setzte ich meine Ausbildung an der Kantonalen Handelsschule Freudenberg fort, wo ich im Herbst 1971 die Maturität erwarb.

Anschliessend immatrikulierte ich mich an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Im Jahre 1976 schloss ich mein Oekonomiestudium betriebswirtschaftlicher Richtung mit dem Lizentiat ab.

Berufsbegleitend - ich arbeitete zuerst als Finanzanalyst und später als Anlageberater bei der Zürcher Kantonalbank - absolvierte ich mein Doktorandenstudium. Die Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften erfolgte im Juli 1982.

